



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



Von links: Ministerpräsident Dr. Markus Söder, CSU-Fraktionsvorsitzender Thomas Kreuzer, die neue Landtagspräsidentin Ilse Aigner und ihr Erster Vizepräsident Karl Freller. Bild: Rolf Poss

CSU und FW einigen sich auf Koalition:

Für ein bürgernahes Bayern

Die neue schwarz-orange Koalition in Bayern steht: Drei Wochen nach der Landtagswahl stimmten die Parteiliegern von CSU und Freien Wählern dem in Rekordtempo ausgehandelten Koalitionsvertrag zu.

Ein zentraler Eckpunkt ist, dass Familien mit kleinen Kindern noch kräftiger finanziell entlastet werden sollen – um bis zu 1.200 Euro pro Jahr und Kind. Einen weiteren Schwerpunkt will die neue Regierung auf die Umwelt- und Energiepolitik legen.

Konkret will die neue Koalition den Krippen- und Kindergartenbesuch durchgängig mit 100 Euro pro Monat und Kind bezuschussen. Ein solcher Zuschuss wird künftig auch im ersten und zweiten und nicht wie bisher nur im dritten Kindergartenjahr gewährt.

Es bleibt beim Familiengeld

Darüber hinaus sollen ab 2020 auch Eltern ein- und zweijähriger Kinder, die eine Krippe oder Tagesbetreuung besuchen, 100 Euro pro Monat erhalten. Auf Wunsch der CSU bleibt es beim neu eingeführten bayerischen Familiengeld.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

matkoalition. Auch solle Bayern „nachhaltiger, moderner und ökologischer“ werden. Als „Richtgröße“ für den Flächenverbrauch werden deshalb fünf Hektar pro Tag angestrebt. Zudem ist geplant, die umstrittenen Änderungen am sogenannten Alpenplan rückgängig zu machen. Die Planungen für die umstrittene dritte Startbahn am Münchner Flughafen werden für die fünf Jahre dauernde Legislaturperiode auf Eis gelegt.

Energiewende bayerisch

Vereinbart wurde darüber hinaus, „die Energiewende bayerisch umzusetzen“. Energiewende bedeute Stromwende, Wärmewende und Verkehrswende. Diese Sektoren müssten gekoppelt werden. Der Blick sei dabei gleichzeitig auf dezentrale wie zentrale Lösungen zu richten. Wichtig sei, vor Ort mehr Wertschöpfung zu erzielen.

Landesagentur für Energie und Klimaschutz

Die Abkehr und Ersetzung von fossilen Energieträgern sei Bestandteil einer realistischen Energiepolitik. „Wir wollen alle Möglichkeiten der CO₂-neutralen Energieerzeugung nutzen. Der Ausbau erneuerbarer Energien kann aber nur synchron mit dem Netzausbau und intelligenter Steuerung erfolgen. Um diese Ziele zu erreichen, bauen wir eine Landesagentur für Energie und Klima.“ (Fortsetzung auf Seite 4)

Bayerischer Musikschultag in Hof:

Musikschule – vernetzt

Vernetzt sein, sich austauschen: Soziale Netzwerke gehören heutzutage zum „guten Ton“. Auch Musikschulen netzwerken in viele Richtungen: mit Kitas und allgemeinbildenden Schulen, mit Partnern in der kommunalen Bildungslandschaft vor Ort – zum Beispiel den Blasmusikvereinen, den Chören, der Volkshochschule oder mit Seniorenwohnheimen. Musikalische Bildung soll einfach allen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen regional und flächendeckend zugänglich sein, wie der Präsident des Verbandes Bayerischer Sing- und Musikschulen (VBSM), Landrat Martin Bayerstorfer, beim Festakt zum Bayerischen Musikschultag in Hof unterstrich.

Auch der Dachverband der öffentlichen Musikschulen in Bayern, der Verband Bayerischer Sing- und Musikschulen, sei auf fachlicher wie politischer Ebene vernetzt, erklärte Bayerstorfer. So arbeite er mit seinem bundesweiten Dachverband zusammen, sei mit seinen Mitgliedern vernetzt im Bayerischen Musikrat und halte engen Dialog mit Musikhochschulen und den Staatsministerien. Flächendeckung, gleichwertige Lebens- und Rahmenbedingungen seien dabei Ziele, die durch den Freistaat Bayern als Kulturstaat vorgegeben werden.

Synergien nutzen

„Wir haben also ein gemeinsames Interesse: Synergien nutzen, für alle Menschen da sein, jedem einen Zugang zur Musik ermöglichen und unseren Schülern Platz und Gestaltungsraum für musische Bildung und individuelle Sinnfindung zu schaf-

fen und zu erhalten. Der Schulterschluss mit allen Beteiligten macht dabei Sinn. Musik ist hörbar, fühlbar, sie ist Bestandteil unseres Lebens, unserer Harmonie“, stellte der VBSM-Präsident fest.

Musikschulen sind ebenso ver-



Gruppenbild zur Verleihung der Carl-Orff-Medaille. V. l.: Landrat Martin Bayerstorfer, Präsident des VBSM; Dr. Manfred Riederle, 2. Stellvertreter der Geschäftsführer und Referent beim Bayerischen Städtetag; Gerhard Dix, Referatsdirektor beim Bayerischen Gemeindetag; Markus Lentz, 1. Vorsitzender VBSM. Bild: VBSM



Die Vertreterinnen und Vertreter der Landkreistage aus Schleswig-Holstein und Bayern bei ihrer gemeinsamen Sitzung im Doppelkegel der BMW Welt

Bild: Bayerischer Landkreistag

Landräte Christian Bernreiter und Reinhard Sager zur Mobilfunkversorgung:

Versorgungsaufgaben nachbessern

„Bayern und Schleswig-Holstein brauchen endlich eine flächendeckende Mobilfunkversorgung mit 5G. Das ist unter anderem die Basis für autonomes Fahren und Industrie 4.0. Und es bedeutet, dass Verbindungsabbrüche beim Telefonieren mit dem Handy endlich der Vergangenheit angehören“, haben der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Christian Bernreiter und der Vorsitzende des Schleswig-Holsteinischen Landkreistags, Landrat Reinhard Sager, in der gemeinsamen Sitzung der beiden Verbände bei der BMW Group in München zum Ausdruck gebracht.

Wiederholt haben die Verbände vom Bund verbindliche Auflagen zur flächendeckenden Versorgung gerade auch des ländlichen Raums gefordert. Ohne diese Auflagen können die Mobilfunkbetreiber sonst „Rosinen picken“. Mit den jetzt be-

kannt gewordenen möglichen Versorgungsaufgaben der Bundesnetzagentur wäre die flächendeckende Mobilfunkversorgung nicht gewährleistet. Dies ist nicht nur kritisch für die weitere wirtschaftliche Entwicklung, sondern steht auch anders im Koalitionsvertrag.

Leitmarkt für 5G in Europa

Deutschland soll – so der Koalitionsvertrag – Weltspitze bei der digitalen Infrastruktur und Leitmarkt für 5G in Europa werden. Die geplanten Versorgungsaufgaben bleiben hinter den Vereinbarungen des Koalitionsvertrags aber zurück. Die Ausbaupflichtungen stellen weiterhin auf Haushalte ab und benachteiligen damit v.a. dünnbesiedelte ländliche Räume.

Die Versorgungsaufgaben entlang von Straßen decken lediglich Bundesautobahnen und Bundesstraßen ab. Weitergehende Auflagen für Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen werden explizit abgelehnt, mit der Begründung, dass „die hiermit verbundenen Ausbaurkosten außer Verhältnis zum Wert der vergebenen Frequenzen stehen. Eine Verpflichtung zu nationa-

lem Roaming (ein/mehrere Mobilfunkanbieter nutzen ein bereits vorhandenes Netz) wird als „Eingriff in die Rechte der Mobilfunknetzbetreiber“ ebenfalls abgelehnt. Ein flächendeckendes 5G-Mobilfunknetz ist damit in weiter Ferne.

Die Landkreistage Schleswig-Holstein und Bayern fordern vom Bund deswegen die von der Bundesnetzagentur vorgesehenen Versorgungsaufgaben dringend nachzubessern. In wirtschaftlich schwer zu versorgenden ländlichen Räumen muss zumindest der Ausbau eines Netzes erfolgen, das im Wege des nationalen Roaming (gegen angemessenes Entgelt) allen Netzbetreibern zur Verfügung steht. □



„Rückblickend werden wir sehen: Die vielleicht langweiligen Zeiten der Ära Merkel waren gute Jahre für Deutschland“, meint Sabrinas Chef. Schließlich ging es uns noch nie so gut wie heute – und das in einer Welt der Trumps, Putins, Erdogans und Brexit-Nationalisten. S. 19

Sie lesen in dieser Ausgabe

| | Seite |
|---|---------|
| „Mythos Bayern“ und 100 Jahre Schlösserverwaltung | 2 |
| 4,7 Prozent Plus bei den Wohnungsbaugenehmigungen | 2 |
| SPD ist stabil und stark. | 2 |
| GZ-Kolumne Stefan Rößle: | |
| Kommunalpolitische Tugenden für die „große Politik“ gefordert 3 | |
| BHT-Mitgliederversammlung in Bamberg | 4 |
| Kommunale Entwicklungszusammenarbeit | 5 |
| Digitalisierung • Breitband • Mobilfunk • IT | 6 - 10 |
| Kommunaler Bau • Denkmalschutz. | 11-15 |
| Kommunale Grünanlagen • Kommunalfahrzeuge | 16 - 17 |
| Aus den bayerischen Kommunen. | 18 - 20 |

Deutscher Städtetag:

Steuerschätzung und Fahrverbote

Ein Spiegelbild der aktuell positiven Wirtschaftsprognosen sind nach Ansicht des Deutschen Städtetags die Ergebnisse der aktuellen Steuerschätzung. Demnach können Bund, Länder und Kommunen bis 2022 mit 6,7 Milliarden Euro mehr an Einnahmen rechnen als bei der Schätzung im Mai vorhergesagt. Für die Gemeinden werden Steuereinnahmen in Höhe von 111,2 Milliarden Euro im Jahr 2018 und 114,2 Milliarden Euro im Jahr 2019 prognostiziert. Im Jahr 2017 lagen die kommunalen Steuereinnahmen bei lediglich 105,1 Milliarden Euro.

Das Gesamtaufkommen der Gewerbesteuer wird 2018 gegenüber dem Vorjahr um 2,8 Milliarden Euro bzw. 5,3 Prozent wachsen. Die Grundsteuereinnahmen lagen im vergangenen Jahr (2017) bei 14 Milliarden Euro, für das laufende Jahr werden 14,2 Milliarden Euro erwartet.

Krisen müssen einkalkuliert werden

Gleichwohl weist der Deutsche Städtetag darauf hin, dass

Krisen wie etwa Handelsstreitigkeiten oder der Brexit bei der Haushaltsplanung einkalkuliert werden müssen, auch wenn sie schlecht zu prognostizieren sind und daher bei der Steuerschätzung unberücksichtigt bleiben. Nach den Worten der stellvertretenden Hauptgeschäftsführerin des Deutschen Städtetags, Verena Göppert, sollten Bund und Länder nicht in Versuchung geraten, mit dem Verweis auf die aktuell guten Einnahmen dauerhaft neue Aufgaben für

die Kommunen zu schaffen. Was einmal beschlossen ist, müsse auch noch bezahlbar bleiben, wenn sich die Steuern weniger positiv entwickeln.

Schleppende Umsetzung der Grundsteuerreform

Größere Sorgen bereitet den Städten die schleppende Umsetzung der Grundsteuerreform. Auch ein halbes Jahr nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts seien auf dem Weg zu einer Grundsteuer-Reform keine Fortschritte erkennbar, kritisierte Göppert. Bis Ende 2019 müssten Bund und Länder die Grundsteuer neu regeln, weil sie in der bisherigen Form unvereinbar mit dem Grundgesetz ist.

Mit einem jährlichen Aufkommen von mehr als 14 Milliarden Euro pro Jahr sei die Grundsteuer eine unverzichtbare Einnahmequelle für die Städte und Gemeinden. Die Bundesregierung müsse das bereits angekündigte Eckpunktepapier für ein neues Grundsteuer-Modell jetzt schnellstmöglich vorlegen. Dazu gehöre auch ein konkreter Fahrplan, um die Reform fristgerecht umzusetzen.

Stichwort Fahrverbote: Laut Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetags, sind die Gerichtsurteile zu Fahrverboten für die betroffenen Städte eine riesige Herausforderung. Jede Stadt wolle Fahrverbote vermeiden, die Gesundheit der Bürger schützen, aber auch ihre Mobilität sichern. Die Entscheidung des Verwaltungsgerichtes Mainz, wonach die Stadt noch keine Diesel-Fahrverbote verhängen, sich aber darauf vorbereiten muss, wenn die Stickstoffdioxid-Werte nicht besser werden, zeige, in welcher Zwickmühle die Städte sind.

Kampf für saubere Luft

Viele Städte, so Dedy, rüsten beispielsweise ihre Busflotten um, bauen das ÖPNV-Angebot und Radwegenetz aus und führen Tempolimits ein. Das reiche aber nicht, denn der Schlüssel für durchgreifende Erfolge im Kampf für saubere Luft liege bei der Autoindustrie, weil bis zu drei Viertel der Stickoxide im Verkehr in der Stadt von Diesel-PKW stammen.

„Die Autoindustrie hat das Problem verursacht, wird aber ihrer Verantwortung bisher nicht gerecht. Vor allem deshalb drohen jetzt Fahrverbote in mehreren Städten“, betonte der Hauptgeschäftsführer. DK

Huml wirbt für offeneren Umgang mit dem Thema Sterben

Bayerns Gesundheitsministerin würdigt Arbeit der Hospize

Am Feiertag Allerheiligen warb Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml für einen offeneren Umgang mit dem Thema Sterben. „Wir müssen das Sterben mehr als Teil des Lebens akzeptieren. In der Hospizarbeit und im Rahmen der Palliativversorgung werden sterbende Menschen begleitet und ihre Beschwerden behandelt – aber ihr Leben wird nicht um jeden Preis verlängert.“

Huml fügte hinzu: „Schwerstkranke Menschen müssen wissen, dass sie in ihren letzten Stunden nicht alleine gelassen werden und bis zuletzt eine bestmögliche Betreuung erhalten. Deshalb bauen wir die Hospiz- und Palliativversorgung in Bayern konsequent weiter aus. Aktive Sterbehilfe und organisierte Beihilfe zur Selbsttötung lehne ich dagegen entschieden ab.“

Im stationären Bereich gibt es im Freistaat gegenwärtig 19 Hospize mit 194 Plätzen für Erwachsene sowie ein stationäres Kinderhospiz mit acht Plätzen. Den Auf- und Ausbau stationärer Hospize fördert das bayerische Gesundheitsministerium mit 10.000 Euro pro Hospizplatz. Die Ministerin bezeichnete

die Stationären Hospize als tragende Säule der ganzheitlichen Sterbebegleitung. Die ehrenamtlichen und hauptamtlichen Helfer betreuen schwerstkranke und sterbende Menschen in ihren letzten Stunden und geben diesen Zuwendung, Fürsorge und Geborgenheit.

Neben den 19 stationären Hospizen gibt es in Bayern 474 Palliativbetten und 50 Teams der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung (SAPV), 44 Teams für Erwachsene sowie 6 Teams für Kinder und Jugendliche. Pro Jahr stellt das bayerische Gesundheitsministerium rund 100.000 Euro für die Anschubfinanzierung von SAPV-Teams und 100.000 Euro für die ambulante Hospizarbeit zur Verfügung. □

Erklärung der SGK Bayern:

SPD ist stabil und stark

Bayerische (Ober-)Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der SPD äußern sich zum Zustand ihrer Partei

Dr. Thomas Jung, Oberbürgermeister der Stadt Fürth und Vorsitzender der SGK Bayern, hat in Garmisch-Partenkirchen auf dem BürgermeisterInnen-Netzwerktreffen der SGK Bayern folgende gemeinsame Erklärung der bayrischen (Ober-)BürgermeisterInnen der SPD abgegeben:

„Trotz der dramatischen Stimmverluste der BayernSPD bei der bayerischen Landtagswahl am 14. Oktober 2018 ist die SPD nach wie vor stabil und stark in vielen Gemeinden, Städten, Landkreisen und Großstädten. In letzteren stellt sie sogar die Mehrheit der gewählten Oberbürgermeister.“

Die bestehende, starke Verankerung der SPD-Kommunalpolitik in vielen bayrischen Gemeinden, Landkreisen und Städten bietet somit eine gute Grundlage für neue Erfolge.

Die populären Oberbürgermeister, Dieter Reiter und Dr. Ulrich Maly, regieren erfolgreich die größten bayrischen Städte mit unschlagbaren Sympathiewerten. Sie strahlen mit all ihren BürgermeisterInnen-, Oberbürgermeister- und Landrats-KollegInnen Kompetenz im ganzen Bayernland aus. Von Garmisch-Partenkirchen bis Coburg und von Lindau bis Aschaffenburg leisten wir in allen bayrischen Bezirken erfolgreiche Kommunalpolitik.

Diese Kraft werden wir herausstellen, fördern und bündeln und uns im Frühjahr 2020 als große und starke Kommunalpartei in Bayern behaupten.

In den Rathäusern und Landratsämtern kann die SPD Regierungsfähigkeit ausstrahlen. Dies wird in Zukunft auch eine Grundlage für neue Erfolge auf anderen politischen Ebenen darstellen.“ □

100 Jahre Bayerische Schlösserverwaltung

Blicke hinter die Kulissen

Sonderprogramm zum Jubiläum bis 20. November

Die Bayerische Schlösserverwaltung feiert ihr 100jähriges Bestehen mit einem besonderen Festprogramm. Vom 7. bis 20. November bietet sie den Besuchern Blicke hinter die Kulissen, Park- und Themenführungen mit unseren Experten, Vorträge sowie spannende Aktionen für Kinder.

Dabei stehen nicht die Gebäude als Sehenswürdigkeiten im Vordergrund, sondern die Menschen, die diese besonderen historischen Orte ausmachen oder mit Ihrem Wissen und ihrer Lebens- und Arbeitserfahrung dafür sorgen, dass die 45 großen Schlösser, Burgen, Residenzen sowie die 27 Gärten und Denkmäler verwaltet, in Ihrem Bestand erhalten und vermitelt werden. Die Mitarbeiter – Gärtner, Kastellane, Museumsreferenten, Bauingenieure, Restauratoren und Verwaltungsangestellte bis hin zum Präsidenten – stellen an diesen 14 Tagen Aspekte ihrer Arbeit vor. Nutzen Sie die einmalige Chance, Orte kennenzulernen, die sonst nicht öffentlich zugänglich sind. Der Eintritt zu den meisten Jubiläums-Veranstaltungen ist frei, allerdings gibt es oft beschränkte Teilnehmerplätze.

Der Beginn und das Ende dieses Sonderprogramms beziehen sich auf die zwei wichtigen Gründungsdaten vor 100 Jahren: Am 20. November jährt sich zum 100. Mal die Gründung der Bayerischen Schlösserverwaltung des gerade erst am 7. November 1918 ausgerufenen Freistaates Bayern.

Alle Veranstaltungen unter www.schloesser.bayern.de. □

Wohnungsbaugenehmigungen mit 4,7 Prozent im Plus

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik mitteilt, wurden von Januar bis September 2018 von den unteren Bauaufsichtsbehörden in Bayern insgesamt 58.050 Baugenehmigungen (einschließlich Genehmigungsfreistellungen) für Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden erteilt.

Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum bedeutet dies ein Plus von 4,7 Prozent. 48.734 Wohnungen (84,0 Prozent des festgestellten Genehmigungsvolumens) sollen in neuen Wohngebäuden (ohne Wohnheime) entstehen, weitere 6.294 bzw. 10,8 Prozent durch Baumaßnahmen am Gebäudebestand.

Plus bei Neubauplanungen

Die Neubauplanungen für Wohnungen (ohne die in Wohnheimen) nahmen damit um 7,8 Prozent zu, wogegen sich die Anzahl an Wohnungen, die durch Umbau oder Ausbau bestehender (Wohn- oder Nichtwohn-) Gebäude geschaffen werden sollen, um 1,9 Prozent rückläufig entwickelte. Im Eigenheimbereich (Ein- und Zweifamilienhäuser) gingen die Neubaugenehmigungen auf 19.593 Wohnungen zurück und im Geschosswohnungsbau (Mehrfamilienhäuser, Wohngebäude mit mindestens drei Wohnungen, ohne Wohnheime) stiegen diese auf 29.141 Wohnungen, was einem Minus von 3,1 Prozent bzw. einem Plus von 16,7 Prozent gegenüber Januar bis September 2017 entspricht.

58.050 Baugenehmigungen

Die Bauämter in Bayern erteilten von Januar bis September 2018 insgesamt 58.050 Wohnungsbaugenehmigungen (einschließlich Genehmigungsfreistellungen). Nach Angaben des Bayerischen Landesamts für Statistik überstieg dieses Genehmigungsvolumen das Vorjahresniveau um 4,7 Prozent. Gut vier Fünftel (84,0 Prozent) bzw. 48.734 aller im Berichtszeitraum genehmigten Wohnungen sind in neuen Wohngebäuden (ohne Wohnheime) projektiert (+7,8 Prozent im Vergleich zum Ergebnis des Vorjahreszeitraums) und durch Umbau- oder Ausbaumaßnahmen am Gebäudebestand sollen 6.294 Wohnungen (10,8 Prozent des festgestellten Genehmigungsvolumens) realisiert werden (-1,9 Prozent). In neuen Nichtwohngebäuden (gewerbliche Hochbauten) sollen 879 Wohnungen (1,5 Prozent) entstehen (-12,1 Prozent).

Von den insgesamt 48.734 Wohnungen, die im aktuellen

Berichtszeitraum in neuen Wohngebäuden (ohne Wohnheime) genehmigt wurden, sollen 29.141 bzw. 59,8 Prozent in Mehrfamilienhäusern (Wohngebäude mit drei oder mehr Wohnungen) gebaut werden sowie 3.638 bzw. 7,5 Prozent in Zweifamilienhäusern. Für die zeitgleich genehmigten 15.955 Einfamilienhäuser ergibt sich ein vergleichbarer Anteil von 32,7 Prozent. Damit ist bei den Wohnungsbaugenehmigungen in Mehrfamilienhäusern mit 16,7 Prozent ein Zuwachs festzustellen, dagegen im Eigenheimbereich ein Minus von 0,3 Prozent bei Einfamilienhäusern bzw. 13,8 Prozent bei Zweifamilienhäusern.

Zuwächse in Oberbayern, Niederbayern und Oberpfalz

Die meisten der von Januar bis September 2018 genehmigten Wohnungen (25.932 bzw. 44,7 Prozent) wurden für Oberbayern gemeldet (+7,8 Prozent gegenüber Januar bis September 2017). Während auch Niederbayern, die Oberpfalz und Schwaben mehr Wohnungsbaugenehmigungen als im Vorjahreszeitraum verzeichneten, hatten die drei fränkischen Regierungsbezirke ein jeweils rückläufiges Freibevolumen hinzunehmen. Den relativ stärksten Anstieg verzeichnete die Oberpfalz (aktuell insgesamt 5.664 Wohnungsbaufreigaben; +26,1 Prozent). Den relativ stärksten Rückgang verbuchte Oberfranken (2.537; -9,2 Prozent).

Ein Drittel in den Großstädten

Von allen im Berichtszeitraum in Bayern für den Bau freigegebenen Wohnungen befanden sich 20.004 bzw. 34,5 Prozent in den kreisfreien Städten und 38.046 bzw. 65,5 Prozent in den Landkreisen. Fast jede Dritte dieser Wohnungen (30,0 Prozent) entfällt auf eine der acht bayerischen Großstädte. In Summe stiegen die Wohnungsbaugenehmigungen dort von 15.188 Freigaben (Januar bis September 2017) auf aktuell 17.424 Freigaben (+14,7 Prozent). In den kreisfreien Städten wurden insgesamt vergleichsweise 5,1 Prozent und in den Landkreisen 4,5 Prozent mehr neue Wohnungen genehmigt. □

„Mythos Bayern“ schloss seine Pforten

Über 130.000 Besucherinnen und Besucher in der Bayerischen Landesausstellung

Über 130.000 Besucher waren zur diesjährigen Bayerischen Landesausstellung nach Kloster Ettal gekommen. Dieses Fazit zog der Direktor des Hauses der Bayerischen Geschichte, Dr. Richard Loibl. Die Mitarbeiter seines Hauses, ebenso wie die Mitveranstalter, freuen sich über das Resultat.

Zusammen mit der im nahen Freilichtmuseum Glentleiten gezeigten Bayernausstellung „Bierspione und Garnelenzüchter“ und den Gästen des Begleitprogramms konnten etwa 200.000 Besucherinnen und Besucher erreicht werden. „Das ist ein ausgezeichnete Abschluss für unsere Aktivitäten im Jubiläumsjahr 100 Jahre Freistaat Bayern. Im nächsten Jahr folgt die Fortsetzung in Regensburg mit der Eröffnung unseres neuen Museums der Bayerischen Geschichte“, resümiert Loibl.

Verbindung von Thema und Ort als Erfolgsmodell

Besonders reizvoll wurde es von den Besucherinnen und Besuchern empfunden, den Mythos Bayern gewissermaßen am Entstehungsort zu verfolgen. „Dass man mitten in der Ausstellung ins Freie und in die grandiose Kulisse des Klosters und der Ammergauer Alpen trat, um anschließend im Pavillon den Visionen von König Ludwig II. zu folgen, war schon einmalig“, so der Direktor.

Realisiert werden konnte die Landesausstellung nur mit der Unterstützung vieler Partner.

Eine besondere Rolle kam den Bayerischen Staatsforsten und der Bayerischen Forstverwaltung zu. Ohne sie wären die königlichen Visionen nicht unter Dach und Fach gekommen.

Dank an Veranstalter, Förderer und Partner

Dank gebührt natürlich auch den weiteren Förderern und Partnern, ohne deren Unterstützung eine solch beeindruckende Schau nicht möglich gewesen wäre. Vor Ort waren dies vor allem das Kloster Ettal und der Landkreis Garmisch-Partenkirchen. Engagiert haben sich das Bayernwerk, MAN, proHOLZ Bayern, Adelholzer und der Freundeskreis des Hauses der Bayerischen Geschichte. Als Partner beteiligten sich auch die Bayerische Schlösserverwaltung, die Bayerische Sparkassenstiftung und die Kreissparkasse Garmisch-Partenkirchen. Die Landesausstellung medial begleitet haben Bayern 2 sowie der Münchner Merkur (mit seinen Lokalausgaben); die Werdenfelsbahn fungierte als Partner im Bereich Mobilität. „Ihnen allen ein herzliches Vergelt's Gott“, so Loibl. □

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Anton Seidl
94244 Geiersthal
am 20.11.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Franz Robeller
82285 Hattenhofen
am 21.11.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Josef Lamperstorfer
94110 Wegscheid
am 19.11.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stephan Amend
97846 Partenstein
am 10.11.

Bürgermeister Robert Hümmer
96264 Altenkunstadt
am 11.11.

Bürgermeister Peter Erhard

82389 Böbing
am 13.11.

Bürgermeister
Dr. Michael Schandler
82275 Emmering
am 18.11.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Martin Osterrieder
87760 Benningen
am 12.11.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Hans Sienerth
82064 Straßlach-Dingharting
am 11.11.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Herker
85276 Pfaffenhofen
am 12.11.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.



Ausstellung „Naturparke in Bayern“ im Haus der bayerischen Landkreise

Noch bis Ende März 2019 kann man im Haus der bayerischen Landkreise die Ausstellung „Naturparke in Bayern“ besichtigen. Dann geht sie auf Wanderschaft durch den Freistaat. Man erfährt mehr über 19 einzigartige Landschaften, über Alpengipfel, über die Naturschönheit unserer Wälder und Moore, über sanfte Hügelketten und schroffe Berglandschaften unter weiß-blauem Himmel. Bayerns Naturparke machen ein Drittel der Landesfläche aus und über 40 Landkreise sind Teil eines Naturparks. Aber was macht eine Landschaft zum Naturpark? Und was bedeutet es für eine Region, ein Naturpark zu sein? Die neue Wanderausstellung beantwortet viele Fragen; sie führt in die Besonderheiten dieser Vorbild-Landschaften ein und stellt gleichzeitig die Arbeit der Naturparke vor. Das Konzept hierfür wurde von den Verantwortlichen der Naturparke gemeinsam entwickelt. Unser Bild entstand bei der Eröffnungsfeier und zeigt (v.l.): Landrat Anton Knapp, Eichstätt, Geschäftsführender Präsidialmitglied Dr. Johann Keller, Bayerischer Landkreistag, Tanja Schorer-Dremel, MdL, Dr. Christian Barth, Amtschef im StMUV, Präsident Christian Bernreiter, Bayerischer Landkreistag, 1. Vorsitzender Heinrich Schmidt, Naturpark Bayerischer Wald und Martin Schöffel, MdL.

Bild: Bayerischer Landkreistag

Bayerischer Denkmalpflegepreis 2018:

Würdigung herausragender Ingenieurleistungen

Sechs Baudenkmäler in Ober- und Unterfranken, Schwaben und Niederbayern sind in Schloss Schleißheim mit dem Bayerischen Denkmalpflegepreis 2018 ausgezeichnet worden. Die Bayerische Ingenieurekammer-Bau verleiht den Preis gemeinsam mit dem Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege alle zwei Jahre in den Kategorien private und öffentliche Bauwerke.

Ein besonderes Augenmerk bei der Vergabe des Preises gilt den herausragenden Leistungen der Ingenieure, die maßgeblich zum Erfolg der Instandsetzungen beigetragen haben. Ihre Arbeit ist besonders wichtig, aber meist weniger sichtbar als beispielsweise die neue Fassade. Ohne Ingenieurwissen, wie den richtigen Kniff bei der Statik oder auch der Lüftungsplanung, wäre der Erhalt vieler Baudenkmäler jedoch unmöglich.

Auszeichnungen für private und öffentliche Denkmäler

Bei den privaten Denkmälern sind das Gasthaus Baumgartner in Vilshofen, das Fernsemmerhus in Scheidegg im Allgäu sowie die Zisterzienser Abtei Seligenthal in Landshut ausgezeichnet worden. Sieger bei den öffentlichen Bauwerken sind das Rathaus Hallstadt, das Luitpoldbad Bad Kissingen und die ehemalige Gastwirtschaft „Zum Goldenen Kreuz“ im schwäbischen Monheim.

Das Rathaus Hallstadt, erbaut in den Jahren 1576 bis 1580, stand seit dem Jahr 2010 leer, da nach einer Instandsetzung im Jahr 2002 wiederholte Geruchsbelästigungen bzw. Erkrankungen der Mitarbeiter auftraten. Dies betraf vor allem den großen Sitzungssaal im 2. Obergeschoss des Rathauses. Untersuchungen ergaben, dass im Laufe der Jahre Feuchtigkeit in die Holzbalken eingedrungen war, welche Chlornaphtaline (früher als Holzschutzmittel verwendet) freigesetzt hatte. Der Feuchtigkeitsschaden führte zudem zu einem Schimmelpilzbefall. Das Rathaus wurde daraufhin geräumt, die Mitarbeiter der Stadt Hallstadt in einem anderen Gebäude untergebracht.

Moderne Lüftungstechnik

Über ein kreatives Absaug-Lüftungssystem mit Wärmerückgewinnung konnte die Erhaltung der historischen, aber

schadstoffbelasteten Deckenkonstruktionen erreicht werden. Mit der Absaugung der schadstoffbelasteten Luft aus den Deckenkonstruktionen erfolgt gleichzeitig eine Belüftung aller Räume. Insgesamt beinhaltet das Konzept der Reparaturmaßnahme minimale Eingriffe in den historischen Baubestand, berücksichtigt technische Bestimmungen, wie Brand- und Schallschutz und erzielte somit ein außergewöhnliches wie vorbildliches Ergebnis. Dies gilt besonders für die Leistung des Fachingenieurs für Haustechnik, dem eine hervorragende Anpassung der, ansonsten nur schwierig unterzubringenden Lüftungskanäle in das Gebäude gelungen ist.

UNESCO-Bewerbungsgebiet

Das historische Luitpoldbad von 1867 und 1902 liegt in der reizvollen Parklandschaft des „Gartendenkmals Luitpoldpark“ und im Bad Kissinger UNESCO-Bewerbungsgebiet für die „Great Spas of Europe“. Die ingenieurtechnische und architektonische Leistung war, das über 20 Jahre leerstehende, marode Gebäude im Heilquellenschutz- und Überschwemmungsgebiet der Saale für ein 1000-jähriges Hochwasser zu ertüchtigen sowie nach DIN-Norm nicht nachweisbare historische Bauteile für Gäste aus aller Welt nutzbar und erlebbar zu erhalten. Das Luitpoldbad sollte so in ein leistungsfähiges Behördenzentrum mit einem Veranstaltungsort für zum Beispiel die international bekannten Konzertreihen des Kissinger Sommers sowie Ausstellungsräume für die UNESCO-Bewerbung »Great Spas of Europe« umgebaut werden. Die Fertigstellung des Luitpoldbades erfolgte dann zur 150-Jahr-Feier des historischen Bades im Jahr 2017.

Mit der Freilegung und Ergänzung der historischen Gusseisenkonstruktionen wurde die Wiederherstellung des ursprünglichen Raumeindrucks des Trep-

penhauses erreicht. Die besondere Leistung der Tragwerksplaner bestand darin, die Tragfähigkeit der bauzeitlichen Konstruktion mit Vor-Ort-Messungen zu ermitteln, da ein rechnerischer Nachweis gegen den Erhalt gesprochen hätte.

Gastwirtschaft wird „Haus der Kultur“

Die Revitalisierung der ehemaligen Gastwirtschaft „Zum Goldenen Kreuz“ zu einem „Haus der Kultur“ erforderte ideenreiche ingenieurtechnische Lösungen. Eine besondere Herausforderung war die dem schlechten Baugrund geschuldete Vermeidung von Lasterhöhungen und Lastkonzentrationen. Den Tragwerksplanern ist es gelungen, durch Aussteifungen des barocken Dachwerks bis hin zum Nachweis als Faltwerk und dem Einbau leichter additiver Systeme, die Standsicherheit auch bei weit gespannten Bauteilen wieder herzustellen. Damit wurden nicht nur denkmalverträgliche, sondern auch besonders kostengünstige und nachhaltige Lösungen zum Erhalt des Denkmals gefunden.

Sieben zuvor über Monheim verstreute Vereine haben nun in der Stadtmitte ihre Heimat in dem aus drei Gebäudeflügeln bestehenden Anwesen gefunden. Die Gruppen- und dazugehörigen Gemeinschaftsräume sind im Erd- und Obergeschoss untergebracht.

Königsdisziplin

„In diesem Jahr wurden so viele Projekte für den Bayerischen Denkmalpflegepreis eingereicht wie nie zuvor. Das zeigt das große Engagement der Ingenieure auf diesem Gebiet. Denn die Sanierung denkmalgeschützter Bauwerke ist die Königsdisziplin im Bereich Bauen im Bestand“, hob Michael Kordon, 1. Vizepräsident der Bayerischen Ingenieurkammer-Bau, bei der Preisverleihung hervor.

„Damit auch nachfolgende Generationen über den Einfallreichtum, die Geschicklichkeit und das Können unserer Vorfahren staunen können, sind Instandsetzungen, wie wir sie mit

Liebe Leserinnen und Leser,

wenige Wochen nach der Landtags- und Bezirkstagswahl sind in Bayern die Koalitionsverhandlungen für eine neue Staatsregierung schon in der Endphase angekommen. Die CSU wird die Staatsregierung weiterhin anführen und Dr. Markus Söder bleibt unser Bayerischer Ministerpräsident. Von Seiten der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) können wir damit unsere gute Zusammenarbeit mit ihm fortführen. Gut so. Er steht unter anderem für die Entwicklung der ländlichen Räume, für gleichwertige Lebensverhältnisse und (finanziell) leistungsfähige Kommunen.

Ich weiß ja nicht, ob es Ihnen genauso geht: Beim Stichwort Koalitionsverhandlungen denken viele sofort an Berlin, an die „Jamai-

Kommunalpolitische Tugenden für die „große Politik“ gefordert

ka“-Sondierungen im Spätherbst 2017 und die Fotos von winkenden, teilweise rauchenden, weintrinkenden und irgendwie seltsam herumtänzenden Spitzenpolitikern auf dem Balkon des ehemaligen Reichstagspräsidentenpalais, dem Sitz der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft (DPG).

Eine menschlich vielleicht nachvollziehbare, aber trotzdem gefährliche Mischung aus emotionaler Anspannung, Wettbewerbsdenken und Selbstdarstellungsdrang haben zu diesen etwas skurrilen Bildern geführt. „Der Spiegel“ spitzte es damals folgendermaßen zu: „Merkel und ihre neue bunte Truppe machen Politik zum Reality-TV“. Ja, diese Aussage ist wahrscheinlich etwas überzogen, aber gänzlich vorteilhaft für die Glaubwürdigkeit der Politik waren diese Szenen auf jeden Fall nicht – und wie wir alle wissen, letztendlich auch nicht von Erfolg gekrönt. Die Jamaika-Flagge wurde wenige Tage später aufgrund einer „fahnenflüchtigen“ Partei schnell wieder eingeholt.

Aber nun zurück nach Bayern, dorthin, wo die Uhren üblicherweise anders gehen – und siehe da, dies gilt erfreulicherweise ebenso für die künftigen Koalitionäre im Bayerischen Landtag und der Staatsregierung: Die Sondierungsgespräche der CSU mit den Freien Wählern einerseits und den Grünen andererseits, dauerten nicht mehrere Wochen, son-

dem Bayerischen Denkmalpflegepreis auszeichnen, außerordentlich wichtig. Das Engagement der prämierten Bauherren und ihrer begleitenden Ingenieure verdient höchste Anerkennung“, unterstrich Mathias Pfeil, Generalkonservator des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege.

Lob für Sachverstand und Sorgfalt

Baustaatssekretär Josef Zellmeier lobte den Sachverstand und die Sorgfalt, die die ausgezeichneten Bauherren und ihre beteiligten Ingenieure bewiesen haben: „Sie haben sich vorbildlich für den Erhalt von denkmalgeschützten Bauwerken eingesetzt! Denkmäler geben Identität und schaffen Heimat. Wir müssen sie deshalb unbedingt erhalten.“

Mit zahlreichen Förderprogrammen leiste der Freistaat Bayern einen wichtigen Beitrag zur Bewahrung denkmalwerter Bausubstanz. Außerdem betreuten die 22 Staatlichen Bauämter im Freistaat zahlreiche Baudenkmäler – von weltberühmten Bauwerken wie der Würzburger Residenz bis hin zu Verwaltungsbauten, Hochschul- und Klinikarealen. „Der Erhalt und die denkmalgerechte Pflege dieses baukulturellen Erbes gehören zu den schönsten Aufgaben unserer Bauverwaltung“, stellte Zellmeier fest. **DK**

GZ KOLUMNE Stefan Rößle



dern gingen zügig vorstatten.

Vielleicht hätte mancher noch intensivere schwarz-grüne Gespräche für wünschenswert gehalten, um Gemeinsamkeiten und Ausschlusskriterien gegenüber der Öffentlichkeit deutlicher darzustellen. Doch die Entscheidung fiel dann recht schnell und eindeutig für die Aufnahme der Verhandlungen von CSU und FW. Beide Gruppierungen setzten sich umgehend, in kleiner, überschaubarer Runde zusammen. Was-

serstandsmeldungen gab es von beiden Seiten nur selten – und wenn, dann respektvoll, diplomatisch und sachlich. Dies schafft Vertrauen. Weiter so! Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass auch den Medien bislang wenig Gelegenheit für bissige Kommentare gegeben wurde. Bis auf eine Diskussion um die humoristische Bezeichnung der neuen, schwarz-orangen Koalition, war es auf diesem Feld auffällig ruhig.

Ebenfalls erfreulich: Vor einiger Zeit hatte ich an gleicher Stelle davon geschrieben, dass wir wieder mehr „kommunalpolitische Tugenden“, wie Sachorientierung, Gemeinsamkeit und Respekt in der „großen“ Politik brauchen, um die Menschen von den radikalen Populisten fernzuhalten. Das bisherige Procedere der neuen bayerischen Bündnispartner gibt mir viel Grund zum Optimismus, dass wir hier in Bayern auf einem guten Weg sind.

Mehr kommunalpolitische Denkweisen im Freistaat können sich letztendlich auch nur positiv auf die Fixierung der inhaltlichen Schwerpunkte einer neuen Staatsregierung auswirken. Deshalb gehen wir von einer Fortführung der kommunalfreundlichen Politik aus.

Ebenfalls ist klar, dass wir uns als KPV weiterhin als starke Stimme der kommunalen Familien präsentieren und uns mit Nachdruck für die Anliegen der Bezirke, Landkreise, Städte und Gemeinden im Freistaat einsetzen. Ob die Koalition dann „Spezi“ oder „Tiger“ genannt wird, ist uns egal. Hauptsache, die Rahmenbedingungen für kommunales Handeln werden weiter verbessert und Themen wie Nachhaltigkeit, Flächensparen, Artenschutz, saubere Mobilität und Energiewende bekommen größere Bedeutung. Dies bleibt unser Anspruch. Um es mit den Worten von Altkanzler Helmut Kohl auszudrücken: „Entscheidend ist, was hinten rauskommt.“ In diesem Sinne wünschen wir als KPV der neuen Bayerischen Staatsregierung einen guten Start.

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Trotz Digitalisierung mehr Beschäftigung in Bayern

Ifo Studie sieht bis 2030 starke Zuwächse bei Managementberufen, IT und Ingenieuren

Der Jobmotor in Bayern wird mit der Digitalisierung weiter an Drehzahl gewinnen. Da immer mehr Beschäftigte in aussichtsreiche Zukunftsbranchen wechseln, erwartet das ifo Institut in einer Studie im Auftrag der IHK für München und Oberbayern bis 2030 ein Potenzial für den Beschäftigungsaufbau von bis zu 13,5 Prozent. Für ganz Deutschland liegt dieser Wert nur bei 5,5 Prozent. Auch in ihrem pessimistischsten Szenario sehen die ifo Experten einen Beschäftigungszuwachs von 1,6 Prozent in Bayern, während für ganz Deutschland auch negative Arbeitsmarktfolgen denkbar sind.

„Die gute Nachricht lautet, dass im Freistaat niemand vor der Digitalisierung Angst haben muss. Die Arbeit wird uns trotz zunehmender Automatisierung keineswegs ausgehen. Im Gegenteil: Bayern wird mit seiner innovativen und leistungsfähigen Wirtschaft allem Anschein nach besonders von der Digitalisierung profitieren, sofern die Unternehmen die dafür notwendigen Fachkräfte finden“, sagt Peter Driessen, Hauptgeschäftsführer der IHK für München und Oberbayern.

Strukturwandel

Der fortdauernde Strukturwandel am Arbeitsmarkt werde laut ifo Studie durch die Digitalisierung beschleunigt und betreffe auch in Zukunft alle Berufsgruppen, wenn auch in un-

terschiedlichem Ausmaß. Die größten Zuwächse bis 2030 in Bayern gibt es bei Managementberufen mit einem Beschäftigungsplus von 79.000 Stellen, gefolgt von Ingenieuren (plus 59.000) und IT-Berufen (plus 58.000). Auch die Pflegeberufe expandieren kräftig (plus 50.000).

Berufsbilder weiter entwickeln

Von Abbau betroffene Berufsgruppen finden sich laut Studie vor allem in der Finanzwirtschaft (minus 12.000 Stellen), in der Bauwirtschaft (minus 8.000) und bei anderen automatisierbaren Tätigkeiten wie Reinigung und Warenprüfung (jeweils minus 2.000). „Damit es nicht zu hohen Beschäftigungsverlusten kommt, müssen sich die Berufsgruppen (Fortsetzung auf Seite 4)

Vielfalt gestalten

Difu-Publikation zur Integration und Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten

Mit der Flüchtlingszuwanderung in den vergangenen Jahren hat die Debatte über Integration an Dynamik gewonnen und Kontroversen darüber ausgelöst, wie gesellschaftliche Integrationsprozesse weiterentwickelt sind. Der räumliche Fokus liegt hierbei freilich nicht mehr allein auf Großstädten und Ballungsräumen. Auch Klein- und Mittelstädte in den eher ländlich geprägten Regionen sind von wachsender Zuwanderung sowie zunehmender sozialer und kultureller Diversität geprägt.

Eine aktuelle Publikation des Deutschen Instituts für Urbanistik nähert sich dem Untersuchungsgegenstand „Integration und Stadtentwicklung in kleineren Städten“ in wissenschaftlichen Beiträgen, Essays und persönlichen Positionierungen. Den Hintergrund bilden Erfahrungen und Erkenntnisse aus dem dreijährigen Forschungs-Praxis-Projekt „Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe“. Ausgerichtet war das Vorhaben auf Aktivierung und Austausch. Praxis-Partner des Difu waren die Projektkommunen Garmersheim, Goslar, Ilmenau, Michelstadt, Mühlacker, Saarlouis, Steinfurt, Weißenfels und Zittau.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass das Thema Vielfalt bzw. vielfältige Stadtgesellschaft bei den Akteuren aus den Projektkommunen ganz unterschiedliche Assoziationen auslöst. Es gibt den durchaus starken Impuls, das Thema eher positiv zu besetzen. Es wird mit Lebendigkeit in Zusammenhang gebracht und kann für die ei-

gene Stadt eine Bereicherung darstellen. Versucht wird, das Thema als eines zu fassen, das Raum für Gestaltung eröffnet, das aufgegriffen werden kann und muss, das engagiert angegangen werden sollte.

Stadtgesellschaft neu gestalten

Auslöser und Motivlagen hierfür sind unterschiedlich. Es gibt unmittelbare Auslöser, wie die Zuwanderung und Integration von Geflüchteten, die gerade in kleineren Städten mit einem entspannten Wohnungsmarkt und einer schrumpfenden Bevölkerung positive Impulse auslösen können. Und es besteht die Hoffnung, der Zuwanderung eine langfristige Perspektive zu geben. Darüber hinaus gilt es die Stadtgesellschaft neu zu gestalten und Wege zu finden, wie neu Zugewanderte mit den Alteingesessenen, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, gut zusammenleben können. Gleichwohl gibt es auch berechnete Fragezeichen, was insbesondere den Mangel an Austausch und Begegnungen betrifft, und die Problematik bzw. Befürchtung von Segregation und Abschottung.

Wie Teilhabe und sozialer Zusammenhalt in einer mobilen Gesellschaft gelingen können, ist letztlich ein schwierigeres Thema für die Projektkommunen. Es ist mit vielen Fragen und Unsicherheiten verbunden, die durch die Zuwanderung der Geflüchteten deutlich ver-

stärkt wurden. Sehr stark wird mit Blick auf die eigene Migrationsgeschichte in jenen Städten mit längerer Zuwanderungsgeschichte betont, dass die langjährige Zuwanderung keine Auffälligkeiten mit sich bringt; die Zugewanderten gehörten selbstverständlich dazu. Diese Zuwanderergruppen werden – vom heutigen Standpunkt aus – als assimiliert und zugehörig dargestellt.

Zunahme „sichtbarer Fremdheit“ führt zu Ängsten und Befürchtungen

Festzustellen ist, dass die aktuelle Zuwanderung von Geflüchteten die Überlegungen und Debatten zu Integration neu geprägt und verändert hat. So löst die Zunahme „sichtbarer Fremdheit“ nicht nur bei der alteingesessenen Bevölkerung, sondern auch bei länger in der Stadt ansässigen Migrantinnen und Migranten zum Teil Ängste und Befürchtungen aus.

Die Projektergebnisse zeigen auch, wie schwierig es ist, Integration und Stadtentwicklung in einen engen Zusammenhang zu bringen. Der Bezug zwischen Stadtentwicklung und Integration wird vor allem darüber hergestellt, dass Zuwanderungsgruppen als räumlich segregiert wahrgenommen werden; sie prägen das Image bestimmter Stadtviertel („Russen-Viertel“).

Für das kommunalpolitische Handeln lässt sich daraus folgern, dass Migration und Integration zentrale Gestaltungsaufgaben der Stadtplanung und Stadtentwicklung sind. Dafür gibt es allerdings keine einfachen Rezepte. Jede Stadt „tickt“ anders. In jeder Kommune sind daher Reflexions- und Verständigungsprozesse darüber zu initiieren, was eine vielfältige Stadt auszeichnet, wer dabei mitreden muss und welche strategisch-konzeptionellen Grundlagen ein solches Vorgehen ggf. benötigt.

Für ein bürgernahes ...

(Fortsetzung von Seite 1) Schutz auf und stellen hierfür 20 Mio. Euro zur Verfügung“, heißt es in dem Koalitionsvertrag.

Bayern braucht starke und handlungsfähige Kommunen. Sie sollen auch weiterhin mit einem bestens ausgestatteten kommunalen Finanzausgleich unterstützt werden. Schwerpunkte sind die Förderung finanzschwacher Kommunen und die Stärkung der Investitionen. Darüber wird im Rahmen der Aufstellung des Doppelhaushalts 2019/2020 entschieden. Ziel ist eine Erhöhung der Investitionsmittel nach Art. 10 Bayerisches Finanzausgleichsgesetz (FAG) um zusätzlich 50 Mio. Euro pro Jahr.

Schwimmbäder und Straßen

Für die Sanierung kommunaler Schwimmbäder werden 20 Mio. Euro pro Jahr aufgewendet. Interkommunale Lösungen werden dabei besonders berücksichtigt. Zudem wird die Finanzierung von Straßenausbaumaßnahmen im Sinne der Kommunen planungssicher geregelt. Gleichzeitig müsse das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger durch verlässliche Regelungen und zur Vermeidung von Rechtsstreitigkeiten gestärkt werden.

Für die Kompensation der entfallenden Straßenausbaubeiträge werden für die Kommunen mit Straßenausbaubeitragsatzung, die auch tatsächlich vollzogen wurde, im Jahr 2019 100 Mio. Euro und ab 2020 150 Mio. Euro für alle Kommunen als zweckgebundene Pauschalen zur Verfügung gestellt, wodurch auch die fiktive Ersterschließung abgegolten wird. Daneben wird

ein Härtefallfonds in Höhe von 50 Mio. im Jahr 2019 aufgelegt. Damit können Härtefälle für die Zeit ab 1. Januar 2014 abgefedert werden. Die Entscheidung darüber trifft eine noch einzusetzende Kommission.

Behördenverlagerungen

„Wir denken das Konzept der Behördenverlagerung weiter und richten dazu Behördensatelliten im Umfeld der Ballungsräume ein. So entlasten wir die Innenstädte von Pendlerströmen. Zudem werden wir auch künftig Behördenverlagerungen in den ländlichen Raum angehen. Diese werden wir sozialverträglich und unter Beachtung der Belange der Beschäftigten umsetzen. Das ist ein wichtiger Schritt für gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land und zur Entlastung der Ballungsräume“, lautet ein weiterer Beschluss.

Ziel ist es, die Gestaltungskräfte in den Regionen zu aktivieren. Die regionalen Initiativen in Bayern seien die starken Entwicklungsmotoren vor Ort. Das Regional- und Konversionsmanagement soll auch weiterhin kraftvoll unterstützen werden. Vor allem auf digitale Heimatprojekte wollen CSU und FW vermehrt ihr Augenmerk legen. Dazu wird eine neue Förderrichtlinie „Heimat Digital“ aufgelegt.

Gestärkt werden soll auch die regionale Wirtschaft. „Wir werden die erfolgreiche Regionalförderung auf hohem Niveau fortführen und weiterentwickeln, um auch künftig zuverlässig und wirksam Arbeit zu den Menschen zu bringen“, heißt es dazu. **DK**

Eine solche Diskussion setzt die Sensibilisierung und Aktivierung der verwaltungsinternen und -externen Akteure voraus. Diese müssen sich die Themenfelder aneignen und ihren eigenen Zugang dazu entwickeln. Das Ganze ist ein Lernprozess. Folgende Stellschrauben für kommunales Handeln lassen sich aus Forschung und Projektbefunden ableiten:

- Gerade in Bezug auf Neuzuwanderer und Geflüchtete existieren massive Bedarfe für besondere Unterstützungs- und Beratungsangebote. Dennoch geben die Befunde Anlass für ein Plädoyer, die Integrationspolitik nicht ausschließlich an spezifische Gruppen zu richten und/oder nach Wegen zu suchen, wie sich diese besser anpassen oder integrieren können.

Peteranderl bei der BHT-Mitgliederversammlung in Bamberg:

Wichtige wirtschaftspolitische Weichen

Zur Mitgliederversammlung des Bayerischen Handwerkstages (BHT) in Bamberg attestierte Präsident Franz Xaver Peteranderl dem Handwerk eine wirtschaftlich gute Entwicklung im laufenden Jahr. Peteranderl rechnet mit einem realen Umsatzplus von drei Prozent und einem Anstieg der Beschäftigung um ein Prozent. Das bayerische Handwerk fordert, wichtige wirtschaftspolitische Weichen während der momentanen konjunkturellen Hochphase zu stellen.

Weil der Fachkräftemangel die Entwicklung hemmt, befürwortet der BHT-Präsident das von der Bundesregierung geplante Fachkräftezuwanderungsgesetz: „Das Handwerk begrüßt Erleichterungen bei der Zuwanderung beruflich qualifizierter Menschen. Wir halten es auch für richtig, dass

Menschen mit Fluchthintergrund, die sich durch eine Ausbildung oder qualifizierte Beschäftigung im Handwerk und in unserem Wertesystem integrieren, ein Bleiberecht bekommen.“ Auch die von der Bundesregierung geplante Stärkung der beruflichen Bildung durch

Quartiere von innen her gestärkt werden. Die Bewohnerinnen und Bewohner müssen mit ihren unterschiedlichen Interessen zu Wort kommen.

„Eine so verstandene Integrations- und Stadtentwicklungspolitik muss u.a. die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Menschen am Gemeinwesen teilnehmen können. Dies betrifft nicht nur Zuwanderer“, heißt es in der Publikation. Um Nachbarschaften zu gestalten und den sozialen Zusammenhalt zu stärken, seien Alt- und Neuzuwanderer, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund einzubeziehen. Sie seien als Menschen zu adressieren und zu beteiligen, die in ihren verschiedenen Rollen aktiv werden können, sei es als Eltern, Arbeitnehmer oder Vereinsmitglieder. **DK**

Trotz Digitalisierung ...

(Fortsetzung von Seite 3) bilder mit dem Digitalen Wandel konsequent weiter entwickeln“, betont Prof. Dr. Oliver Falck, einer der ifo Studienautoren.

Das ifo Institut sieht gleichzeitig die Tendenz zu einer zunehmenden Polarisierung am Arbeitsmarkt in Bayern, wenn gleich diese weniger stark ausgeprägt ist als beispielsweise in den USA, ergänzt ifo Professor Falck. So weisen neben lukrativen Berufen mit hohen Qualifikationsniveaus auch einfache Servicejobs mit geringem Qualifikations- und Entgeltniveau überdurchschnittliche Wachstumsraten bei der Beschäftigung auf. Beide sind schwer automatisierbar.

Digitale Kompetenzen

IHK-Chef Driessen betont, dass digitale Kompetenzen eine noch stärkere Rolle im Bildungswesen spielen müssen – und zwar vom Kindergarten bis hin zur Weiterbildung für Ältere. „So geben wir aktuellen und zukünftigen Fachkräften optimale Chancen. Der Aufbruchgeist der Digitalisierung muss altersgerecht in jedem bayerischen Klassenzimmer und jeder Bildungseinrichtung Einzug halten. Dafür brauchen wir dringend digitale Fortbildungsprogramme für Erzieher, Lehrer und Ausbilder“, so Driessen.

Die Wirtschaft stelle ihrerseits alle Ausbildungsberufe auf den Prüfstand, um sie noch stärker auf Digitalisierung zu trimmen, wie aktuell mit dem neuen IHK-Beruf für E-Commerce-Kaufleute geschehen. Betriebe und Politik müssten ebenso eine Kultur der ständigen Weiterbildung für alle Arbeitnehmer fördern. Damit Bayern zu den Gewinnern der Digitalisierung gehört, verlangt Driessen auch von der Staatsregierung, dass sie sich für Innovationen, Wettbewerb und ein positives, chancenorientiertes Bild des technologischen Wandels einsetzt.

Die Studie ist abrufbar unter www.ihk-muenchen.de/digitalisierung-arbeitsmarkt. **DK**

Musikschule – vernetzt ...

(Fortsetzung von Seite 1) größten Handlungsbedarf in der Musiklehrerausbildung. Ideal wäre aus seiner Sicht hierbei, wenn man im Rahmen der Strukturierung eines Studiengangs mit dem Ziel der Lehrtätigkeit an Musikschulen „musikalische Bildung gemeinsam denken“ und dabei große Aufmerksamkeit dem Unterrichten in größeren Gruppen bis hin zum Klassenmusizieren widmen würde.

Der Präsident des Bayerischen Musikrates, Dr. Thomas Goppel, bestätigte in seinem Grußwort, dass Bayern auf einem guten Weg sei, wenn es darum gehe, jedem Musikinteressierten den Zugang zur Musik zu ermöglichen. Er lobte die Musiker, die am Vorabend des Festaktes in einer spektakulären Kooperation mit Musikschülern vom Kindergartenalter über Schüler aus allgemeinbildenden Schulen bis hin zu den Senioren vom Großelternchor unter der Leitung von Benjamin Sebald ein überragendes Finale im Eröffnungskonzert präsentierten: 486 Mitwirkende verursachten beim Publikum im voll besetzten Großen Haus der Freiheitshalle Hof mit „We Are The World“ Gänsehaut-Momente.

Wichtigste externe Partner des Ganztagsangebotes

„Wenn es sie nicht schon gäbe, müssten wir unsere Musikschulen erfinden“, hob Goppel hervor. Warum? „Weil sie in ihrer Arbeit überzeugen: die Eltern, die einen Blick auf die ganzheitliche Entwicklung ihrer Kinder haben. Sie überzeugen die Schüler, die sich mit Fleiß der lieben Gewohnheit des Musizierens widmen – und sie überzeugen ihre Lehrer, weil und damit sie sich dem freiwilligen Gegenüber widmen können, auch wenn Klassen und Gruppen heute kleiner sind. Ein individueller Unterricht, ein sich ganz auf den Schüler einlassender Unterricht, ist, zumindest bei höhergesetzten musikalischen Zielen, durch nichts zu ersetzen.“ Musikschulen überzeugten

zudem als wichtigste externe Partner des Ganztagsangebotes und garantierten in ganz Bayern mit ihrem hohen Qualitätsstandard das Gesamtpaket an musikalischer Bildung, machte der Präsident deutlich und fuhr fort: „Ich glaube, dass das Ganztagsangebot deswegen ein besonders interessantes ist, weil es solche Möglichkeiten, wie die musikalische Selbstbildung und das Hineinfinden in Ensemble-tätigkeiten in keiner besseren Weise würdigen kann.“

Ziel sei es, die Landkarte der Musikschul- und Musikangebote noch dichter und mehr auf und auszufüllen, noch mehr Menschen zu überzeugen, dass das Leben in und mit der Musik reicher ist und dass die Musik Harmonie schafft wie kaum etwas Anderes. „Für und in uns selbst und für und in der Gemeinschaft“, so Goppel abschließend.

Traditionell gehört der Festakt mit der Verleihung der Carl-Orff-Medaille, der höchsten Auszeichnung des Verbandes Bayerischer Sing- und Musikschulen (VBSM), zu einem der Höhepunkte des Bayerischen Musikschultages. Präsident Bayerischer Musikschulen, Dr. Goppel dankt hier im Namen des Verbandes und der öffentlichen Sing- und Musikschulen in Bayern Menschen, die dabei helfen, flächendeckend gleichwertige Lebens- und Rahmenbedingungen im Freistaat Bayern als Kulturstaat zu schaffen.

In diesem Jahr wurden Dr. Manfred Riederle, 2. Stellvertreter Geschäftsführer und Referent beim Bayerischen Städtetag und Gerhard Dix, Referatsdirektor beim Bayerischen Gemeindetag, mit der Carl-Orff-Medaille bedacht. Beide engagieren sich seit über 30 Jahren in besonderer Weise für die Belange der öffentlichen Sing- und Musikschulen in Bayern. „Weit über ihren Beruf hinaus setzen sie sich dafür ein, die Rahmenbedingungen für hochqualifizierten Unterricht zu schaffen und dabei immer den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen“, hob Bayerstorfer in seiner Laudatio hervor. **DK**

die Novellierung des Berufsbildungsgesetzes geht aus Sicht des bayerischen Handwerks in die richtige Richtung. „Für uns könnte dies eine Chance sein, den Begriff der höheren Berufsbildung im Gesetz zu verankern, die Fortbildungsstufen ab dem Gesellenbrief sichtbar zu machen und auch zu benennen“, so Peteranderl. Gleichzeitig warnt vor der im Koalitionsvertrag vorgesehenen Mindestausbildungsvergütung.

Sachgerechte Ausbildungsvergütungen

Der BHT-Präsident: „Die Ausbildungsvergütungen wurden von den Tarifpartnern in der Vergangenheit immer verantwortlich und sachgerecht geregelt. Eine Mindestvergütung könnte sich als ernstes Hindernis für die Ausbildung im Handwerk erweisen. Die Ausbildungsberufe könnten sinken.“ Er befürchtet, dass dann vor allem leistungsschwächere Jugendliche schwer in der Arbeitswelt Fuß fassen würden.

BHT-Hauptgeschäftsführer Dr. Frank Hüpers ging in seiner Rede auf einige Gesetzesinitiativen der Bundesregierung ein und warnte vor zusätzlichen Belastungen für Beitrags- und Steuerzahler. Als Beispiel nannte Hüpers das Rentenpaket der Bundesregierung: „Um ein Rentenniveau von 48 Prozent zu halten, müsste man im Jahr 2040 etwa 50 Milliarden Euro aufwenden. Damit würde der Rentenbeitrag auf mehr als 25 Prozent steigen. Für die Beitragszahler wäre das eine Katastrophe.“ Der Bayerische Handwerkstag lehne daher die geplante Festschreibung des Rentenniveaus ab. Hüpers kritisierte außerdem die Beitragserhöhung bei der Pflegeversicherung und die Wiedereinführung der paritätischen Finanzierung des allgemeinen Beitragssatzes zur Krankenversicherung.

Scharfe Kritik übte der BHT-Hauptgeschäftsführer an einem weiteren Projekt der Großen Koalition: „Die geplante Einführung einer Brückenteilzeit ist einseitig an den Interessen der Arbeitnehmer ausgerichtet. Für Unternehmen bedeutet sie einen groben Eingriff in die betrieblichen Abläufe. Handwerksbetriebe und ihre Mitarbeiter kommen mit freiwilligen, gemeinsam getroffenen Absprachen weiter als mit gesetzlichem Zwang.“ In der Diskussion um den so genannten „Lebensmittelpänger“ geht es nach den Worten von Hüpers darum, „handwerksfeindliche Auswirkungen“ in Grenzen zu halten. „Wir haben im Bayerischen Verbraucherschutzministerium u.a. kurze Löschfristen, rasche Nachkontrollen der Betriebe und die sofortige Löschung der Veröffentlichung bei Verstößen gefordert.“ **DK**

Gespräch im Kanzleramt zur Flüchtlingspolitik:

Wie Integration gelingen kann

Gesellschaftlicher Zusammenhalt, Bildung und Integration in den Arbeitsmarkt lauten die Schwerpunkte, die aktuell das Thema „Geflüchtete in Deutschland“ bestimmen. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel sprach darüber in Berlin mit in der Flüchtlingshilfe engagierten Gruppen und Verbänden, darunter Vertretern von Pro Asyl, Save the Children, Technischem Hilfswerk, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Diakonie und dem Bundesverband für unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge.

Fazit der Teilnehmer: Es gibt noch viel zu tun. Es sei aber immer besser, die Lösung von Problemen voranzutreiben, als diese immer wieder nur anklagend zu nennen, betonte die die Kanzlerin, die die Treffen fortsetzen will.

Fakt ist: Im Juli 2018 gingen rund 327.000 Geflüchtete mit einer Staatsangehörigkeit aus nichteuropäischen Herkunftsländern einer Beschäftigung nach, die meisten davon sozialversicherungspflichtig. Im September 2018 waren in Deutschland ungefähr 188.000 geflüchtete Menschen als arbeitslos registriert. Diese Zahl stieg dank vieler Integrationskurse – 2017 nahmen 292.000 Menschen daran teil, 2018 kamen bisher rund 138.000 dazu – nicht an.

Sprachförderung

Das Augenmerk wird zudem auf eine berufsbezogene Sprachförderung gelegt. Damit soll die Chance auf Beschäftigung in dem zu Hause gelernten Beruf erhöht werden. Auch geht es um die Anerkennung von Berufsabschlüssen. Gegebenfalls sollen den Geflüchteten Weiterbildungsmaßnahmen angeboten werden, die ihre vorhandenen Qualifikationen ergänzen.

Gerade geflüchtete junge Menschen seien auch ein Gewinn, berichtete ein Vertreter des Handwerks. Sie trügen

dazu bei, dass die Lücken auf dem Ausbildungsmarkt kleiner wurden. Zurzeit befänden sich 25.000 junge Menschen in einer betrieblichen Ausbildung, 166.000 lernten gerade Deutsch. Auch sie könnten dann eine Ausbildung beginnen.

30 Millionen Ehrenamtliche engagieren sich

Mehr als 30 Millionen Ehrenamtliche engagieren sich in Deutschland – viele in der Integration, hieß es weiter. Der Bund unterstützt das Ehrenamt. So sollen durch die Überarbeitung des Vereins- und Stiftungsrechts bürokratische Hürden abgebaut werden.

Nach Beobachtung der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, Annette Widmann-Mauz, ist das politische Klima gegenüber geflüchteten Menschen rauer geworden. Ausgrenzungserfahrungen erschwerten die Integration, weshalb eine „Kultur des Widerspruchs“ gefordert sei. Widmann-Mauz verwies zudem auf den Aktionsplan Integration. Nach dem Grundsatz „Fordern und Fördern“ seien mit Hilfe der Länder, Kommunen und Migrantenorganisationen konkrete Projekte angeschoben worden.

Kultur, Geschichte und Werte

Ohne Zweifel ist das Lernen der deutschen Sprache der

Schlüssel zur Integration. Aber es geht um noch viel mehr – um die deutsche Kultur, Geschichte und Werte, wie die Teilnehmer übereinstimmend betonten. Deshalb müssten die Bildungsangebote in Kitas und Schulen differenziert sein. Im besten Fall knüpften sie an dem in der Heimat Erlernten und Erfahrenen an.

Kommunen brauchen Unterstützung

Der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Erster Bürgermeister Dr. Uwe Brandl, wies in seinem State-

Infos über das Landratsamt

Wenn Sie mehr über die Hilfsprojekte des Landkreises Donau-Ries im Bereich der Kommunalen Entwicklungszusammenarbeit erfahren wollen: www.donau-ries.de/kommunaleEntwicklungszusammenarbeit. Ansprechpartner ist Karl-Heinz Köster. karl-heinz.koester@lra-donau-ries.de

ment darauf hin, dass die Integration nur durch eine gute Zusammenarbeit von hauptamtlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren vor Ort gelingen könne. Deshalb bräuchten die Städte und Gemeinden auch eine nachhaltige finanzielle Unterstützung zur Erfüllung dieser Aufgabe. Das Geld des Bundes müsse bei den Kommunen ankommen.

Konzentration in Ballungszentren

Brandl wies darauf hin, dass die fehlende gleichmäßige Verteilung der Geflüchteten nach wie vor zu einer Konzentration in Ballungszentren führe, mit der Folge, dass die notwendige soziale Infrastruktur und der Wohnraum nicht ausreichend zur Verfügung stünden. Integrations- und Sprachkurse müssten mit der Arbeitsvermittlung besser verzahnt werden.

Bereits im Vorfeld des Spitzentreffens hatte Markus Lewe, Präsident des Deutschen Städtetages, gegenüber der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (NOZ) die Bundesregierung aufgefordert, das geplante Einwanderungsgesetz für Fachkräfte zügig vorzulegen. „Eine geregelte Zuwanderung von qualifiziertem Personal bringt große Chancen, um den Mangel an Fachkräften zu bekämpfen. Deshalb brauchen wir dieses Gesetz bald“, unterstrich Lewe.

Unterscheidung zwischen humanitärer Aufnahme und Erwerbsmigration

Darüber hinaus erachtet er es als notwendig, zwischen humanitärer Aufnahme von Menschen durch das Asylrecht und Erwerbsmigration klar zu unterscheiden. Es sei gut, dass die Koalition in ihren Eckpunkten zu dem Gesetz an diesem Grundsatz festhalte, „denn neue Anreize für einen Zuzug aus wirtschaftlichen Gründen über das Asylsystem müssen vermieden werden“.

„Vernünftig“ nannte Lewe den Plan, angesichts des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels auch die Potenziale jener Menschen mit Fluchthintergrund für den Arbeitsmarkt zu nutzen, die aufgrund ihres Aufenthaltsstatus eine Beschäftigung ausüben dürfen. **DK**



Landrat Stefan Rößle (l.) und Honorargeneralkonsul Siegfried Lingel (r.) nahmen die Spende von Kurt Raunjak erfreut entgegen.

Bild: Simon Kapfer, Landratsamt Donau-Ries

Neue Schulen für Afrika

Kurt Raunjak spendet 40.000 Euro für Schule in Mosambik

Eine gemütliche Tasse Kaffee und ein anregendes Gespräch. Einer solchen Atmosphäre sind gewiss schon allerhand gute Ideen entsprungen. „Dass man dabei aber beschließt eine ganze Schule zu bauen, das ist schon außergewöhnlich“, schmunzelt der Donau-Rieser Landrat Stefan Rößle und kann dabei seine Freude nicht verbergen.

Der Landrat hatte im vergangenen Jahr angeregt, gemeinsam mit engagierten Mitbürgerinnen und Mitbürgern aus der Region insgesamt zehn Schulen in Afrika errichten zu wollen um Kindern in den ärmsten Gebieten der Welt Perspektiven zu bieten und so Fluchtursachen aktiv entgegenzuwirken. Dabei sollen keine Steuergelder verwendet, sondern Spenden von Privatpersonen oder Firmen genutzt werden. Dank verlässlicher Partner fallen in der Umsetzung der Bauprojekte für Verwaltung und Personal keinerlei Kosten an und jeder Cent wird somit direkt vor Ort investiert.

Auf dieses Schulbauprogramm wurde auch Kurt Raun-

jak aus Asbach-Bäumenheim aufmerksam: „Ich fand die Initiative unseres Landrats unterstützenswert und wollte meinen Teil dazu beitragen“, erklärt der noble Spender.

Ergebnis eines gemütlichen Gesprächs

So kam es zur eingangs geschilderten Situation: „Bei einer Tasse Kaffee haben wir uns über unsere Schulbauten in Afrika unterhalten“, erinnert sich der Kreischef: „Herr Raunjak hat uns eine größere Spende zugesagt. Darüber war ich natürlich begeistert.“

Seinen Namen in der Zeitung oder gar an einer Schule wollte Kurt Raunjak anfangs nicht

lesen: „Das spielte dabei keine Rolle für mich. Im Gespräch mit Herrn Rößle haben wir uns dann aber darauf geeinigt, dass ich eine eigene Schule finanzieren werde.“

Doch eine Kurt-Raunjak-Schule

Bereits nach wenigen Minuten stand fest: Aus der anfangs geplanten Spende wird die Kurt-Raunjak-Schule entstehen. Der Asbach-Bäumenheimer musste darüber nicht lange nachdenken: „Ich freue mich, den Kindern in Afrika helfen zu können und hoffe, dass sich noch viele Nachahmer finden, die es mir gleichtun werden.“

Landrat Stefan Rößle zeigt sich von der Entscheidung hell auf begeistert: „Wir freuen uns riesig über jeden Beitrag zu unseren Projekten in Afrika, auch über die kleinsten Spenden.“

Wenn man aber in wenigen Minuten eine ganze Schule für mehrere hundert Kinder beschließen kann – das ist ein phänomenales Gefühl.“

Projekt Nr. 26 – in nur einem Jahr

Bei der Kurt-Raunjak-Schule handelt es sich bereits um das 26. Schulbauprojekt auf Initiative des Donau-Rieser Kreischefs. Die Schule wird insgesamt 40.000 Euro kosten und mit Hilfe der Deutsch-Mosambikanischen Gesellschaft e.V. in Mosambik entstehen.

Auch der Honorargeneralkonsul Mosambiks und Vorstand der Deutsch-Mosambikanischen Gesellschaft e.V., Siegfried Lingel, zeigte sich vom Engagement im Landkreis Donau-Ries und Herrn Raunjaks begeistert.

Städtepartnerschaft Würzburg-Mwanza:

Nominierung für Nachhaltigkeitspreis

Die Stadt Würzburg hat sich mit der Städtepartnerschaft Würzburg-Mwanza für den Deutschen Nachhaltigkeitspreis – Kommunale Partnerschaften beworben und kann sich jetzt über die Nominierung freuen. Der Deutsche Nachhaltigkeitspreis als Europas größte Auszeichnung für ökologisches und soziales Engagement würdigt Spitzenleistungen der Nachhaltigkeit.

Ziel des Preises ist es, Beispiele für besonders erfolgreiche Partnerschaften mit Vorbildcharakter auszuzeichnen, die einen Beitrag zu nachhaltigerem Leben und Wirtschaften leisten. Diese Partnerschaften sollen gewürdigt, in den Fokus einer breiteren Öffentlichkeit gesetzt und als Good Practices anderen Kommunen in Deutschland und weltweit vorgestellt werden. Das Projekt soll Kommunen würdigen und zugleich andere aktivieren, als Multiplikatoren für eine ambitionierte Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und die Erreichung der Sustainable Development Goals (SDGs) in Deutschland und in den Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit beizutragen.

Intensive Beziehungen schon seit 1966

Die Beziehungen zwischen Würzburg und Mwanza sind seit 1966 intensiv und vielfältig. Die beiden Städte haben das Ziel, gemeinsam gegen die unabwendbaren Folgen des fortschreitenden Klimawandels anzukämpfen und eine ökologische, ökonomische und sozial verträgliche Entwicklung zu verstärken.

Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Klimapartnerschaft, die

beide Städte seit 2011 verbindet und mit der Würzburg und Mwanza ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Zahlreiche Austauschprojekte und Kooperationen

Austauschprojekte und Kooperationen verbinden dabei nicht nur die Verwaltungen beider Städte, sondern auch wissenschaftliche und medizinische Einrichtungen. Beispielaktivitäten sind: PV-Demonstrationsanlagen für Mwanza, Solar-Fischerlampen, um alte umweltschädliche Kerosinlampen am Victoriasee durch Solarlampen zu ersetzen und Förderung von nachhaltigem Tourismus in Mwanza. In einem neuen Leuchtturm-Projekt wird die Bekämpfung der Erkrankung Schistosomiasis am Victoriasee im Mittelpunkt stehen.

Bekanntgabe am 7. Dezember

Nach der erfolgreichen Nominierung wird jetzt in einer Jury-Sitzung über die Gewinner des Preises entschieden. Die Bekanntgabe der Sieger und die Preisverleihung finden am 7. Dezember in Düsseldorf statt.

Link zur Liste der Nominierten: <https://www.nachhaltigkeitspreis.de/wettbewerb/kommunale-partnerschaften/nominierte-kp/stadt-wuerzburg/>

KOMMUNALE ENTWICKLUNGSPOLITIK ÖFFNET TÜREN

Machen Sie mit uns die ersten Schritte

Kommunen, die sich ihrer globalen Verantwortung stellen, sind Vorbild für ihre Bürgerinnen und Bürger. Mit nachhaltigen Projekten bereichern sie die Menschen lokal um das Wissen der Einen Welt. Fachliche und finanzielle Unterstützung bei der Umsetzung erhalten Sie von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt.

Wir beraten Sie · Telefon: 0228 20 717-670 · www.kommunal-global-engagiert.de

mit ihrer **SERVICESTELLE KOMMUNEN IN DER EINEN WELT**

Im Auftrag des **Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

ENGAGEMENT GLOBAL Service für Entwicklungsinitiativen

KOMMUNAL GLOBAL ENGAGIERT KOMMUNALE NACHHALTIGKEIT HANDELN GLOBAL VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN

Studie zum Telekommunikationsmarkt:

Wachsender Datenhunger

Laut einer Marktstudie des Verbandes der Anbieter von Telekommunikations- und Mehrwertdiensten (VATM) steigt die Zahl der Festnetz-Breitbandanschlüsse in diesem Jahr erneut: Sie nimmt um rund 1,1 Million auf 34,3 Millionen zu. Etwa 3,4 Millionen Haushalte (+ 520.000) werden Ende 2018 an FTTB- bzw. FTTH-Glasfasernetze angeschlossen sein – 18 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Zahl der Haushalte, die diesen Anschluss auch buchen, wächst im Vergleich zum Vorjahr um fast ein Viertel auf erstmals über eine Million.

Neun von zehn Haushalten, die Ende 2018 einen FTTB/H-Anschluss nutzen, beziehen diesen nicht von der Telekom, sondern von einem alternativen Carrier. Die Wettbewerber bauen drei Viertel der Glasfaseranschlüsse bis zum Gebäude oder in die Wohnung in Deutschland. „Während die Wettbewerbsunternehmen bei FTTB/H eine Take-Up-Rate von mehr als 35 Prozent erreichen, liegt diese bei der Telekom Deutschland nur bei etwa 13 Prozent“, betont Marktstudien-Leiter Torsten J. Gerpott: „Die Wettbewerbsunternehmen haben mehr echte Glasfaser-Kunden als die Telekom hier FTTB/H-Anschlüsse besitzt.“

Steigerung bei Datenmenge und Geschwindigkeit

Wie die Studie weiter belegt, wollen die Kunden mehr Geschwindigkeit. Der Anteil der nachgefragten Festnetzanschlüsse mit mindestens 50 Mbit/s Downstream-Bandbreite wird 2018 auf ein Drittel zulegen – rund ein Fünftel mehr als noch im Vorjahr. Auch der Datenhunger in Deutschland nimmt weiter rasant zu: Über mobile Anschlüsse werden heuer 2,5 Milliarden Gigabyte in Mobilfunknetzen verschickt oder heruntergeladen – eine Steigerung um 86 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Mehr Datentransfer auch im Festnetzbereich

Im Festnetz übertragen die Nutzer 2018 rund 36,5 Milliarden Gigabyte (plus 12,3 Prozent). Beim Telefonieren setzt sich der Trend weiter fort: Sowohl im Festnetz als auch im Mobilfunknetz wird weniger gesprochen. Insgesamt an Bedeutung gewinnen Software-basierte Telefonie-Anwendungen, wie u. a. Skype und WhatsApp.

Nach Auffassung von VATM-Präsident Martin Witt garantiert nur ein funktionsfähiger Infrastruktur- und Dienstleistungswettbewerb vielfältige Angebote, einen funktionierenden Verbraucherschutz, erschwingliche Preise, Innovationen und Investitionen sowie die Teilhabe an der fortschreitenden Digitalisierung. Die Telekom dominierte derzeit weiterhin den deutschen Festnetz-Markt. „Fast 75 Prozent aller Anschlüsse werden physisch auf dem Netz des Ex-Monopolisten bereitgestellt. Die Vectoring-Entscheidung zugunsten der Telekom hat die Abhängigkeit der Wettbewerber von Vorprodukten der Telekom erhöht.“ Die Politik dürfe nicht immer wieder den Fehler begehen, auf neue Monopole zu setzen, so Witt.

Weniger Bürokratie, mehr Wettbewerb

Aus seiner Sicht bieten der Koalitionsvertrag und der neue europäische Kodex EEC gute Grundlagen. Jetzt müssten die Ziele der Bundesregierung mit dem EEC umgesetzt werden – mit weniger Bürokratie und mehr Wettbewerb. Der Plan der Bundesregierung für die Migration von Mega- zu Gigabit müsse Anfang 2019 stehen. Es gelte, den diskriminierungsfreien Netzzugang – Open Access – sinnvoll zu gestalten.

Wichtige Verbesserungen müssten auch beim Bau und der Förderung vorgenommen werden. „Die Verwaltung in Ländern und Kommunen muss 2019 einheitliche Genehmigungsverfahren implementieren“, fordert der VATM-Präsident. Außerdem spricht sich der Verband für die Einführung von Vouchern aus. Dies würde die Nachfrage steigern, den eigenwirtschaftlichen

VKU, BUGLAS und IE.F zum 5G Mobilfunknetz:

Positionspapier 5G Leitmarkt

Sechs Punkte, um führendes Digitalland zu werden

Im Rahmen eines Pressegesprächs „5G – Supernetz statt Funklochfrust?“ haben der Verband kommunaler Unternehmen (VKU), der Bundesverband Glasfaseranschluss (BUGLAS) und die Internet Economy Foundation (IE.F) am vergangenen Dienstag eine gemeinsame Erklärung „6 Punkte zum 5G Leitmarkt“ veröffentlicht. Wir veröffentlichen das Positionspapier im Wortlaut.

1.) Der Verband kommunaler Unternehmen, der Bundesverband Glasfaseranschluss und die Internet Economy Foundation begrüßen ausdrücklich, dass die Bundesregierung in der aktuellen Legislaturperiode bis zu 12 Milliarden Euro bereitstellt, um den Auf- und Ausbau von Gigabitinfrastrukturen über direkte Glasfaserverbindungen zu fördern. Bundespräsident Steinmeier unterstreicht zu Recht, dass dies eines der entscheidenden Zukunftsthemen der Politik ist. Denn der Ausbau von schnellem und flächendeckendem Internet ist entscheidend für Deutschlands Zukunft als Industriestandort. Insbesondere der ländliche Raum und heute unterversorgte Gebiete dürfen nicht abgehängt werden, wenn eine digitale Spaltung zwischen Stadt und Land vermieden werden soll.

2.) Der Anschluss an eine leistungsfähige digitale Infrastruktur, sei es ein Glasfaser- oder ein Mobilfunknetz der neuesten Generation, ist moderne Daseinsvorsorge. Ein solcher Zugang ermöglicht erst die Teilhabe an zukünftigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen. Nur so können die Chancen der Digitalisierung gesamtgesellschaftlich genutzt werden.

3.) Wir unterstreichen ausdrücklich den Weckruf der deutschen Wirtschaft (Handelsblatt, 17.9.2018) für einen schnelleren Ausbau der Schlüsselinfrastrukturen, die Voraussetzung für die Digitalisierung der Wirtschaft sind – eine entscheidende Rolle dabei insbesondere der zügige Glasfaserausbau, der das für hochleistungsfähige 5G-Dienste benötigte Antennennetzwerk erst ermöglicht. Treiber des Glasfaserausbau in Deutschland sind vornehmlich die regional tätigen und kommunalen Anbieter. Sie werden auch im 5G-Rollout eine unverzichtbare Rolle spielen, wenn die dafür nötigen Jahrhundertinvestitionen gestemmt werden sollen.

4.) Die neue Mobilfunkgeneration 5G ist mit ihrer Bandbreite und Echtzeitfähigkeit Basis für vielfältige und innovative Anwendungsszenarien z.B. im Internet of Things, einer intelligenten Verkehrssteuerung, der Industrie 4.0 oder der Smart City. Gerade für industrielle oder landwirtschaftliche Anwendungen, smarte Mobilitäts- und Gesundheitslösungen aber auch für die Entwicklung von gän-

Ausbau deutlich beschleunigen und den verbleibenden Förderbedarf senken.

Glasfaserausbau

In zahlreichen Städten starte jetzt der Glasfaserausbau oder stehe kurz bevor. „Hier wäre es ein wichtiges Signal, dass die Bundesregierung und die Bundesnetzagentur die Verpflichtung der Telekom zum Überbau mit alter Vectoring-Technologie in den Nahbereichen der Hauptverteiler beendet, wenn die Telekom die FTTB/H-Anschlüsse anderer Anbieter nutzt. Baut sie selbst FTTB/H statt Vectoring aus, ist die Telekom schon heute von der Vectoring-Ausbau-Ver-

pflichtung befreit. Mit einer solchen Gleichstellung beim Glasfaserausbau helfen Politik und Regulierer all den Unternehmen, die wirklich Glasfaser bis zum Kunden ausbauen“, stellte Witt fest und ergänzte: „Vor allem aber nutzt es auch den Telekom-Kunden, die so statt 100-Mbit/s-Vectoring echte Gigabit bekommen können. Das ist allemal besser, als die nächsten Jahre weiter Vectoring auszubauen.“ „Gemeinsam Gigabit schaffen“ bedeute auch gemeinsam nutzen und nicht den Business Case in den Kommunen verschlechtern, in denen echte Glasfaser angeboten wird, machte der Präsident deutlich. „Dieses wäre mit einem Federstrich möglich, denn die Telekom würde lediglich aus der bestehenden – und für das neue Ziel der Bundesregierung absolut kontraproduktiven – Ausbaupflichtung entlassen.“ DK

funkmarkt hingegen ein Oligopol aus drei Anbietern und Verbraucher bemängeln die teilweise schlechte, weil lückenhafte Mobilfunkversorgung im Vergleich zum europäischen Ausland. Auch eine 5G-fähige Infrastruktur kann nicht von heute auf morgen flächendeckend entstehen. Um Endkunden möglichst zügig und an vielen Orten Zugang zu Kommunikationslösungen der neuesten Generation anbieten zu können, müssen neue Marktteilnehmer die bestehenden Netze der etablierten Betreiber dort nutzen können, wo eigene Netze noch nicht ausgebaut sind. Dies ist auch mit Blick auf die mit 5G verbundenen kritischen Dienste, wie autonomes Fahren oder E-Health, unabdingbar. Wir setzen uns daher für National Roaming zur Schließung von Versorgungslücken und zur Sicherstellung einer deutschlandweiten durchgängigen Mobilfunkversorgung für alle Endkunden und Dienste ein. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang ausdrücklich, dass die Bundesnetzagentur sich grundsätzlich für die Stärkung des Wettbewerbes auf Dienst-Ebene einsetzt und in einer Diensteanbieterpflichtung, Infrastruktur-Sharing und National Roaming einen Beitrag zur besseren Mobilfunkversorgung sieht. Die Pläne der Bundesnetzagentur müssen mit Blick auf diese Punkte aber noch nachgeschärft werden: notwendig sind verpflichtende Vorgaben. Sollte es dafür erforderlich sein, muss auch der Rechtsrahmen angepasst werden. □

Barrierefreie Webseiten

Mit wenig Aufwand alle erreichen

Das Internet macht Informationen, Waren und Dienstleistungen per Mausclick erreichbar. Ist die Webseite aber nachlässig programmiert, werden ganze Bevölkerungsgruppen abgehängt. Das betrifft nicht nur Menschen mit Behinderung. Auch Nutzer mobiler Geräte, ältere und oberflächliche Leser – also wirklich jeden – behindert eine schlecht programmierte Webseite.

Die Barrierefreie-Informationstechnik-Verordnung, BITV 2.0, definiert Regeln für barrierefreie Webseiten. Was für alle Anbieter von Vorteil ist, wird für Öffentliche Stellen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene sogar Pflicht. Letztere sind künftig nach der EU-Richtlinie 2016/2102 zur Barrierefreiheit angehalten: Ab September 2019 müssen alle neuen Webseiten barrierefrei gestaltet werden, ab September 2020 auch bestehende Internetauftritte. Bereits heute sollen Dienststellen und Einrichtungen der Bundes- und Landesverwaltung gemäß der BITV 2.0 bzw. der BayBITV die Barrierefreiheit ihrer

Auftritte und Anwendungen aktiv fördern.

Barrierefreie Webseiten zu programmieren, ist nicht schwer, wenn man von Anfang an alle potenziellen Nutzer im Blick hat.

Klare Struktur

Das Wichtigste ist eine klare Struktur. Hierzu zählt zum Beispiel, dass auf jeder Seite die Überschriften mit den dafür vorgesehenen HTML-Elementen H1, H2, H3 usw. gekennzeichnet und hierarchisch angeordnet sind. Dies ist mit jedem Webseiteneditor und CMS (Content Management System) ganz leicht umsetzbar und hat gleich mehrere Vorteile: Hilfsmit-

BSI-Lagebericht zur IT-Sicherheit 2018:

Hohe Gefährdungslage

Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) hat den Bericht zur Lage der IT-Sicherheit in Deutschland 2018 veröffentlicht. Demnach ist die Gefährdungslage im Bereich Cybersicherheit in den vergangenen Monaten vielschichtiger geworden und erreicht ein neues Niveau.

Laut Bericht entwickelt sich das Internet der Dinge immer mehr zu einer neuen Gefahrenquelle für die IT-Sicherheit. Dazu trägt entscheidend bei, dass IoT-Geräte einfach angreifbar sind und deren Sicherheit weder bei der Herstellung noch bei der Kaufentscheidung des Kunden eine ausreichende Rolle spielt. In Umsetzung der Cyber-Sicherheitsstrategie der Bundesregierung und des Koalitionsvertrags der 19. Legislaturperiode arbeitet das BSI an der Einführung eines IT-Sicherheitskennzeichens, um zukünftig Verbrauchern die Einschätzung zur IT-Sicherheit von IT-Produkten und -Services zu erleichtern. Ein wichtiger Schritt hierbei ist die Technische Richtlinie für Router, die das BSI derzeit gemeinsam mit der Wirtschaft erarbeitet hat.

Verschlüsselte Kommunikation

eMail-Schwachstellen ermöglichen Angreifern das Auslesen verschlüsselter E-Mails. Dadurch hat das Vertrauen in verschlüsselte Kommunikation abgenommen. Deutschland muss verschlüsselte Kommunikation für die Bürger und zum Schutz von Unternehmensgeheimnissen endlich massentauglich machen. Dazu braucht es eine Initiative von zentraler Stelle, die diesen Prozess vorantreibt und begleitet. Das BSI mit der Allianz für Cybersicherheit wird diese Aufgabe übernehmen.

Vorfälle und Schwachstellen wie WannaCry, NotPetya, eFail und Spectre erschüttern die Grundfesten der weltweiten IT-Sicherheitsarchitekturen und heben die Gefährdungslage im Cyber-Raum auf eine neue Ebene. Deshalb ist es dem Lagebericht zufolge erforderlich, dass die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen durch unabhängige Stellen überprüft werden

tel wie Screenreader machen diese Struktur auch für Blinde „sichtbar“. Für Algorithmen sind die Inhalte besser erschließbar und die Seiten werden mit Suchmaschinen leichter gefunden. Des Weiteren muss darauf geachtet werden, dass Informationen immer auf mindestens zwei Wegen zugänglich sind: Ist der Inhalt als Text auf der Seite, kann er sowohl gelesen als auch vorgelesen werden. Ist der Inhalt ein Bild, können ihn nur Sehende wahrnehmen. Hier braucht es einen sogenannten Alternativtext (Alt-Text), der den Inhalt des Bildes beschreibt. Menschen mit einer Hörschädigung helfen untertitelte Videos. Genauso benötigen Audio-Beiträge eine Transkription. Untertitel und Transkriptionen machen es dann Allen möglich, die Inhalte in U-Bahnen und Bussen abzuspielen, ohne Andere zu beschallen.

Auch bei der Bedienbarkeit sollte man zweigleisig fahren: Eine Webseite muss immer auch über die Tastatur bedienbar sein, die Maus allein schließt viele Menschen aus.

Barrierefreiheit sieht gut aus

Achtet man auf die Grundregeln der Barrierefreiheit, erhält man eine gut verständliche und für Alle zugängliche Seite. Und in Sachen Attraktivität hat man nichts zu befürchten: Es gibt viele barrierefreie Seiten, die keinen Vergleich scheuen müssen. Zum Beispiel die Seite www.elternmitwirkung.bayern der Stiftung

und für Hersteller und Anbieter Melde- und Transparenzpflichten gegenüber dem BSI geschaffen werden.

Sicherheitsniveau deutlich erhöhen

Betreiber Kritischer Infrastrukturen sind verstärkt im Fokus von Cyber-Angriffen. Das BSI arbeitet intensiv mit der KRITIS-Wirtschaft zusammen, um Schutzmaßnahmen zu verbessern und Cyber-Angriffe abzuwehren. Angesichts der zunehmenden Bedrohungslage und der zunehmenden Digitalisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ist das Sicherheitsniveau deutlich zu erhöhen. Der im Koalitionsvertrag geplante Ausbau des BSI und des Nationalen Cyber-Abwehrzentrums sowie die Weiterentwicklung des IT-Sicherheitsgesetzes sind erste wichtige Schritte, die nun konsequent umgesetzt werden müssen.

BSI: Cyber-Sicherheit noch stärker fokussieren

Diese Vorfälle als Beispiele für das Gefährdungspotenzial und die Angriffsvarianz machen nach Auffassung des BSI deutlich, dass die Cyber-Sicherheit in der Digitalisierung noch stärker betrachtet und beachtet werden muss. Die Sicherheitsarchitektur von computergestützten Arbeitsplätzen und Unternehmensabläufen müsse ebenso grundlegend neu gedacht werden wie die IT-Sicherheit von Produkten und Dienstleistungen. Dabei müsse die Sicherheit der eingesetzten Systeme in der staatlichen Verwaltung, in der Wirtschaft und beim Endanwender durch „security by design“ und „security by default“ von vornherein gewährleistet sein. Deutschland müsse in dieser Frage eine Vorreiterrolle einnehmen. DK

Bildungspakt Bayern. Die Farbkontraste machen den Text gut lesbar, die Seite lässt sich mit der Tastatur bedienen und die Videos sind untertitelt.

Wer sich die Barrierefreiheit seiner Seite bescheinigen lassen möchte, kann eine BITV-Zertifizierung beantragen, z.B. durch den BITV-Test, der in einem vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales geförderten Projekt entwickelt wurde. Der BITV-Test basiert auf der BITV 2.0 und testet digitale Angebote in 49 Prüfschritten auf Zugänglichkeit. Erreicht eine Webseite 90 Punkte, ist sie gut zugänglich, ab 95 Punkten sehr gut zugänglich. Wer die Zertifizierung schafft, kommt in die 90plus-Liste: www.bitvtest.de/90plus/webangebote.html.

Die eigene Seite kann jeder leicht selbst testen:

- Schließen Sie die Augen und lassen Sie sich Ihre Webseite vom digitalen Assistenten Ihrer Wahl vorlesen. Können Sie alle Informationen auch so erfassen?

- Öffnen Sie Ihre Seite in der Mittagspause draußen in der Sonne. Sind die farbigen Texte noch lesbar?

- Tabben Sie selbst durch eines Ihrer Formulare. Können Sie die Inhalte abschicken?

Wer gefundene Barrieren beiseiten will, findet Tipps und Informationen auf www.byak.de/digital-barrierefrei. Hier gibt es auch eine kostenlose Erstberatung für bayerische Gemeinden, die sich für eine barrierefreie Webseite entscheiden. □

3. AKDB-Kommunalforum in München:

Willkommen in der Digitalisierung!

Das AKDB-Kommunalforum präsentiert sich zusehends als führende Veranstaltung für innovative digitale Lösungen. Von Chatbots, künstlicher Intelligenz über Blockchain bis hin zu interoperablen Bürgerservice-Portalen bot der etablierte Branchentreff für Führungskräfte und Sachbearbeiter aller kommunaler Ebenen auch in diesem Jahr ein breit gefächertes Spektrum an Zukunftsthemen für über 1.000 Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet.

Auf der Agenda standen unzählige Keynotes und Fachvorträge von insgesamt 50 Referenten, eine Begleitausstellung mit 25 Lösungspartnern sowie erstmals diverse Praxis-Workshops, in denen die Besucher gemeinsam mit Experten der AKDB-Tochter Living Data vor Ort konkrete Lösungen,

tungen andererseits in Einklang bringen mit dem hohen Sicherheitsniveau und den notwendigen Anforderungen an eine rechtssicher und rechtskonform handelnde öffentliche Verwaltung“, machte der Vorstandschef deutlich.

Schleyer lud die Teilnehmer ein, die Chancen der Digitalisierung zu



Die AKDB und 25 weitere Partner präsentierten interessierten Teilnehmern aktuelle Lösungen rund um die Digitalisierung. □

z. B. bei der Gestaltung einer mobilen App oder einer kommunalen Profi-Website erarbeiten konnten. „Die AKDB und ihre Kunden und Partner gestalten die Digitalisierung aktiv und innovativ mit“, stellte Vorstandsvorsitzender Rudolf Schleyer in seiner Begrüßung fest. Meilensteine wie das Bayerische Behördeninformationssystem oder der Vorausgefüllte Meldeschein und nicht zuletzt das Bürgerkonto und das Bürgerservice-Portal seien in Bayern entwickelt worden und hier bundesweit zum ersten Mal und mit Vorbildcharakter zum Einsatz gekommen. „Sie haben dazu beigetragen, dass das digitale Rathaus in Bayern und darüber hinaus bereits in vielen Bereichen Realität ist“, so Schleyer.

Vereinfachte Dienstleistung

Besonders bemerkenswert dabei sei, dass die Bürgerinnen und Bürger die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung außerordentlich positiv sehen. Laut einer repräsentativen Forsa-Befragung vom Juli dieses Jahres haben in Deutschland 52 % der Internetnutzer schon einmal in irgendeiner Form von einer Online-Dienstleistung der Behörden Gebrauch gemacht. Während 65 % der Befragten den Eindruck haben, dass von vielen Unternehmen Dienstleistungen nur deshalb digitalisiert werden, weil das technisch möglich ist, sagen 76 % der Befragten, dass die Digitalisierung von Verwaltungsdienstleistungen der Stadt- bzw. Gemeindeverwaltungen für Bürger und Verwaltung vieles einfacher macht.

Dennoch gibt es Schleyer zufolge noch Einiges zu tun: „Wenn bis zum Jahr 2022 gemäß dem Onlinezugangsgesetz alle digitalisierbaren Verwaltungsdienstleistungen auch digital angeboten werden sollen, müssen vor allem auch viele gesetzliche Rahmenbedingungen verändert, aber auch technologische Möglichkeiten schneller und effizienter genutzt werden. Wir dürfen uns nicht in konzeptionellen Diskussionen verstricken, die uns letztlich nicht wirklich weiterbringen. Wir müssen uns bei unseren Konzepten einerseits an den Bürgerinnen und Bürgern orientieren, die den Bedienungskomfort des Onlineshoppings auch bei den digitalisierten Diensten der öffentlichen Verwaltung erwarten. Und wir müssen diese Erwar-

ergreifen: „Wir sind überzeugt davon, dass die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen eine dreifache, also eine Win-Win-Win-Situation schaffen kann: für die öffentliche Verwaltung, für Mitarbeiter in den Verwaltungen und für Bürger.“ Er rief dazu auf, die Digitalisierung zu nutzen, um die Verwaltung noch bürgerfreundlicher zu machen und versicherte, dass die AKDB und ihre Partner dafür ihren tatkräftigen Beitrag leisten werden.

Der Bundesbeauftragte für Informationstechnik, Klaus Vitt unterstrich in seiner Keynote, dass die Digitalisierung für die Wettbewerbsfähigkeit des Landes von zentraler Bedeutung ist. Grundvoraussetzung sei ein funktionierender Portalverbund mit einer breiten Anzahl von Bürgerservices und integrierten E-Akten. Dass von der schnellen Digitalisierung nicht nur die Zukunft Deutschlands, sondern auch Europas abhängt, machte Paul Nemitz von der Generalverwaltung Justiz und Verbraucher der Europäischen Kommission deutlich. Er zeigte die Chancen auf, die GovBots und künstliche Intelligenz für Verwaltungen und Bürger eröffnen. Nur so könne man das Ziel eines digitalen Binnenmarktes erreichen.

Wichtiger Standortfaktor

„Digitale Infrastruktur ist ein wichtiger Standortfaktor für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern. Durch Digitalisierung wird die Welt in den ländlichen Raum getragen. Hierdurch entstehen neue Chancen und Möglichkeiten, auch in der Arbeitswelt. Voraussetzung hierfür sind bestmögliche Rahmenbedingungen, wie gute Infrastruktur mit Glasfaser, WLAN und Mobilfunk sowie IT-Sicherheit in der Infrastruktur“, unterstrich Finanzstaatssekretär Dr. Hans Reichhart.

„Wir wollen, dass Behörden-dienste digital an jedem Ort, zu jeder Zeit und mit jedem Gerät rund um die Uhr verfügbar und sicher zugänglich sind. Mit dem BayernPortal steht bereits ein digitaler Lotse durch Bayerns Verwaltung zur Verfügung“, betonte Reichhart. Das BayernPortal bildet den zentralen Zugang für Bürger, Verwaltung und Unternehmen zu Informationen und Onlinediensten aller staatlicher Behörden und Kommunen. Es bündelt staatliche und kommunale Online-Dien-

te, wobei die kommunalen Portale eigenständig erhalten bleiben. Alle digitalen Verwaltungsdienstleistungen von Freistaat und von Kommunen sind hier abrufbar.

Inzwischen nutzen bereits über 1.800 bayerische Kommunen (von 2.056) die E-Government-Basisdienste des BayernPortals und bieten Verwaltungsleistungen online an. Die Zahl der teilnehmenden Kommunen hat sich damit seit dem Start des Portals im Jahr 2015 verfünffacht. Ebenso steigt die Zahl der Nutzer mit mittlerweile ca. 280.000 Besuchern pro Monat. Reichhart zufolge wird die digitale Verwaltung weiter ausgebaut, mit neuen Angeboten für Bürger, Wirtschaft und Kommunen.

Wichtig für die Akzeptanz der digitalen Verwaltung sei die IT-Sicherheit. Mit dem Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI) rüste sich Bayern massiv gegen Cyberbedrohung, erklärte der Staatssekretär. Der Schutz des Behördennetzes habe höchste Priorität. Das Behördennetz sei die zentrale, geschützte IT-Infrastruktur der staatlichen und kommunalen Verwaltung. Das LSI werde hierbei künftig auch die Kommunen beraten.

Auf großes Interesse im Publikum stieß das Förderprojekt „Digitales Dorf“. Dazu konnten sich Gemeinden in Bayern mit Digitalisierungsprojekten bewerben. Im Rahmen des Kommunalforums stellte Bürgermeister Karlheinz Roth das Projekt für den südbayerischen Sieger, den Gemeindeverbund Spiegellau-Frauenau, vor. Darin geht es

um die Digitalisierung von Verwaltungs-, Medizin-, Nahversorgungs- und Mobilitätsangeboten.

„Unterbleiben im ländlichen Raum strukturelle Maßnahmen für digitale Teilhabe, führt die Digitalisierung neben dem demografischen Wandel zu einer Verschärfung der Ungleichgewichtung“, mahnte Carsten Große Star mann, Projektleiter LebensWerte Kommune von der Bertelsmann Stiftung. Er präsentierte herausragende Digitalisierungsprojekte wie das Nachbarschaftsportal nebenan.de und das Innovationsprojekt Freiham - das EU-Leuchtturm-Projekt für eine smarte Stadt, an dem auch München teilnimmt.

Verwaltungsarbeit der Zukunft

Herausforderungen des digitalen Wandels für Mitarbeiter und Rekrutierungsstrategien der Kommunalverwaltungen: In einer hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion sprachen Experten darüber, wie Verwaltungsarbeit in ein paar Jahren aussehen wird, wie vorhandenes Personal für digitale Veränderungen begeistert und wie Digitalisierung als Chance bei der Personalgewinnung genutzt werden kann.

Wie ein digitaler Wandel zu gestalten sei, erklärte Prof. Claudia Schneider von der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen in Ludwigsburg. Dabei geht es aus ihrer Sicht nicht nur um die Implementierung neuer Software, sondern auch um neue Arbeitsprozesse und Organisationsstrukturen. Schneider legte den Führungskräften im Auditorium nahe, ihre Mitarbeiter stärker in die Digitalisierung einzubinden und ihnen Verantwortung zu übertragen. Nur so könne eine „digitale Kultur“ durchgesetzt und gelebt werden. DK



V. l.: Lars Hoppmann (stellv. Geschäftsführer krz), Andreas Hoffström (Geschäftsführer kommIT GmbH), Rudolf Schleyer (AKDB-Vorstandsvorsitzender), Gudrun Aschenbrenner (Mitglied des AKDB-Vorstands), Reinhold Harnisch (Geschäftsführer krz), Michaela Lehnert (stellv. Abteilungsleiterin Bürgerservice, E-Government und Geoinformationssysteme) und Dieter Blume (Verbandsvorsteher krz). Bild: krz

Interoperabilität des AKDB-Servicekontos:

Millionen Bürger profitieren

Ab jetzt können die Bundesländer Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen das AKDB-Servicekonto einsetzen. Die dafür erforderlichen Systeme arbeiten nahtlos zusammen – ganz im Sinne des Onlinezugangsgesetzes.

In Nordrhein-Westfalen funktioniert nun die Anbindung des Servicekonto.NRW an das Bürgerservice-Portal der AKDB – die bundesweit reichweitenstärkste E-Government-Plattform für Onlinerverwaltungsdienste. Damit ist die vom Onlinezugangsgesetz geforderte Interoperabilität erfüllt, also die nahtlose Zusammenarbeit der beiden Lösungen.

Im Vorfeld haben die NRW-Betreiber des Bürgerservice-Portals, das Kommunale Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe (krz), kdVz Rhein-Erft-Rur und die Stadt Bochum sowie der Servicekonto-Anbieter AKDB mit seiner Tochter kommIT GmbH das Anbindungskonzept miteinander abgestimmt. □

Auch in Hessen tut sich in Sachen E-Government einiges: Darmstadt nutzt als erste Kommune das Servicekonto Hessen. Auch hier profitieren die Bürger vom persönlichen Nutzerkonto als Authentifizierungskomponente sowie vom elektronischen Postfach – von der AKDB entwickelt und im Rahmen der Länderkooperation zwischen Bayern und Hessen technisch bereitgestellt. Betrieben wird das Servicekonto in Hessen von der ekom21. Der Bürger- und Unternehmensservice steht künftig allen hessischen Landes- und Kommunalverwaltungen zur Verfügung.

In Bayern ist ein einheitliches Nutzerkonto mit der BayernID vom Freistaat und der AKDB bereits erfolgreich im Einsatz. □

Besser gleich auf Synergien setzen!

Alles digital, alles gut.



Höchste Flexibilität für Ihre IT: Next Generation Outsourcing

Lassen Sie sich nicht mehr von Ihren Kernaufgaben abhalten: Wir übernehmen die Verantwortung für Ihren sicheren IT-Betrieb. Die Bausteine, die dazu nötig sind, wählen Sie selbst passgenau für Ihre Verwaltung aus: von SaaS über bereitgestellte sichere Systemumgebungen bis zum Erstellen der Backups und der Notfall- und Betriebshandbücher.

www.akdb.de

Jetzt die neue SYNERGO®-Produktgeneration entdecken!

AKDB
Innovativ. Kraftvoll. Partnerschaftlich.

BREKO Breitbandstudie 2018:

Glasfaserausbau geht voran

Der Bundesverband Breitbandkommunikation (BREKO) hat heute die von ihm erhobenen Marktdaten zur aktuellen Lage auf dem Telekommunikationsmarkt vorgestellt. Im Rahmen eines Pressegesprächs präsentierte der renommierte Telekommunikationsexperte und Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Jens Böcker die wichtigsten Ergebnisse der BREKO Breitbandstudie 2018 und nahm eine wissenschaftliche Bewertung und Einordnung vor. BREKO-Präsident Norbert Westfal stellte in einer kurzen Analyse die aus Sicht des Verbands nun wichtigsten Maßnahmen zugunsten eines schnellen Rollouts mit zukunftssicheren Glasfaseranschlüssen bis in die Gebäude dar.

Wichtigstes Ergebnis der BREKO Breitbandstudie 2018: Der Ausbau mit ultraschnellen Glasfaseranschlüssen bis direkt in die Gebäude (FTTB) oder bis direkt zum Nutzer (FTTH) wird vor allem durch die mehr als 180 Netzbetreiber des BREKO vorangetrieben. Fast 60 Prozent aller 3,9 Millionen auf dem deutschen Markt verfügbaren, direkten Glasfaseranschlüsse werden von BREKO-Netzbetreibern gestellt. Dies entspricht fast 70 Prozent aller von den Wettbewerbern des Ex-Monopolisten Deutsche Telekom realisierten Glasfaseranschlüsse. Allein im Jahr 2017 wuchs die Zahl der von BREKO-Carriern realisierten FTTB/FTTH-Anschlüsse um rund 700.000.

Insgesamt zeichnen die alternativen Netzbetreiber in Deutschland für rund 82 Prozent aller direkten Glasfaseranschlüsse (FTTB/FTTH) verantwortlich. Die Deutsche Telekom kann hier lediglich einen Anteil von 18 Prozent für sich verbuchen.

Kaum Ausbau durch Kabelnetzbetreiber

Die Kabelnetzbetreiber in Deutschland haben in den vergangenen Jahren so gut wie keinen Ausbau mehr betrieben: Die Zahl an Haushalten, denen ein Kabel-Breitbandanschluss mit 50 MBit/s oder mehr zur Verfügung steht, hat sich nach den Zahlen des Breitbandatlas des Bundes seit 2015 nur marginal erhöht (2015: 63,3 Prozent; 2017: 63,9 Prozent).

Bedauerlicher Effekt der Vectoring-Entscheidungen der Bundesnetzagentur (BNetzA) und

der Vectoring-Strategie des Ex-Monopolisten: Mehr als zwei Drittel der Investitionen in den Jahren 2015, 2016 und 2017 haben nicht auf die damaligen Breitbandziele der Bundesregierung (50 MBit/s für alle bis 2018) eingezahlt, sondern zu Fehlinvestitionen durch Überbau geführt: So hat sich die Verfügbarkeit von Breitbandanschlüssen mit 50 MBit/s oder mehr von 2014 bis 2017 lediglich um knapp 6,3 Millionen Haushalte erhöht (heute: 32,7 Millionen Haushalte). Die Zahl an Haushalten, die zwischen zwei (oder mehr) Anschlussstechnologien mit mindestens 50 MBit/s wählen können, stieg in der gleichen Zeit jedoch um fast 13,5 Millionen (heute: 21,25 Millionen Haushalte).

Positive Botschaft

Die Wettbewerber haben seit der Liberalisierung des deutschen Telekommunikationsmarkts 1998 insgesamt 75,5 Milliarden Euro investiert (52 Prozent) – auf die Telekom entfielen 69,5 Milliarden Euro (48 Prozent). Positive Botschaft: Die durch die Vectoring-Entscheidungen der BNetzA ausgelöste Investitionsunsicherheit bei den alternativen Netzbetreibern in Deutschland – vor allem 2015/2016 deutlich spürbar – hat sich durch die Entscheidung vieler Carrier zugunsten reiner Glasfaser wieder umgekehrt. Im Jahr 2017 haben die Investition der Wettbewerber wieder deutlich angezogen und lagen bei 4,2 Milliarden Euro.

„Die Netzbetreiber unseres Verbands haben mit der kla-

ren Fokussierung auf reine, zukunftssichere Glasfaseranschlüsse zugunsten von Bürgern und Unternehmen genau die richtige Entscheidung getroffen“, kommentiert BREKO-Geschäftsführer Dr. Stephan Albers die aktuellen Zahlen. „Umso positiver sehen wir die Tatsache, dass die neue Bundesregierung nun klar auf den ‚Netzinfrastrukturwechsel zur Glasfaser‘ setzt und im Rahmen des Bundesförderprogramms Breitband sogar ein Upgrade bislang noch auf Kupfer (Vectoring) basierender Ausbauprojekte auf reine Glasfaseranschlüsse ermöglicht. Mit den richtigen politisch-regulatorischen Rahmenbedingungen wird sich der Glasfaserausbau in Deutschland noch erheblich beschleunigen.“

Down- und Uploads

Die Bandbreiten-Nachfrage wird nach den aktuellen Zahlen des BREKO noch stärker steigen als im Vorjahr prognostiziert: Demnach wird die von Haushalten und Unternehmen durchschnittlich nachgefragte Bandbreite für Downloads im Jahr 2025 bei rund 1 GBit/s liegen (Vorjahresprognose: 600 MBit/s). Im Upstream – besonders wichtig unter anderem für Cloud-Anwendungen – werden nun 700 MBit/s (Vorjahresprognose: 350 MBit/s) erwartet, so dass sich das Verhältnis von Down- zu Upload deutlich in Richtung Symmetrie verschoben wird.

Das im Festnetz übertragene Datenvolumen hat sich von 28 Milliarden Gigabyte (GB) im Jahr 2016 auf 33 Milliarden GB im Jahr 2017 erhöht. Pro Anschluss und Monat stieg das Datenvolumen von 60 GB auf 80 GB. Bis 2025 erwartet der BREKO etwa eine gute Verzehnfachung der Volumina: Pro Anschluss werden dann durchschnittlich 825 GB pro Monat übertragen.

Die mobile Datennutzung findet dabei auch weiterhin zu großen Teilen in WLAN-Netzen statt: Bei Smartphones liegt der Anteil bei rund 70 Prozent, bei

der Nutzung von Tablets sind es sogar rund 95 Prozent. Zukunftssichere, flächendeckend verfügbare Glasfaseranschlüsse bis in alle Gebäude Deutschlands stellen also nicht nur die wichtige Basis für eine leistungsfähige Breitbandversorgung per Mobilfunk – insbesondere relevant für den kommenden Mobilfunk-Standard 5G – dar, sondern beschleunigen das mobile Surfen per Smartphone, Tablet & Co noch einmal deutlich durch die Verfügbarkeit schneller WLAN-Hotspots.

„Die Nachfrage nach ultraschnellen Bandbreiten ist bei Privat- und Geschäftskunden stark steigend“, resümiert Prof. Dr. Jens Böcker. „Hinzu kommt: Die Nachfrage folgt häufig dem Angebot, d.h. auf einer leistungsfähigen Infrastruktur entwickeln sich schneller digitale Dienste. Aus diesem Grund braucht Deutschland schnellstmöglich flächendeckend verfügbare, reine Glasfaseranschlüsse bis mindestens in die Gebäude. Der Ausbau mit eben diesen Anschlüssen wird zurzeit fast ausschließlich durch die alternativen Netzbetreiber in Deutschland vorangetrieben. Leider wurde der Glasfaserausbau aufgrund von Investitionen, die in den Doppelausbau mit VDSL-Vectoring geflossen sind, verzögert.“

Böcker setzt daher auf Miteinander statt Gegeneinander: „Kooperationen verhindern Doppelausbau und beschleunigen den flächendeckenden Glasfaserausbau in Deutschland.“

Notwendige Fördergelder

Fördergelder, ist Prof. Böcker überzeugt, sind für einen flächendeckenden Glasfaserausbau in ganz Deutschland – also insbesondere in sonst wirtschaftlich nicht rentabel erschließbaren Regionen – notwendig. „Sie sollten den eigenwirtschaftlichen Ausbau jedoch nicht einschränken und ausschließlich für den Ausbau reiner Glasfaseranschlüsse (FTTB/FTTH) zum Einsatz kommen.“

BREKO-Präsident Norbert Westfal: „Die BREKO Breitbandstudie 2018 zeigt: Die Ausrichtung der neuen Bundesregierung auf zukunftssichere Glasfaser ist konsequent – nur so bekommt unser Land die beste digitale Infrastruktur und damit die Grundlage für Wachstum und Wohlstand. Nun müssen Politik und Regulierer den Fokus insbesondere auf drei wichtige Stellschrauben richten, um den flächendeckenden Glasfaserausbau noch stärker zu forcieren: die bedarfsgerechte Weiterentwicklung des Bundesförderprogramms samt der Einführung von Gutscheinen für zukunftssichere Glasfaseranschlüsse zur weiteren Ankurbelung der Nachfrage, die dringend erforderliche Reform des DigiNetz-Gesetzes zur Verhinderung schädlichen Über-/Doppelausbaus sowie Vielfalt und Wettbewerb im künftigen 5G-Mobilfunk durch eine Diensteanbieter-Verpflichtung und regional vergebene Frequenzen, um so weitere Investitionsmittel für den Glasfaserausbau zu erwirtschaften.“

Für die BREKO Breitbandstudie 2018 wurden deutschlandweit alle Netzbetreiber des BREKO befragt. Es konnten Daten von rund 90 Prozent aller BREKO-Netzbetreiber verwendet werden. Daneben wurden Daten öffentlich zugänglicher Quellen zur Verifizierung sowie zur Ermittlung von Gesamtmarktzahlen herangezogen. Die Recherche der Marktdaten sowie die Analyse der Befragungsergebnisse wurden von der Strategieberatung Böcker Ziemann Management Consultants gemeinsam mit dem BREKO durchgeführt. □



Preisgekröntes Konzept gegen den Pflegenotstand

vdek-Zukunftspreis für Münchner Verein Dein Nachbar e.V.

Der Verein Dein Nachbar e. V. ist in Berlin mit dem vdek-Zukunftspreis 2018 prämiert worden. Mit seinem zukunftsweisenden Modell setzte er sich erfolgreich gegen mehr als 50 Mitbewerber durch. Der Münchner Verein bringt Pflegebedürftige und Menschen, die helfen wollen, mithilfe einer eigens entwickelten Software zusammen. Durch den interdisziplinären Lösungsansatz aus Pflege, modernem Ehrenamt, exakt funktionierender Logistik und einem hohen Grad der Digitalisierung entsteht ein soziales Unterstützungsnetzwerk, das aufgrund der Digitalisierung der Prozesse die zeitnahe Versorgung vieler Hilfsbedürftiger effizient und kostengünstig sicherstellen kann.

Vereinsgründer Thomas Oeben freut sich über die Auszeichnung und das Preisgeld von 7.000 Euro: „Wir können die stetig wachsende Zahl der Pflegebedürftigen in Zeiten des Fachkräftemangels nur dann menschenwürdig versorgen, wenn die Pflegefachkräfte sich auf ihre Kernkompetenz konzentrieren und wir Betreuungs- und Unterstützungsleistungen gut geschulten Laienhelfern übertragen.“

Unser Bild zeigt von links: Thomas Oeben, Vorsitzender des Vorstandes Dein Nachbar e. V., mit den Jurymitgliedern Dr. Ralf Brauk-siepe MdB, Dr. Regina Klakow-Franck und Dr. Markus Müschenich.

Bild: Dein Nachbar e. V.

Jahresbericht des Nationalen Normenkontrollrats:

Weniger Bürokratie, mehr Digitalisierung

Seit Jahren liegt Deutschland bei der Digitalisierung der Verwaltung nur im hinteren Mittelfeld. Darauf verweist der Nationale Normenkontrollrat (NKR) in seinem Jahresbericht 2018. Bürger und Wirtschaft erwarteten einfache digitale Verwaltungsangebote, bei denen sie ihre Daten nur einmal angeben müssen (Once Only), so das Gremium. Um die Digitalisierung und Modernisierung der Verwaltung endlich voranzubringen, werde ein „Digitalpakt von Bund, Ländern und Kommunen“ benötigt, der alle mitnimmt und mit ausreichend Budget und Personal unterlegt ist.

Mit einer Kostenentlastung für die Unternehmen um per Saldo 1,8 Mrd. Euro seit 2015 kann sich die ‚One in one out‘- Bilanz laut NKR sehen lassen - dennoch seien die Unternehmen unzufrieden. Denn zusätzliche 435 Mio. Euro an Kosten aus der Umsetzung von EU-Recht würden nicht mit einbezogen, seien aber für die Wirtschaft unmittelbar spürbar. EU-Recht müsse mit einbezogen werden, damit politische Bilanzierung und unternehmerische Realität zusammenpassen.

Seit 2016 werden Vorschläge der EU-Kommission auf ihre Kostenwirkung für Unternehmen in Deutschland überprüft (sog. EU ex ante-Verfahren) – allerdings nur regierungsideal. Unternehmen, Verbände und Vollzugsbehörden sind nicht mit einbezogen, Bundestag und Bundesrat nicht informiert. Das kann aus Sicht des Normenkontrollrats so nicht bleiben. Unmittelbar Betroffene hätten Wissen und Erfahrung, könnten besser als Ministerien Folgekosten realistisch beziffern, das Parlament habe Anspruch auf Information – „alles eigentlich Selbstverständlichkeiten“, wie das Gremium betont.

Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, Gesetze nach drei bis fünf Jahren auf Wirksamkeit und Zielerreichung hin zu überprüfen. Dafür würden verbindliche Standards und eine gute Qualitätssicherung und am Ende auch konkrete Handlungsempfehlungen, die allzu oft noch fehlen, benötigt.

Im Koalitionsvertrag wird ein Drittes Bürokratieentlastungsgesetz angekündigt. Konkrete Vereinfachungsvorschläge der Wirtschaftsverbände hierfür liegen seit dem Frühjahr auf dem Tisch. „Und jetzt? Wann kommt der Vorschlag des BMWi auf den Tisch, damit die inhaltliche Diskussion endlich beginnt“, fragt sich der NKR.

Was ist das Problem? Was ist

das Ziel? Wie kommen wir dorthin? Diese Fragen werden nach Auffassung des Gremiums bei neuen Gesetzesplänen zu wenig gestellt. Stattdessen gebe es von Anfang an ausformulierte Rechtstexte – für kaum jemanden verständlich, noch einladend zu neuen Inhalten und innovativen Verfahren. „Wir brauchen Eckpunkte, die eine breite öffentliche Diskussion über Ziele und Handlungsalternativen möglich machen – so wie jetzt beim Eckpunktepapier zum Fachkräftezuwanderungsgesetz. Das muss zur Regel werden“, heißt es in dem Jahresbericht.

Weit von der Praxis entfernt

Gesetze werden in Deutschland von Ländern und Kommunen im Kontakt mit Bürgern und Unternehmen umgesetzt. Diese wichtige Praxiserfahrung bleibe bei der Vorbereitung neuer Bundesgesetze immer wieder ungenutzt, denn Bundesministerien seien weit von der Praxis entfernt, und Länder gewähren nur unzureichend Einblick in ihre Verwaltungskosten. Deswegen hätten alle Beteiligten 2017 ein ebenenübergreifendes Testverfahren verabredet, um Praxiserfahrungen bei neuen Gesetzen konsequenter zu nutzen. Dieses Testverfahren müsse jetzt endlich anlaufen.

Die Flüchtlingskrise habe gezeigt: Behörden sind nicht auf außergewöhnliche Belastungen oder gar Krisen vorbereitet. Dabei sei eine leistungsfähige Verwaltung für das Funktionieren von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft unerlässlich. Deshalb müssten sich relevante Behörden regelmäßig Überprüfungen (Audits) und Stresstests stellen. „Damit muss jetzt begonnen werden – vor der nächsten Krise“, so die abschließende Botschaft. □

Digitale Gründerzentren:

Sieben zusätzliche Standorte außerhalb der Ballungsräume

Der Ministerrat hat die Standorte für sieben neue Digitale Gründerzentren (DGZ) beschlossen. Auf Grundlage der Beurteilung einer Fachjury haben Ansbach, Rottal-Inn/Freyung-Grafenau/Pfarrkirchen, Manching, Coburg, Parsberg, Günzburg und Lohr am Main mit ihren Konzepten besonders überzeugt. An diesen sieben Standorten in allen Regierungsbezirken finden Gründerinnen und Gründer künftig vielfältige Unterstützungsangebote.

Ministerpräsident Dr. Markus Söder: „Start-ups sind für die Digitalwirtschaft enorm wichtig. Sie rollen mit ihren Innovationen in rasanter Geschwindigkeit die Märkte auf und sind damit entscheidende Treiber bei der Entwicklung neuer Geschäftsmodelle und Produkte. Mit unserem besonderen Ansatz zur Förderung von jetzt 19 Digitalen Gründerzentren in allen Regierungsbezirken ist Bayern exzellent aufgestellt, um landesweit nicht nur in den Ballungsräumen – sein Gründerpotential im Bereich Digitalisierung zu aktivieren. Das gibt es nur in Bayern.“

Die Region profitiert

Wirtschaftsminister Franz Josef Pschierer: „Das Konzept flächendeckender digitaler Gründerzentren funktioniert hervorragend. Im gesamten Freistaat erhält die Gründertätigkeit kräftigen Schwung. Die Digitalen Gründerzentren in den Regionen erhöhen die Innova-

tionsfähigkeit des Freistaats insgesamt und fördern gerade im ländlichen Raum Unternehmensgründungen. Von den Netzwerkaktivitäten profitiert jeweils eine gesamte Region. Wie bei den bisherigen Digitalen Gründerzentren ist uns auch an den neuen Standorten die Einbeziehung der Akteure im Einzugsgebiet besonders wichtig.“

Maßgeschneidertes Angebot

Die über ganz Bayern verteilten Digitalen Gründerzentren bieten digitalen Start-ups ein maßgeschneidertes, vielfältiges Angebot. Sie sind Kristallisationspunkte für alle Gründerinnen und Gründer, Unternehmen, Hochschulen und Universitäten im Bereich Digitalisierung in der jeweiligen Region. Neben der Infrastruktur (insb. Büroflächen) stehen bei dem Konzept vielfältige Ansätze der Netzwerkbildung im Vordergrund. Veranstaltungen, Work-

shops und gemeinsame Projekte bringen die verschiedenen Akteure zusammen. Auch die Zusammenarbeit neuer Unternehmen mit etablierten Firmen wird gefördert. BayStartUP, die vom Bayerischen Wirtschaftsministerium und der Wirtschaft geförderte Institution für Gründung, Finanzierung und Wachstum in Bayern, bietet zudem seit 2018 an allen Standorten Digitaler Gründerzentren ein auf digitale Gründer zugeschnittenes Coaching an. Damit haben die Start-ups auch Zugang zum weitreichenden Finanzierungsnetzwerk von BayStartUP, einem der größten in Europa.

Die Staatsregierung fördert bisher zwölf Digitale Gründerzentren an 22 Standorten in Bayern mit insgesamt 80 Millionen Euro. Am 26. Juni 2018 hat der Ministerrat beschlossen, das erfolgreiche Konzept der Gründerzentren weiter auszubauen und in allen sieben Regierungsbezirken jeweils ein weiteres Digitales Gründerzentrum außerhalb der Ballungsräume einzurichten. Das Wirtschaftsministerium wird auch für nicht berücksichtigte Standorte durch Integration in erfolgreiche Bewerbungen bzw. bestehende Netzwerkaktivitäten Lösungen erarbeiten. □

Tag des Internets:

Zahlen, Fakten und der Breitband-Boom

M-net blickt auf die Entwicklung des Internets und zieht Zwischenbilanz beim Münchner Breitbandausbau

Am 29. Oktober feierte die Welt den internationalen Tag des Internets. Mit weit über vier Milliarden Nutzern ist bereits mehr als die Hälfte der Erdbevölkerung online. In deutschen Haushalten werden mit Blick auf die genutzten Datenmengen Rekorde gebrochen und laut Studie bis 2025 Gigabitanschlüsse Standard sein. Für M-net ein Anlass, um einen Blick auf Zahlen des Internets zu werfen sowie eine Zwischenbilanz beim Breitbandausbau in München zu ziehen.

Der Welttag des Internets erinnert an die erste jemals versendete Nachricht, die am 29. Oktober 1969 von einem Großrechner der University of California in Los Angeles zum Forschungsinstitut Stanford übermittelt wurde. Es war der Grundstein für das Internet. 1990 begann mit der Abschaltung des sogenannten „Arpanet“, einem Computer-Netzwerk der US-Luftwaffe, die kommerzielle Phase des World Wide Web. Über 25 Jahre ist das her und in dieser Zeit hat sich viel verändert.

Seit 1998 wuchs die Anzahl der Internetnutzer weltweit von etwa 100 Millionen auf heute weit über 4 Milliarden. Damit ist bereits die Hälfte der Weltbe-

völkerung online, Tendenz steigend. Doch was passiert heutzutage eigentlich so in 60 Sekunden im Internet? Ein genauer Blick auf die Details macht schnell deutlich: Die Zahlen, um die es hier geht, sind kaum vorstellbar. In nur einer Minute werden rund 38 Millionen Nachrichten über WhatsApp versendet, über 4 Millionen Videos auf YouTube abgespielt und 3,8 Millionen Suchanfragen auf Google abgeschickt. Insgesamt bewegen sich laut dem Statistik-Portal Statista weltweit jede Minute mehr als 3,4 Millionen Gigabyte Daten durchs Netz.

Alles in allem führt unsere intensive Kommunikation sowie die Vernetzung einer wachsen-

den Anzahl von Geräten mit dem Internet zu einer neuen Dimension an Datenverkehr. Der größte Anteil davon sind mittlerweile Videoinhalte. Einer Prognose des weltweiten Netzwerkausstatters Cisco zu Folge werden im Jahr 2020 Videoinhalte bereits 80 Prozent des deutschen Internet-Traffics ausmachen. Doch eine richtig gute Auflösung in Form von HD, Full HD oder 4K benötigt viel Internetbandbreite sowie eine stabile Leitung. Der Trend ist daher eindeutig und verschiedene Studien zeigen deutlich auf: Deutschland braucht einen Breitband-Boom.

Breitband-Boom in Deutschland erforderlich

Deutschland muss den Breitbandausbau – vor allem im Bereich Glasfaser – vorantreiben. Laut dem FTTH Council Europe steht Deutschland in deren Penetrationsbericht für FTTH/H-Anschlüsse (Glasfaser bis in den Keller oder die Wohnung) in Europa abgeschlagen auf Platz 29. München geht es dank M-net und der Stadtwerke München (SWM) besser: Wäre die bayerische Landeshauptstadt ein Land in Europa, so stünde sie aktuell im Ranking zur Glasfaser-Abdeckung auf Platz 2.

Noch dringlicher wird die Notwendigkeit für schnelles Internet bei einem Blick in die vor kurzem veröffentlichte Breitbandstudie 2018 des Bundesverbandes für Breitbandkommunikation e.V. BREKO. Der Bericht prognostiziert, dass das durchschnittlich genutzte Festnetz-Da-

Kaufbeuren:

Mietvertrag für BayernLab unterzeichnet

„Digitalisierung ist kein Privileg von Großstädten. Mit unseren BayernLabs schaffen wir insbesondere in ländlichen Regionen ein Schaufenster für digitale Innovationen. Hier kann die High-Tech-Welt erforscht und modernste Technik angefasst und ausprobiert werden – kostenfrei und für Jedermann“, freute sich Finanz- und Heimatstaatssekretär Dr. Hans Reichhart über die Unterzeichnung des Mietvertrags für das neue BayernLab in Kaufbeuren.

„Die BayernLabs richten sich an Schulen, Kommunen und Wirtschaft und vereinen digitale Innovationen, modernes E-Government und eine IT-Wissensbörse unter einem Dach“, fügte Reichhart hinzu. Die Eröffnung des neuen BayernLab in Kaufbeuren ist Anfang 2019 geplant.

Die Ausstattung der BayernLabs ist vielfältig und beleuchtet verschiedene Aspekte des digitalen Lebens. Neben Vorträgen und Workshops zu aktuellen digitalen Themen bieten die BayernLabs modernste Technik zum Anfassen. Multikopter mit 3D-Visualisierung können ausprobiert und die Möglichkeiten des 3D-Drucks erforscht werden. In einem Mini-Hologramm kann in virtuelle Welten eingetaucht werden. Ein weiteres Modul zeigt praktische Tipps und Tricks wie man sich sicher in der digitalen Welt bewegt.

In der kostenfreien Bayern-WLAN-Lounge kann nebenbei im Internet gesurft werden. Gleichzeitig verfügen die IT-Labore über die schnellste öffentliche Internetverbindung in der Region. „Unsere BayernLabs sind eine offene Infoplattform für Jedermann, aktivieren digitales Potenzial im Land und sorgen für digitale Chancengleichheit“, hob Reichhart hervor. Insbesondere Schulklassen und

tenvolumen pro Anschluss und pro Monat bis 2025 auf satte 825 Gigabyte steigen wird. Im Vergleich zu 2017 mit 80 Gigabyte ist das ein Anstieg um mehr als das 10-fache. Die logische Konsequenz sind Gigabit-Anschlüsse für jedermann, die deutschen Haushalten bis 2025 derartige Bandbreiten auch garantieren.

Gigabit-Anschlüsse in München

Während auf bundespolitischer Ebene über den richtigen Weg zur flächendeckenden Glasfasererschließung in Deutschland diskutiert wird, gibt es für München schon jetzt gute Nachrichten. „Gemeinsam mit den SWM haben wir Stand heute bereits fast 50 Prozent der Münchner Haushalte mit einem direkten Zugang zur ultraschnellen Glasfaser versorgt. Seit 2017 bieten wir auch Gigabit-Anschlüsse in München an“, erklärt Dorit Bode, Sprecherin der Geschäftsführung bei M-net. „Damit sind wir absolut auf Kurs. Unser Ziel ist es, bis 2021 70 Prozent von München mit Glasfaser zu erschließen. Langfristig wollen wir die ganze Stadt flächendeckend versorgen. Unser Projekt gilt als die größte Ausbaumaßnahme eines zusammenhängenden Glasfasernetzes in Deutschland und hat Leuchtturmcharakter für ganz Europa.“

Tatsächlich verfügt München bereits heute über die beste Glasfaserinfrastruktur für Geschäftskunden in der Bundesrepublik. Eine bedeutende Rolle wird dies spätestens ab 2019 spielen, wenn der Standortwettbewerb für die Ansiedlung von Unternehmen beginnt, die auf Industrie 4.0 setzen, Cloud Center betreiben oder neue Technologien entwickeln.

Insgesamt werden bis 2021 rund 800 Kilometer Glasfaserkabel im Stadtgebiet verlegt sein und damit über 620.000 private Haushalte und Gewerbeeinhei-

ten in München über einen Zugang zur schnellen Glasfaser verfügen. Und auch die hauseigenen Kennzahlen geben M-net beim konsequenten Glasfaserausbau Recht: Mit einem Verbrauch von insgesamt 170 Gigabyte im Monat fließen aktuell fast doppelt so viele Daten über einen Münchner Glasfaseranschluss

(FTTH/B) als über den durchschnittlichen Festnetz-Breitbandanschluss in Deutschland (90 Gigabyte).

Wer also über einen High-speed-Internetzugang von M-net verfügt, nutzt diesen auch und kann von neuen Anwendungen rund um das Internet profitieren. □



V.l.: Staatsminister Albert Füracker, Susanne Dehmel von Bitkom e.V., BSI-Präsident Arne Schönbohm und Peter Ottmann, CEO der NürnbergMesse.

IT-Sicherheitsmesse in Nürnberg:

Zusammenarbeit und Vernetzung

Für den Bayerischen Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, Albert Füracker, müsse die Sicherheit in der Informationstechnologie einen höheren Stellenwert bekommen. „Die Gesellschaft ist durch Angriffe im Netz verwundbar geworden. Wir in Bayern rüsten uns aber massiv gegen Bedrohungen durch Cyber-Angriffe, die sich zunehmend auch gegen öffentliche Institutionen richten.“

Im Vorfeld der IT-Security-Messe it-sa hatte der Minister zu einem Staatsempfang ins Heimatministerium nach Nürnberg eingeladen. „Die it-sa 2018 ist nicht irgend eine Messe“, so Füracker bei seiner Begrüßung. Die IT-Security in Nürnberg sei weltweit die bedeutendste Messe zum Thema Sicherheit in der Informationstechnologie mit mehr als 700 Ausstellern.

Bayern sei das erste Bundesland mit einem eigenständigen Landesamt für IT-Sicherheit mit derzeit 40 hochqualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, bis zum Jahr 2020 soll die Anzahl der Beschäftigten auf 200 ansteigen. „Wir leisten dort auch gezielte Beratung für die Kommunen“, so der Finanzminister, der in Bayern für die IT-Sicherheit zuständig zeichnet.

Nicht nur Peter Ottmann, geschäftsführendes Vorstandsmitglied (CEO) der NürnbergMesseGroup, beklagte, dass vor allem kleine und mittlere Betriebe und Privatpersonen ohnehin dem Thema zu wenig Aufmerksamkeit widmeten. So berichtete Susanne Dehmel, Mitglied der Geschäftsleitung von Bitkom e.V., einem Zusammenschluss von mehr als 2.600 Unternehmen der digitalen Wirtschaft,

von jährlich mindestens 55 Milliarden Euro an Schäden durch Spionage und Sabotage in der Wirtschaft, digitale Angriffe auf Unternehmen hätten daran einen enormen Anteil. Nicht selten hätten die Angriffe auch dramatische Auswirkungen; Dehmel nannte beispielhaft einen durch Hacker bedingten System-Totalausfall einer großen Klinik.

Alle Grußredner betonten die Notwendigkeit nationaler und internationaler Zusammenarbeit und Vernetzung, wozu diese Messe eine hervorragende Plattform böte. Der Präsident des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), Arne Schönbohm, sprach von 280.000 neuen Schadprogrammen allein im letzten Jahr, „mit gewaltig zunehmender Tendenz“. Das BSI sei der zentrale IT-Sicherheitsdienstleister des Bundes mit dem Ziel, den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik sicherer zu machen. Die gesamte Gesellschaft müsse das Thema wichtiger nehmen, Sicherheitsaspekte müssten schon bei der Entwicklung von IT-Systemen und -Anwendungen berücksichtigt werden: „Die Digitalisierung fängt erst an!“ pmw

Glasfaser für weiße Flecken in Kempten

M-net, AÜW und Stadt unterschreiben Ausbauvertrag

Die Tinte unter dem Vertrag ist trocken: Bayerns führender Glasfaseranbieter M-net und das Allgäuer Überlandwerk (AÜW) erschließen im Auftrag der Stadt Kempten in den kommenden drei Jahren Stadtrandgebiete und umliegende Stadtteile mit Glasfaser.

Rund 300 Gebäude erhalten einen direkten Anschluss, die Bewohner können anschließend schnelle und stabile Internetanschlüsse mit Bandbreiten von derzeit bis zu 1 Gbit/s (=1.000 Mbit/s) bei M-net buchen. Im April dieses Jahres hatte der Stadtrat den Beschluss gefasst, mit Unterstützung des bayerischen Breitband-Förderprogramms bislang unterversorgte weiße Flecken zu schließen.

Schluss mit langen Wartezeiten beim Seitenaufbau, pixeligen YouTube-Videos und abbrechenden Downloads: In Kürze erhalten alle bislang unterversorgten Gebiete der Stadt Kempten superschnelle Internetanschlüsse. Kemptens Oberbürgermeister Thomas Kiechle freut sich darüber, dass es nun losgehen kann: „Vor wenigen Tagen habe ich den Förderbescheid des Freistaats entgegengenommen. Jeder Kemptener Bürger wird bald Zugang zu einem schnellen Breitbandanschluss haben. Der Internetanschluss ist schon heute so wichtig wie der Strom- und Wasseranschluss“, sagt Kiechle.

Der Bandbreitenbedarf wächst

Bereits im März 2018 haben AÜW und M-net im Rahmen einer eigenwirtschaftlichen Glasfaseroffensive begonnen, mehrere Gewerbegebiete in Kempten und über 2.600 umliegende Privathaushalte mit Glasfaser zu erschließen. Mit der jetzigen staatlichen Förderung geht es weiter in die Fläche: Neu erschlossen werden knapp 300 Gebäude mit über 350 Haushalten. Michael Lucke, Geschäftsführer Allgäuer Überlandwerk GmbH: „Eine schnelle Internetverbindung darf heute kein Luxus mehr sein. Daher ist der gezielte und nachhaltige Ausbau des Strom- und Glasfasernetzes für uns als Energiedienstleister und Infrastrukturanbieter im Allgäu eines unserer zentralen strategische Ziele. Nach der Glasfaseroffensive, die wir

bereits im Mai dieses Jahres gestartet haben, freue ich mich sehr, dass wir gemeinsam mit der Stadt Kempten und M-net die letzten weißen Flecken in Kempten mit schnellem Internet erschließen.“

Schnelles Internet mit hohen Bandbreiten ist für Privathaushalte zunehmend wichtig und für Gewerbetreibende sogar zukunftsentscheidend. Die immer stärkere digitale Vernetzung aller Lebensbereiche, an das Internet angebundene Geräte sowie hochauflösende, datenintensive Videoinhalte und -konferenzen lassen den Bandbreitenbedarf immer weiter wachsen.

Mit einer „Fibre to the Building“- (FTTB) bzw. „Fibre to the Home“- (FTTH) Glasfaserleitung erhalten Immobilienbesitzer in den Kemptener Ausbaugebieten die derzeit leistungsfähigste und zukunftssicherste Datenübertragungstechnologie für Breitband-Internet. Herkömmliche DSL- und Kabel-Internetanschlüsse bieten im Gegensatz zur Glasfaser keine Garantie für die volle Bandbreite, da diese Anschlüsse auf signaldämpfende Kupferleitungen bauen bzw. sich mehrere Teilnehmer die Übertragungskapazitäten teilen.

„Nach Abschluss der Bauarbeiten haben die Bewohner im Ausbaugbiet die Möglichkeit, über den neuen M-net Glasfaserausgang Highspeed-Internet mit Bandbreiten bis zu 1 Gigabit pro Sekunde zu nutzen“, erklärt die Sprecherin der M-net Geschäftsführung Dorit Bode. „Außerdem steht für M-net Kunden über das Glasfasernetz bei Bedarf auch ein umfangreicher TV-Anschluss mit über 100 Sendern und vielen Extra-Funktionen zur Verfügung.“

Diese Lösung heißt M-net TVplus und bietet neben zeitversetztem Fernsehen und dem Aufzeichnen von Sendungen auch die Möglichkeit, Programme gleichzeitig auf dem Fernsehgerät, Handy und Tablet anzuschauen. □



Breitbandausbau in Schwifting: LEW TelNet-Geschäftsführer Johannes Stepperger, Bürgermeister Georg Kaindl und M-net Regionalmanagerin Gabi Emmerling präsentieren den Kooperationsvertrag.

Bild: LEW/Bleier

Gemeinde Schwifting:

Ausbau des Glasfasernetzes

LEW TelNet und M-net setzen Breitbandprojekt mit Förderprogramm des Freistaats und der Kommune um

Weitere rund 225 Haushalte und Gewerbetreibende in der Gemeinde Schwifting verfügen künftig über einen schnellen Zugang zum Internet mit Übertragungsgeschwindigkeiten von teilweise bis zu mehreren hundert Mbit/s. Möglich wird das durch ein gemeinsames Vorhaben von LEW TelNet, M-net und der Kommune.

Es ist bereits das zweite Breitbandprojekt, das die beiden Telekommunikationsunternehmen in Schwifting umsetzen. Bürgermeister Georg Kaindl unterzeichnete im Rathaus der Gemeinde nun den entsprechenden Kooperationsvertrag mit LEW TelNet-Geschäftsführer Johannes Stepperger und der M-net Regionalmanagerin Gabi Emmerling. Der Breitbandausbau wird von den beiden Unternehmen mit Unterstützung des laufenden bayerischen Breitbandförderprogramms und der Gemeinde finanziert.

„Mit dem weiteren Ausbau des Glasfasernetzes schließen wir in Schwifting nun die noch bestehenden Breitbandlücken im Gemeindegebiet“, erklärt Georg Kaindl, Erster Bürgermeister der Gemeinde Schwifting. „Entlang der Ammerseestraße verlegen wir die Glasfaserkabel sogar direkt bis an die Grundstücke und sichern so insbesondere den dort ansässigen Betrieben den Anschluss an die digitale Zukunft.“

Für die Erweiterung der Breitbandinfrastruktur verlegt LEW TelNet in Schwifting mehr als 1.500 Meter neue Glasfaserkabel und bindet diese direkt an das Hochgeschwindigkeits-Datenetz an, das LEW TelNet in Bayerisch Schwaben, im Allgäu und in Teilen Oberbayerns betreibt. Die Trasse führt von der Ortsmitte durch die Linden- und Baderstraße und weiter nach Osten - bis zum Ende des Geländes des Polo Club Landsberg-Ammersee. Von dort aus verlegt LEW TelNet Glasfaserkabel nach Süden und - entlang der Ammerseestraße - wieder zurück bis zur Kerngemeinde. Die Haushalte und Gewerbebetriebe der hier gelegenen sechs Grundstücke können damit künftig Glas-

faserdirektanschlüsse mit Bandbreiten bis zu mehreren Hundert Mbit/s nutzen. Außerdem bindet LEW TelNet im Zentrum der Kerngemeinde einen zusätzlichen Kabelverzweiger des Telefonnetzes an die Glasfaserinfrastruktur an. Dieser Ausbauschritt schließt bestehende Lücken in der Breitbandversorgung der Kerngemeinde. Weitere 217 Haushalte und Gewerbebetriebe in Schwifting können damit künftig VDSL-Internetzugänge mit bis zu 50 Mbit/s nutzen. M-net installiert vor Ort die aktive Technik, betreibt das Netz und bietet die Produkte für die Kunden an.

Gesicherte Wirtschaftskraft

„Schwifting investiert in seine Zukunft: Der Ausbau der Glasfaserinfrastruktur sichert den Betrieben und Haushalten nicht nur deutlich höhere Bandbreiten. Gleichzeitig legt die Gemeinde damit den Grundstein für das Zukunftsnetz mit Glasfaser bis ins einzelne Gebäude“, so LEW-TelNet-Geschäftsführer Johannes Stepperger. „Für die Betriebe und Haushalte entlang der Ammerseestraße realisiert die Gemeinde sogar heute bereits solch ein Gigabitnetz von morgen.“

„Schnelles Internet sichert Wirtschaftskraft und Lebensqualität“, erklärt M-net Regionalmanagerin Gabi Emmerling. „Mit den Highspeed-Internetzugängen von M-net können Unternehmen und Haushalte die ganze Bandbreite der digitalen Möglichkeiten in vollem Umfang nutzen - von Internetfernsehen, Online-Gaming, Arbeiten in der Cloud und Home-Office bis hin zu moderner Unternehmenskommunikation, der smarten Vernetzung von Arbeitsplätzen und Industrie 4.0.“

Bayerisches Zentrum für Künstliche Intelligenz eröffnet

In München wurde das bayerische Zentrum für Künstliche Intelligenz eröffnet, in dem bis zu 70 Wissenschaftler mit Partnern aus Industrie und öffentlicher Verwaltung zusammenarbeiten sollen. Das Forschungszentrum hat seinen Sitz im Stadtteil Schwabing und ist Teil des bayerischen Software-Forschungsinstituts „Fortiss“.

Laut Wirtschaftsminister Franz Josef Pschierer hat der Freistaat zwanzig Millionen Euro in den Ausbau investiert: „Unser Ziel ist die Technologieführerschaft in diesem Bereich.“

Software für autonomes Fahren

Unter anderem arbeiten Forscher und Studenten gemeinsam mit Autobauern wie BMW

an einer Software für autonomes Fahren, die das Verhalten anderer Verkehrsteilnehmer erlernt und so für weniger Staus sorgen soll. Ein sogenannter Neurorobotik-Simulator ermöglicht es den Wissenschaftlern in einem anderen Projekt, das Hirnmodell einer Maus nachzubilden und so zu erforschen, welche Modelle sich am besten zum Lernen eignen.

Quelle: sueddeutsche.de

Mobilfunknetzbetreiber sind gefordert

Politiksymposium von MdB Oßner: „Klarer Ausbauplan muss vorgelegt werden“

Bei seinem vierten Politiksymposium für die Region Landshut-Kelheim im Hotel Rosenhof in Ergolding hat Bundestagsabgeordneter Florian Oßner (CSU) die Mobilfunkversorgung vor Ort in den Fokus gerückt. Dabei traf diese Thematik offensichtlich den Nerv vieler in der Bevölkerung, denn die Weierstube war voll besetzt.

In den Vorträgen und der Diskussionsrunde unter dem Motto „Mobilfunkgipfel – Schluss mit den Funklöchern“ wurde deutlich, dass Politik, Verwaltung und Mobilfunknetzbetreiber noch einigen Gesprächs- und Handlungsbedarf haben, um auch die letzten Versorgungslücken zu schließen. Klar wurde auch: Die Telekommunikationsunternehmen investieren bereits viel, um die Ausbauziele zu erfüllen, was aber noch nicht ausreicht. Und die Kommunen im ländlichen Raum sind auf ein funktionierendes bayerisches Förderprogramm zum Bau von Mobilfunkmasten angewiesen.

Oßner, der Mitglied im verantwortlichen Bundestagsausschuss für digitale Infrastruktur ist, erläuterte eingangs die aktuellen Verpflichtungen für die Mobilfunknetzbetreiber. Diese sehen vor, bis zum 1. Januar 2020 rund 98 Prozent der Haushalte in Deutschland mit einer 4G-Anbindung zu versorgen. Bei dem kürzlichen Mobilfunkgipfel der Bundesregierung im Sommer hätten die Telekommunikationsunternehmen zusätzlich zugesagt, das 4G-Netz bis Ende 2021 auf 99 Prozent der Haushalte in jedem Bundesland auszuweiten. „Das klingt nach einer Verbesserung, aber gerade im Flächenland Bayern können ein oder zwei Prozent unterversorgtes Gebiet sehr viele betreffen. Darum müssen wir Lösungen finden, wie die letzten weißen Flecken auf der Landkarte verschwinden. Erklärtes Ziel bleibt eine flächendeckende Versorgung für alle Bürger, falls wir gleichwertige Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land wirklich ernst nehmen“, sagte Oßner und ergänzte: „Der Markt kann dies nicht allein regeln, denn dieser beschränkt sich auf die dicht besiedelten Gebiete. Aufgrund dieses Marktversagens im Sinne unseres Ziels für die ländlichen Gebiete muss die Politik steuernd eingreifen.“

Freier Wettbewerb als Nachteil

Auf dem Weg dorthin befindet sich der Bund in einem gewissen Dilemma, erklärte Dr. Tobias Mietzner, Leiter der Abteilung Digitale Gesellschaft im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur: Der freie Wettbewerb zwischen den Mobilfunknetzbetreibern sei gesetzlich vorgegeben, weshalb die Wirtschaftlichkeit das zentrale Kriterium für den Netzausbau auf Unternehmensseite sei. „Uns wäre aber ein Miteinander der Anbieter ein großes Anliegen, um das kritische letzte Prozent für eine vollständige Versorgung zu erreichen.“

Um die komplette Netzabdeckung zu erreichen, brachte Ludwig Götz, Wirtschaftsreferent des Landkreises Landshut, das Thema „National Roaming“ ins Spiel. Dabei versorgen Mobilfunknetzbetreiber die Kunden anderer Anbieter, die dort sonst keinen Empfang hätten. Dieses Modell lehnte Udo Harbers, Politikbeauftragter der Telekom, entschieden ab: „National Roaming wäre das Ende des Wettbewerbs, weil damit alle Anbieter automatisch gleich gut sind“, sagte er. „Wieso sollten wir uns dann noch anstrengen, besser als die Konkurrenz zu sein und neue Mobilfunkmasten aufstellen?“

Was den aktuellen Ausbau der flächendeckenden 4G-Grundversorgung angehe, sei die Telekom in der Region Landshut-Kelheim auf einem guten Weg, sagte Er-

win Walch, Kommunalbeauftragter für Bayern. „Wir erleben aber oft, dass in unterversorgten Gemeinden, in denen wir einen neuen Mobilfunkmasten bauen möchten, viele Menschen plötzlich keinen Bedarf mehr haben, weil sie den Masten vor Ort nicht wollen.“ In solchen Situationen sollten sich die Befürworter des Mobilfunkausbaus laut zu Wort melden und nicht der protestierenden Minderheit das Feld überlassen, forderten Götz und Christian Schilling, Senior Referent für Technik von Vodafone.

Schilling rief zudem die staatliche Seite zu mehr Unterstützung auf, um die 99-prozentige 4G-Abdeckung zu schaffen: „Damit wir dieses Ziel erreichen können, brauchen wir investorenfreundliche Ausschreibungsbedingungen von der Bundesnetzagentur.“ Weniger offensiv äußerte sich Frank Schönborn, Kommunalbeauftragter für Bayern von Telefonica. Er räumte ein, den größten Nachholbedarf an flächendeckender 4G-Versorgung zu haben: „Wir sind derzeit noch stark mit der Zusammenlegung der Netze von E-Plus und O2 für die Grundversorgung befasst. Wir engagieren uns aber, unter anderem bestehende Masten und Anlagen so schnell wie möglich aufzurüsten, um größere Reichweiten zu erlangen.“

Kommunen brauchen staatliche Hilfe

In der Diskussion mit den zahlreichen anwesenden Bürgermeistern im Publikum zeigte sich, wie wichtig das neue bayerische Mobilfunk-Förderprogramm ist. „Ein großer Pluspunkt davon ist, dass die Gemeinden beim Bau der Masten zwischen zwei Varianten wählen können, nämlich zwischen einer Baubeauftragung und einer Baukonzession“, erläuterte Oßner. In der Bauauftragsvariante errichtet die Gemeinde den Mast selbst und vermietet ihn dann an die Netzbetreiber. Die Gemeinde bekommt dabei volle technische Unterstützung durch die Netzbetreiber. Sie kann den Mast nach Ablauf der Bindungsfrist verkaufen. Die Kommunen werden mit Musterausschreibungen und Musterverträgen unterstützt.

In der Baukonzessionsvariante vergibt die Gemeinde hingegen eine Baukonzession an ein Unternehmen. Dieser Konzessionär plant, baut und betreibt den Mobilfunkmast auf eigenes Risiko. Darunter fallen auch Aufgaben der Standortsuche, Grundstücks-suche, Zuwegung, Strom- und Datenanbindung. Baut die Gemeinde den Masten in Eigenregie, dann werden bis zu 90 Prozent staatlich gefördert. Die restliche Summe wird über die Mieteinnahmen von den Mobilfunkbetreibern (über-)amortisiert. Einstimmiger Tenor von Telekom, Vodafone und Telefonica: Wenn das angeboten wird und die Unternehmen damit keine zusätzlichen Investitionskosten haben, werden sie auch dort aktiv, wo die Versorgung aus wirtschaftlichen Gründen bisher nicht möglich war.

Oßner rief abschließend die Beteiligten dazu auf, Infrastruktur wie bereits bestehende Masten für den Digitalfunk der Sicherheitsbehörden anzubieten und zu nutzen. „Außerdem sollten Bund und Wirtschaft die Umsetzung des National Roaming in einem für alle vertretbaren Rahmen weiter verfolgen, um hier nicht unnötige Parallelstrukturen aufzubauen.“



Von links: Franz Herrler (Laber-Naab-Zweckverband), Rene Meyer (GF Laber-Naab Infrastruktur GmbH), Elisabeth Moosheimer (Ing. Büro Josef Ledermann), Josef Ledermann (Ing. Büro Josef Ledermann), Bernhard Eder (Mobilfunkzentrum Harald Hillebrand, Breitbandbeauftragter Landkreis Regensburg), Landrätin Tanja Schweiger, Josef Weigl (Geschäftsführer GFN und RVV), Alfons Steimer (Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung Regensburg), Michael Kazala (IT Leiter GFN).

Bild: Landratsamt Regensburg (Beate Geier)

Mobilfunk stärken

Bernhard Eder, Leiter des Mobilfunkzentrums Bayern, zu Besuch im Landratsamt Regensburg-

Landrätin Tanja Schweiger begrüßte kürzlich den Leiter des Mobilfunkzentrums Bayern, Bernhard Eder, in den Räumen des Landratsamtes. Mit dabei der Kern der Arbeitsgruppe im Landkreis Regensburg, die Breitband und Mobilfunk im Landkreis die vergangenen Jahre vorangetrieben haben.

Bernhard Eder erklärte, dass sich das Mobilfunkzentrum derzeit in der Aufbauphase befindet und sukzessive auf 10 Mitarbeiter ausgebaut werden soll, um alle Gemeinden in Bayern bei dem Thema Mobilfunk beraten zu können. Man wolle die weißen Flecken beseitigen.

Vorreiterrolle

Der Breitbandbeauftragte des Landkreises, Harald Hillebrand erläuterte eingangs, dass der Landkreis Regensburg seit Jahren eine Vorreiterrolle beim Thema Breitbandausbau einnehme und Gemeinden nicht nur finanziell, sondern auch personell unterstütze. Dies werde im Rahmen einer freiwilligen überörtlichen Aufgabe wahrgenommen.

Die aktuelle Investitionssumme aller Beteiligten in den Breitbandausbau im Landkreis betrage bisher insgesamt über 35 Mio. Euro. Der Landrätin sei daran gelegen, die Aktivitäten zu bündeln und die Bürgerinnen und Bürger mit einer angemessenen, leistungsfähigen und störungsfreien Technik zu versorgen.

Regelmäßige Infotreffen

Der Landkreis hat die Gemeinden bereits mit 1,5 Mio. Euro unterstützt und hält regelmäßige Arbeits- und Informationstreffen mit den Bürgermeistern und Breitbandpaten ab. Der Informationsaustausch zwischen Regierung, Amt für Digitalisierung, Breitbandzentrum, Landkreis und den beteiligten Kommunen laufe harmonisch und eng abgestimmt.

Unterversorgte Bereiche

Im Frühjahr dieses Jahres wurden das DigiNetz II-Gesetz und dessen Folgen sowie die Mobilfunkversorgung im Landkreis thematisiert. Mittlerweile liegt eine eigens überprüfte Versorgungskarte vor, die aufzeigt, dass die Bereiche Kallmünz und Regenstau, aber auch Schönach, Wörth, Brennbach, Bach oder einzelne Bereiche wie das Autobahnkreuz Regensburg, stark unterversorgt sind. Hier decken sich die eigenen Untersuchungen und Umfragen nicht mit der Mobilfunkversorgungskarte des Bayerischen Wirt-

schaftsministeriums, in der nur Bereiche angezeigt werden, die von keinem Mobilfunkversorger abgedeckt werden.

Um stärker auf neue Entwicklungen reagieren zu können, wurde eine Kooperation mit der Labs Network Industrie (LNI) vorangetrieben. 29 der 41 Gemeinden sind dieser Kooperation nun beigetreten. Die Gründung einer Gigabitgesellschaft steht auf dem Prüfstand. Man habe dem Finanzministerium auch bereits technische Möglichkeiten vorgeschlagen, gerne auch in Form eines Pilotprojektes für den Landkreis, angefangen in der Gemeinde Kallmünz oder Regenstau. Dies werde derzeit noch überprüft.

DigiNetz II Gesetz im Visier

Franz Herrler und Rene Meyer erläuterten die bisherigen Erfolge und Arbeitsfelder der LNI. Neben dem bundesweiten Modellprojekt im Rahmen von Digital, rüste man sich nun für die bevorstehenden Herausforderungen des DigiNetz II Gesetzes und für den Ausbau des Mobilfunknetzes. Josef Weigl zeigte kurz die Herausforderungen von Bayern-WLAN in den 280 Bussen in Zusammenhang mit den Förderrichtlinien auf der einen und den Mobilfunklöchern auf der anderen Seite auf.

Glasfaser für Schulen

Alfons Steimer steuerte von Anfang an seinen Wissensvorsprung im Bereich der Förderrichtlinien und beim Thema „Glasfaser für Schulen“ bei. Auch deshalb sei der Landkreis bereits mit dem Gymnasium Neutraubling, den Realschulen Neutraubling, Obertraubling und Regenstau sowie den Sonderpädagogischen Förderzentren Hemau, Neutraubling, Regenstau und dem Beruflichen Schulzentrum Regensburger Land im Ausschreibungsverfahren. Das Gymnasium Lappersdorf ist bereits mit einem Glasfaseranschluss versorgt.

Alle Beteiligten versicherten sich auch weiterhin eine enge Zusammenarbeit. Für die Mobilfunklöcher im Landkreis müssten zeitnah finanzierbare Lösungen gefunden werden, sobald die Zustimmung der EU-Kommission vorliege.

Wohnungsbaukonferenz:

Strategien für den Großraum München

Mehr als 300 Gäste sind der Einladung der Rosenheimer Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer, des Münchner Oberbürgermeisters Dieter Reiter und des stellvertretenden Rosenheimer Landrats Josef Huber in das Rosenheimer Kultur- und Kongress-Zentrum zur Regionalen Wohnungsbaukonferenz gefolgt. Dort erarbeiteten sie gemeinsame Strategien für die städtebaulichen und siedlungsstrukturellen Herausforderungen für den Großraum München – von der Schaffung bezahlbaren Wohnraums bis zum Umgang mit steigenden Pendlerströmen.

Bei der Abschlussrunde diskutierten Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer, der stellvertretende Landrat Josef Huber und Oberbürgermeister Dieter Reiter mit den Gastgeberinnen und Gastgebern der Stammtischrunden und des „Lounge Club“ die gemeinsamen Herausforderungen und Strategien in Stadt und Land. Vorhandene Kooperationen und Netzwerke sollen intensiviert und noch mehr konkrete gemeinsame Projekte umgesetzt werden.

Wachstum mit Qualität gestalten

Oberbürgermeister Dieter Reiter: „Unabhängig von der Größe der Kommunen stehen wir vor den gleichen Herausforderungen.“ Reiter kündigte daher an, besonders die Initiative „Zug nach Berlin“ zu unterstützen, damit die Kommunen auch vom Bund in die Lage versetzt werden, Wachstum mit Qualität zu gestalten. „Die gemeinsame Arbeit für eine auch in Zukunft lebenswerte Metropolregion geht auf jeden Fall weiter“, versprach Reiter und ergänzte: „Dabei stimmt mich zuversichtlich, dass es uns hier gelingt, über Parteigrenzen hinweg einen breiten Konsens zu finden.“

„Ich bin stolz, dass der Einladung nach Rosenheim so viele gefolgt sind“, sagte die Rosenheimer Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer. „Die auf den Weg gebrachten Projekte verdeutlichen: Kooperation über kommunale und

regionale Grenzen hinweg ist das Gebot der Stunde.“

Auch der stellvertretende Landrat Josef Huber lobte das gemeinsame Engagement: „Die Regionale Wohnungsbaukonferenz in Rosenheim hat erneut gezeigt, dass alle an einem Strang ziehen. Das aufgebaute gegenseitige Vertrauen, der fachliche Austausch und die Gespräche sind unbezahlbar.“

Bayerns Bau- und Verkehrsstaatssekretär Josef Zellmeier leitete die Konferenz mit seinem Vortrag „Wachstum als Chance“ ein und versprach: „Die umfangreiche Unterstützung des Freistaats Bayern in den Bereichen Wohnungsbau, Mobilität und Verkehr wird weiter ausgebaut.“

Eine Rückschau auf die vergangenen Konferenzen zeigte, dass bereits viele Initiativen und Projekte, wie die Kooperation der Landeshauptstadt München mit dem Landkreis Dachau zum Bau des neuen Landkreisgymnasiums in Karlsfeld sowie die Unterstützung der Gründung eines kommunalen Wohnungsbauunternehmens im Landkreis Ebersberg, auf den Weg gebracht wurden.

Fahrpläne für Projekte

Anschließend erarbeiteten Experten unter anderem in vier „Stammtischrunden“ mit dem Dachauer Landrat Stefan Löwl, dem Erdinger Oberbürgermeister Max Gotz, dem Neubiberger Bürgermeister Günther Heyland und

dem Oberhachinger Bürgermeister Stefan Schelle Fahrpläne für Projekte, die in den kommenden Jahren umgesetzt werden sollen:

- Zur fairen Gestaltung von Wachstum und Entwicklung sollen Werkzeuge, Pilotprojekte und innovative Formate angeboten werden.
- Beteiligungsprozesse werden weiter professionalisiert.
- Anknüpfend an die Aktion „Busse nach Berlin“ werden erneut die Herausforderungen der wachsenden Region München diesmal mit dem „Zug nach Berlin“ getragen, um die stärkere Unterstützung des Bundes vor allem bei der Infrastruktur einzufordern, eine Änderung des GVFG zu erreichen, sowie eine Beschleunigung bei Planungs- und Umsetzungsverfahren.
- Insgesamt sollen die verschiedenen Mobilitätsangebote weiter digitalisiert und stärker miteinander vernetzt werden.
- Es soll zudem weiter geprüft werden, inwieweit eine Internationale Bauausstellung mit regionalen Projekten und Ideen zu Lösungen beitragen kann.

Innovative Ansätze

Fachleute aus Wissenschaft, Politik und Verwaltung informierten im Fachforum „Regionale Zukunftsstrategien“ über erfolgreiche und innovative Ansätze interkommunaler Abstimmung und Zusammenarbeit. Den Möglichkeiten einer Internationalen Bauausstellung (IBA) für die Region München, der Vereinfachung des Vergaberechts für mehr Wohnungsbau sowie dem Stadt-Umland-Bereich Rosenheim (SUR) als interkommunale Austauschplattform widmeten sich die Vorträge von Julian Petrin von der Hamburger Agentur urbanista, Professorin Agnes Förster vom Münchner Studio | Stadt | Region, Freisinger Oberbürgermeister Tobias Eschenbacher, Florian Gleich vom Bayerischen Städtetag und Bürgermeister Peter Kloo von der Stadt Kolbermoor.

Zeitgleich diskutierten die Münchner Stadtbaurätin Professorin Dr. Elisabeth Merk und Michael Ehret von der Ehret + Klein Real Estate GmbH im „Lounge Club“ mit den Gästen über die drängenden Themen und Herausforderungen der Stadt- und Regionalentwicklung. Baukultur und Akzeptanz, Mobilität und Digitalisierung sowie Siedlungsentwicklung und Flächenverbrauch standen im Zentrum des Gesprächs.

Plus fünf Prozent:

Wohnungsbau in Bayern steigt weiter

Genehmigungen für 44.800 neue Wohnungen
Eigenheimzulage soll weiteren Aufwind bringen

Der Wohnungsbau in Bayern wächst weiter: Die Baugenehmigungsbehörden in Bayern haben in den ersten sieben Monaten des Jahres für 44.800 Wohnungen Baugenehmigungen erteilt oder Genehmigungsverfahren abgeschlossen. Das bedeutet eine Zunahme um fünf Prozent im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Bauministerin Ilse Aigner zeigte sich erfreut über die aktuellen Zahlen des Bayerischen Landesamts für Statistik: „Unsere Maßnahmen zeigen Erfolge. Mit der Bayerischen Eigenheimzulage von 10.000 Euro setzen wir nun noch eins drauf.“

Besonders erfreulich ist für die Bauministerin das Plus von 16,5 Prozent bei den Baugenehmigungen im Geschosswohnungsbau. Hier wurden knapp 21.700 Wohnungen in neuen Mehrfamilienhäusern zum Bau freigegeben. Lediglich bei den Einfamilienhäusern war ein leichter Rückgang um 0,6 Prozent zu verzeichnen. „Ich erwarte mir hier einen kräftigen Schub durch die Bayerische Eigenheimzulage, die wir am 1. September 2018 gestartet haben“, sagte Aigner.

Familien genauso wie Paare und Alleinstehende, die sich Wohneigentum zulegen, können seit 1. September eine Förderung bei der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt (BayernLabo) beantragen. Ganz gleich, ob sie Wohnungen oder Häuser kaufen oder bauen. Eine Förderung ist dann möglich, wenn für das entsprechende Objekt nach dem 30. Juni 2018 die baurechtliche Genehmigung erteilt beziehungsweise ein notarieller Kaufvertrag geschlossen worden ist. Nach dem Einzug kann der Antrag dann innerhalb von sechs Monaten bei der BayernLabo gestellt werden. Berechtigte erhalten vom Freistaat Bayern einmalig 10.000 Euro. Allein für 2018 hat der Freistaat Bayern 150 Millionen Euro vorgesehen.

LECH
REPORTER

LEW

#lieblingsorte



Mit der Kamera durch Bayerisch-Schwaben auf der Suche nach den besten Lieblingsorten. Jetzt die Orte, Menschen und Geschichten dazu erleben und anschauen.

Alle Videos auf www.lechreporter.de

Wohnungswirtschaft begrüßt geplante Grundgesetzänderung:

80.000 neue Sozialwohnungen nötig

„Wir brauchen jährlich 80.000 neue Sozialwohnungen in Deutschland. Das schaffen wir nur, wenn der Bund die Länder auch weiterhin finanziell beim sozialen Wohnungsbau unterstützt“, erklärte Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW, anlässlich der öffentlichen Anhörung im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages zur Änderung des Grundgesetzes. Der GdW war als einziger Interessenvertreter für die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft bei dieser Anhörung geladen.

Bisher unterstützt der Bund die Länder mit Geld, das diese für den sozialen Wohnungsbau nutzen können. Diese Kompensationszahlungen laufen aber Ende 2019 aus. Damit der Bund sich weiter am sozialen Wohnungsbau beteiligen kann, ist eine Änderung des Grundgesetzes notwendig.

Gesamtgesellschaftliche Aufgabe

„Diese Neuregelung könnte eine drohende wohnungspolitische Spaltung zwischen armen und reichen Ländern verhindern“, begrüßte Gedaschko die Pläne von Bundesfinanzminister Scholz, dem Bund weiter eine Finanzspritze für die Länder zu ermöglichen. „Denn aufgrund der Schuldenbremse wäre es den Ländern allein kaum möglich, genügend Mittel für den sozialen Wohnungsbau oder auch die notwendigen altersgerechten Sanierungen aufzubringen. Gleichzeitig erwartet die Wohnungswirtschaft aber von den Ländern, dass sie die Bundesmittel in gleicher Höhe gegenfinanzieren.“

Mit Blick auf die Kritik des Bundesrechnungshofes am Fortbestand der Beteiligung des Bundes an der Wohnraumförderung ent-

gegen Gedaschko: „Bezahlbarer Wohnraum in Deutschland ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die in der aktuellen Marktlage extrem wichtig ist. Wir alle setzen uns für gleichwertige Lebensverhältnisse ein. Es ist daher völlig richtig, dass sich der Bund hier weiter engagieren will. Bei der sozialen Wohnraumförderung kann durch Förderrichtlinien sichergestellt werden, dass das Geld von den Ländern zweckgebunden für den Bau von Sozialwohnungen eingesetzt werden muss. Dies ist mit der Regelung, bei der die Länder zur Erledigung verschiedener Aufgaben einen höheren Anteil am Umsatzsteueraufkommen erhalten, nicht gewährleistet.“

Wohnraumförderung als integrativer Teil der Sozialpolitik

„Die soziale Wohnraumförderung ist ein integrativer Teil der Sozialpolitik“, so Gedaschko. In der momentanen Phase des Wohnungsmangels in den Großstädten sei es dringend notwendig, dass Bund und Länder hier gemeinsam finanzielle Anstrengungen unternehmen, um mehr bezahlbare Wohnungen zu schaffen.



Neue Halle 3C:

Bühne für Innovationen und Zukunftstechnologie

Zweite Halle von Zaha Hadid auf dem Messegelände in Nürnberg fertiggestellt

Innerhalb von 18 Monaten Bauzeit wurde im Süden des Messezentrums Nürnberg die Halle 3C fertiggestellt. „Wieder eine echte Punktlandung, was Baukosten, Zeitplan und die definierte Qualität angeht“, freut sich Peter Ottmann, CEO der NürnbergMesse. Die Halle 3C stellt einschließlich Infrastrukturmaßnahmen und inklusive Steuern die bisher größte Einzelinvestition der NürnbergMesse mit rund 70 Millionen Euro dar. Bereits Anfang November zur Erfindermesse iENA wurde sie erstmals genutzt.

Bevor Aussteller und Fachbesucher in die Halle strömten, wurde das Gebäude Mitte Oktober kirchlich vom evangelischen Stadtdekan Dr. Jürgen Körnlein und dem Ortspfarrer von Nürnberg-Langwasser, Stephan Müller, gesegnet. „Der Bau der Halle 3C war ein Großprojekt, das über viele Monate hinweg unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie unzähligen Handwerkern, Ingenieuren und Architekten größtes Engagement und höchste Disziplin abverlangt hat. Es ist ihre Leistung, dass die Halle 3C planmäßig und im Rahmen des Budgets errichtet wurde. Ihnen gilt – auch im Namen meines Geschäftsführerkollegen Dr. Roland Fleck – unser herzlicher Dank“, so Ottmann.

Zehn Monate sind seit dem Richtfest für die neue Halle 3C bis zu ihrer Fertigstellung vergangen. Seitdem wurden u. a. das 10.200 Quadratmeter große Dach und die 3.000 Quadratme-

ter große Glas-Fassade vervollständigt sowie zwei Rolltreppen eingesetzt, die die Messegäste zu Gastronomie und Mietbüros in den 1. Stock befördern. „Während die letzten Handwerker noch zusammenpackten, bauten die ersten Aussteller der Erfindermesse iENA bereits auf. Das Interesse an der neuen Halle 3C von Ausstellern, Besuchern und Messeveranstaltern ist beachtlich und führte dazu, dass wir die Halle früher als geplant in Betrieb nahmen“, so Ottmann.

Messen und diverse Veranstaltungsformate

Die Halle 3C öffnet erneut ihre Pforten zur SPS IPC Drives vom 27. bis 29.11.2018. So wird die vom weltbekannten Architekturbüro Zaha Hadid Architects, London, entworfene Messehalle zum Auftakt zur Bühne für internationale Erfinder und ih-

re Innovationen sowie für zukunftsweisende Automatisierungstechnologien der Industrie 4.0. Als dritte Veranstaltung folgt im Januar die eltec (Elektro- und Energietechnik). Danach reihen sich nahezu durchgängig Messen und verschiedene Veranstaltungsformate in der Halle 3C aneinander – in den Jahren 2019/20 insgesamt 22.

Bevor der Messereigen begann, nutzte die NürnbergMesse wie schon vier Jahre zuvor bei der „Schwesterhalle“ 3A die kurze Verschnaufpause für die kirchliche Segnung des Neubaus. Als Vertreter der evangelischen und katholischen Kirche segneten die beiden Stadtdekanen Hubertus Förster und Dr. Jürgen Körnlein den Messeneubau in Anwesenheit von Vertretern verschiedener Religionsgemeinschaften sowie Gästen aus Wirtschaft, Politik und der Nachbarschaft.

In Time, in Budget – in Quality

Optisch wie technisch ist die zweite Messehalle von Zaha Hadid Architects das neue bauliche Highlight auf dem Nürnberger Messegelände. Wie bei ihrer „Schwesterhalle“ 3A wurde bei Planung, Bau und Betrieb großer Wert auf Nachhaltigkeit gelegt. Dies führte zur Auszeichnung der Halle 3A mit dem DGNB-Zertifikat (Deutsche Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen) in Platin, welches die Bauherren auch bei der Halle 3C anstreben. Aussteller und Besucher überzeugt die Halle 3A insbesondere durch Aufenthaltsqualität und Raumkonzept. Diese positiven Erfahrungswerte wurden bei der Konzeption auf die Halle 3C übertragen. □

Landkreis Schweinfurt:

Auszeichnung für nachhaltiges Innenentwicklungskonzept

Im Rahmen des 12. Netzwerk21Kongresses in Dessau wurden die Preisträger des Deutschen Lokalen Nachhaltigkeitspreises „Zeitzei(N)“ für ihre herausragenden Aktivitäten bei der Gestaltung eines zukunftsfähigen Gemeinwesens ausgezeichnet. In der Kategorie „Nachhaltige Gemeinde-, Stadt- und Regionalentwicklung“ erhielt das Landratsamt Schweinfurt den „Zeitzei(N)“-Preis 2018 für sein vorbildliches Innenentwicklungskonzept.

Das Konzept sieht eine Reihe von Maßnahmen vor, die Sanierung, Umbau und Nachverdichtung in den Ortskernen im Landkreis Schweinfurt als attraktive und flächensparende Alternativen zu Bauvorhaben in Neubaugebieten unterstützen sollen.

Neben einem Gestaltungspreis für besonders gelungene Sanierungs-, Umbau- und Neubauobjekte sind u. a. kostenfreie Beratungsangebote für Bauvorhaben in Ortskernen vorgesehen. Bürger und Kommunalpolitik sollen so für die Themen Baukultur und Flächenverbrauch sensibilisiert werden. Bauinteressierte können darüber hinaus eine Förderung für Entkernungs- und Abrissmaßnahmen in Ortskernen in Anspruch nehmen, um dort einen Neubau zu ermöglichen.

Ortskern als Alternative zum Neubaugebiet

Mit dem Innenentwicklungskonzept setzt sich der Landkreis Schweinfurt für lebendige Ortsmitte ein. Ziel des Innenentwicklungskonzepts ist es, den Ortskern als echte Alternative zum Neubaugebiet zu etablieren. Das Konzept setzt sich aus den vier Bausteinen Information und Sensibilisierung, Anerkennung (Gestaltungspreis), Erstbauberatung und Bauabfall zusammen. Eine umfassende Sensibilisierung zu den Themen Baukultur und Flächenverbrauch und die Arbeit mit guten Beispielen als „Mutmacher“ spielten eine große Rolle.

Mit dem Gestaltungspreis möchte der Landkreis zweierlei erreichen: Zum einen geht es um eine öffentliche Anerkennung des gezeigten Engagements der

Bauherren, zum anderen werden Möglichkeiten aufgezeigt, was auf Brachen und leerstehenden Flächen baulich realisierbar ist.

Das Erstbauberatungsangebot steht in allen Ortskernen des Landkreises Schweinfurt kostenlos zur Verfügung. Bauinteressierte können darüber hinaus eine Abriss- und Entsorgungsförderung für Entkernungs- und Abrissmaßnahmen im Ortskern in Anspruch nehmen.

Akzeptanz und Interesse

„Bei der Ausarbeitung war es uns vor allem wichtig, ein Konzept zu erstellen, das für unseren Landkreis Schweinfurt stimmig ist und somit auch auf Akzeptanz und Interesse bei unseren Bürgerinnen und Bürgern stößt. Es freut mich natürlich außerordentlich, dass wir nach nicht einmal einem Jahr Laufzeit nun sogar bundesweit Anerkennung für unser Konzept erhalten und somit als Vorbild für eine nachhaltige Regionalentwicklung gelten“, erklärt Landrat Florian Töpfer.

Nach den Worten von Dr. Torsten Mertins, Vertreter des Deutschen Landkreistags, hat der Landkreis Schweinfurt „die Zeichen der Zeit erkannt“. „Das Konzept des Landkreises zeigt vorbildlich, wie Kommunen Alternativen zum Neubau auf der grünen Wiese aktiv unterstützen können“, unterstrich Mertins in seiner Laudatio.

Nicht nur durch den Preis, sondern vor allem durch die Resonanz der Landkreisbewohner fühlten sich die beteiligten Akteure im eingeschlagenen Weg des Landkreises Schweinfurt zum Thema Innenentwicklung bestätigt. DK



An der Segnung nahmen teil von links: Bürgermeister Michael Büchler, Landtagsabgeordneter Klaus Holetschek, Baudirektor Christian Kreye vom Amt für Ländliche Entwicklung in Krumbach, Pfarrer Josef Nowak, Staatsminister a. D. Josef Miller, Ruhstandspfarrer Alois Ruf aus Pleß. Bild: Johannes Wiest

Gemeinde Niederrieden:

Einzigartige Umnutzung von Pfarrhof und Pfarrgarten

Wie man aus dem althergebrachten Pfarrhof mit dem Pfarrgarten einen Treffpunkt für Jung und Alt in vorbildlicher Weise machen kann, beweist die Gemeinde Niederrieden. Sie hat den ehemaligen denkmalgeschützten Pfarrhof von der Kirche übernommen und renoviert sowie einen Pfarrstadel als Veranstaltungsraum hinzugebaut. Die Kirche hat für sich durch die Bischöfliche Finanzkammer einige Räume einschließlich Paramenteraum und Pfarrbücherei behalten. Der renovierte Pfarrhof enthält Räume für Jugend und Vereine. Damit wurde der Pfarrhof wieder einer sinnvollen Verwendung zugeführt.

Als Investitionsbeitrag für die umfangreichen Renovierungsarbeiten am Pfarrhof wurde der Gemeinde der Pfarrgarten übertragen, der ursprünglich ein schlichter Park werden sollte. Damit gaben sich Bürgermeister Michael Büchler, der Gemeinderat und die Bürger nicht zufrieden. Sie wollten mit dem Pfarrgarten nahe der Kirche einen Ort der Begegnung für die gesamte Gemeinde, was

in hervorragender und beispielhafter Weise gelungen ist.

Vier Quartiere

Am Beginn der Überlegungen wurde eine Arbeitsgruppe „Pfarrgarten“ gegründet, die sich aus allen Bevölkerungsschichten zusammensetzte. Es erfolgte die Aufteilung des Gartens in vier Quartiere, wobei jeweils ein Quartier für einen Kin-

derspielplatz, ein anderes für Jugendliche, ein weiteres für die mittlere Altersschicht und ein viertes Quartier für die Senioren geplant werden sollte.

In der Zwischenzeit ist der Pfarrgarten fertig und mit einer feierlichen Segnung der Öffentlichkeit übergeben worden.

Begegnungsort in der neuen Dorfmitte

Staatsminister a. D. Josef Miller, Vorsitzender des „Sachausschuss Land“: „Mit dieser Anlage von Kirche und Gemeinde haben die Bürger in Niederrieden einen wichtigen Schritt aus der Vergangenheit in die Zukunft vollzogen. Bürgermeister Michael Büchler habe Beispielhaftes geleistet.“ Die neue Dorfmitte mit der Kirche und dem Park ist ein Vorbild für die Zusammenarbeit von Pfarrei und Kommune. Es bringt ein Stück Natur in die Ortsmitte und einen Begegnungsort von Jung und Alt, an dem sich Gemeindeglieder kennen und schätzen lernen und damit Verständnis für einander aufbringen können.

Wenn auch die Kosten mit rd. 400.000 Euro relativ hoch sind, wozu eine staatliche Förderung über das Amt für Ländliche Entwicklung in Krumbach in Höhe von 100.000 Euro im Rahmen der Dorferneuerung gewährt wurde, ist dies eine langfristige Investition. Damit wird ein freier Platz neben der Kirche von der Wohnbebauung freigehalten und für die Kinder und Enkel gesichert. Es ist ein Beispiel für Nachhaltigkeit, weil auch kommende Generationen davon noch einen Nutzen haben werden. □

wusst habe sich der Stadtrat für einen Bauherren-Preis entschieden. Wettbewerbe seien der richtige Weg für den öffentlichen Diskurs und zum Vergleich architektonischer Beiträge. Ausgezeichnet werden daher Bauherren und Architekten, deren Bauten ganz besonders städtebaulichen und architektonischen Ansprüchen genügen. Die Höhe der Investitionssumme spielt keine Rolle. In diesem Jahr waren Gebäude für den Wettbewerb angemeldet, die Büros, Sakralarchitektur, Praxen, ein Klinikgebäude, aber auch Wohnen beherbergen. Das Preisgericht bestand aus fünf Fach-, drei Sachpreisrichtern und drei Vorprüfern unter Vorsitz von Prof. Florian Nagler aus München. □

Antonio-Petrini-Preis vergeben

Wohngebäude in der Gartenstraße ist herausragendes Beispiel Würzburger Architektur

Preisträger des Antonio-Petrini-Preises 2018 der Stadt Würzburg ist das St. Bruno-Werk mit einem Wohngebäude in der Gartenstraße in der Sanderau, geplant von den Architekten Grellmann Kriebel Teichmann. Oberbürgermeister Christian Schuchardt überreichte gemeinsam mit Stadtbaurat Professor Christian Baumgart die Preise und Anerkennungen.

Dabei betonte der Oberbürgermeister, dass alle Teilnehmer „letztlich Gewinner sind und einen Beitrag leisten für eine lebendige und sich immer wieder hinterfragende Baukultur. Der Preis belohnt Ihren Anspruch: Es lohnt sich, qualitativ zu bauen.“ Auch wenn es nur einen Preisträger gebe, seien alle Teilnehmer anerkannt. Zudem dankte der Oberbürgermeister dem Baureferenten für die Auslösung des Preises: „Auf Ihre Initiative wurde der Antonio-Petrini-Preis vor 23 Jahren ins Leben gerufen. Es ist ein wichtiger Preis, denn er würdigt gute Architektur aus fachlichen Gesichtspunkten.“

Die Preisvergabe übernahmen Oberbürgermeister und Baureferent. Der Preisträger, die barrierefreie Wohnbebauung des St. Bruno-Werks in der Gartenstraße im Stadtteil Sanderau, biete Familien, Paaren und Alleinstehenden nicht nur einen gelungenen Wohnungsmix, sondern sei ein „herausragendes Beispiel der Überplanung eines bestehenden Wohnquartiers in innerstädtischer Lage“, zitierte Professor Christian Baumgart das Urteil des Preisgerichts. Durch die Ausrichtung der Wohnungen nach Süden konnte in Verbindung mit

einer Grundwassernutzung ein zukunftsgerichtetes, energetisches Konzept umgesetzt werden, heißt es im Urteil der Jury.

Auf der Nordseite entsteht ein ansprechender Garten für alle Bewohner mit offenen Rasenflächen und Sitzplätzen sowie einem Spielbereich für Kinder. „Eine hervorragend gelungene Lösung einer wichtigen und zugleich schwierigen Bauaufgabe: Denn Nachverdichtung im innerstädtischen Bereich für Wohnzwecke ist eine der zentralen Aufgaben für Stadtplaner, Architekten, Bauherren und Verwaltung“, würdigte Baumgart bei der Aushandigung des Preises.

Lebendige Baukultur

Besonders beachtenswert fand die Jury auch, dass „die beträchtliche Anzahl der hier geschaffenen Wohneinheiten trotz der Baumasse feingliedrig die umgegebene Gebäudestruktur berücksichtigt und interessante Blick- und Wegebeziehungen schafft.“

Den Sonderpreis „Bauen im Bestand“ erhielt das „Wohnhaus H“. Das Haus leistet einen „wichtigen Beitrag zu regional-typischem Bauen im Bestand“ und zeige sensiblen und res-

pektvollen Umgang mit der besonders erhaltenswerten Bausubstanz, so das Preisgericht. Das ehemalige Bauernhaus in Versbach wurde auf die konstruktiv notwendige Struktur zurückgebaut, neue Elemente eingesetzt, der Eingang neu definiert und mit einer Außentreppe zusätzlich Obergeschoss und Dachterrasse erschlossen.

Sonderpreis und Anerkennungen

Den Sonderpreis „Besondere Bauaufgabe“ erhielt die Trinitatis Ökumenische Wegkapelle auf dem Gelände der Landesgartenschau. Leicht und präzise definierte die Wegkapelle einen markanten Ort zwischen LGS-Gelände und künftigen Bürgerpark. Trotz geringer Größe sei sie eine beispielhafte Lösung einer besonderen Bauaufgabe, sowohl in städtebaulicher und architektonischer Hinsicht wie auch handwerklicher Präzision, heißt es.

Mit Anerkennungen wurden der Neubau der Praxisklinik am „Roten Bau“, das Studentenwohnheim „522 Apartunities“ und das Nahversorgungszentrum Hubland bedacht.

Auf Initiative des Stadtbaurats Professor Baumgart lobt die Stadt Würzburg seit 1996 alle zwei Jahre den Wettbewerb um den Antonio-Petrini-Preis aus, „als die Debatte um Bauen, um Alt oder Neu wieder einen Höhepunkt in dieser Stadt erreichte“, erklärte Baumgart. Be-

Licht, Luft und Sonne für die Seele der Patienten

Neues Zentrum für Allgemeinmedizin am Bezirksklinikum Mainkofen eingeweiht – Investition von 19,7 Millionen Euro

Licht und Luft sind wichtig, damit die Seele wieder gesund werden kann. Darauf hat der Bezirk Niederbayern ein großes Augenmerk beim Neubau der Allgemeinpsychiatrie gelegt. So sind lichtdurchflutete, komfortable Zweibettzimmer, sonnige Flure und große Pflegestützpunkte entstanden. Draußen und in den Innenhöfen soll es bald viel Grün geben. Davon konnten sich die Ehrengäste bei der Einweihung dieses neuen Meilensteins bei der Neustrukturierung des Bezirksklinikums Mainkofen selber ein Bild machen.

Krankenhausdirektor Gerhard Schneider, leitender Medizinaldirektor Dr. Thomas Rieder und stellvertretender Pflegedirektor Hans-Peter Hartl führten die vielen Ehrengäste, darunter zahlreiche Bezirksräte, Deggendorfs Bürgermeister Günther Pammer und den stellvertretenden Landrat von Deggendorf Roman Fischer, durch den Neubau und ernteten viel Begeisterung. Insgesamt investiert der Bezirk 19,7 Millionen Euro in diese Maßnahme. Entstanden sind vier Stationen, zwei offene und zwei geschlossene, mit insgesamt 80 Betten.

Drei Neubauten

Das Zentrum für Allgemeinpsychiatrie ist der erste neue Gebäudekomplex von insgesamt drei Neubauten im ersten Bauabschnitt der Neustrukturierung des Bezirksklinikums, machte Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich bei der Einweihung deutlich. Ende Januar 2019 werde schließlich noch das Zentrum für Abhängigkeitserkrankungen und die Krisenintervention in Betrieb gehen.

anderen Krankheitsfeldern seltener körperliche Beschwerden auf – der Patient könne sich bewegen, müsse nicht im Bett liegen bleiben, müsse sogar beschäftigt werden. „Der Mobilität dieser Patienten muss mit geeigneten Aufenthalts-, Therapie- und Freizeitangeboten entsprochen werden, und das haben wir erreicht“, begeisterte sich Schneider.

Maßgeschneiderte Angebote

Gemeinsame Mahlzeiten und soziale Kontakte zu anderen Patienten seien sehr wichtig und die aktive Freizeitgestaltung werde als bedeutsamer Teil der Therapie verstanden. All dem werde der Neubau gerecht: „Er bietet helle, freundlich eingerichtete Speise-, Aufenthalts- und Gemeinschaftsräume mit vielen verschiedenen Nutzungsmöglichkeiten sowie in der den Stationen zugeordneten Garten- und Freizeitbereichen. Daneben wurden Rückzugsmöglichkeiten in wohnlich eingerichteten Zweibettzimmern geschaffen, um dem Bedürfnis nach Privat-



Unser Bild zeigt von links: Alfred Schneid (Stellvertreter des Landrats), Kreisrat Walter Fuchsluger, Kreisrat Ludwig Klingler, Karin Leo (Schulleiterin), Michael Gump (Architekt), Johann Foag (Bauleiter), Landrat Leo Schrell, Dietmar Bulling (2. Bürgermeister Lauingen), MdL Georg Winter, Albert Kaiser (3. Bürgermeister Lauingen), Thomas Kraus (Landratsamt), Wolfgang Häußler (Fa. Krätz-Bau) und Bernd Stark (Ingenieurbüro Stark).

Bild: Stadler/Donau Zeitung

Donau-Realschule Lauingen:

Startschuss für Erweiterung und Umbau

Mit dem offiziellen Spatenstich ist der Startschuss für die Erweiterung und den Umbau der Donau-Realschule Lauingen (Donau) gefallen. „Neben der Ertüchtigung des Brandschutzes erhält insbesondere der naturwissenschaftliche Bereich der Schule eine zeitgemäße und zukunftsorientierte Ausstattung“, betonte Landrat Leo Schrell.

Das Konzept sieht vor, den bestehenden Baukörper mit einem Erweiterungsbau zu schließen. Städtebaulich wird sich das Realschulgebäude dadurch zu einem kompakten Baukörper abzurufen. Im Neubau soll künftig der gesamte naturwissenschaftliche Fachbereich untergebracht werden, wobei jeweils in L-Form die Fachräume Lehrsaal, Sammlung und Übung angeordnet sein werden. Im Untergeschoss wird die Physik untergebracht sein, im Erdgeschoss die Chemie und im 1. OG die Fachschaft Biologie.

Ertüchtigung des Brandschutzes

Der Kreisausschuss hatte sich bei seiner grundsätzlichen Entscheidung im November 2015 für diese Variante entschieden, weil dadurch auch wesentliche Anforderungen des Brandschutzes erfüllt werden können. So wird ein neues geschlossenes Treppenhaus gewonnen und mit einem sogenannten Ringschluss eine Wechselwirkung der Flucht- und Rettungswege zwischen dem ersten und zweiten Rettungsweg erzielt. Auch ist im Neubau der Einbau eines Lifts vorgesehen.

Die Gesamtkosten der Maßnahme belaufen sich auf rund 5,54 Mio. Euro. Zu den zuweilungsfähigen Kosten in Höhe von 2,592 Mio. Euro ist eine FAG-Förderung in Höhe von 61 % in Aussicht gestellt.

Innenhof als Mehrwert

Landrat Leo Schrell bezeichnete das der Maßnahme zugrunde liegende Konzept auch insofern als zukunftsweisend, weil durch den Anbau ein weiterer überdachter Innenhof entstehe, der sich der vorhandenen Raumstruktur der Schule anpassen und als Mehrwert von der Bildungseinrichtung genutzt werden könne.

Die Baumeisterarbeiten sollen nach dem Bauzeitenplan bis Februar 2019 abgeschlossen sein. Insgesamt wird mit einer Fertigstellung der Maßnahme bis Dezember 2019 gerechnet. Der Erweiterungsbau erfüllt auch hohe energetische Anfor-

Spatenstich für Berufsschule Vilshofen:

Lohnende Investition in die junge Generation

In Anwesenheit von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer wurde in Vilshofen der erste Spatenstich für den Neubau der Berufsschule vollzogen. Nach einem mühsamen Weg – die Stadt hatte Bedenken wegen des Standorts und der hohen Kosten in Höhe von errechneten 74,5 Millionen Euro – sprachen alle Gäste von einem guten, glücklichen Tag für Vilshofen und die Region.

Wie Schulleiterin Christa Jungwirth betonte, habe man den Tag herbeigesehnt. Die Bauzeit soll drei Jahre betragen. Im neuen Schulgebäude werden rund 1.000 Schüler unterrichtet. Auch Landrat Franz Meyer nannte den Spatenstich einen „historischen Tag der Freude, „denn mit dieser Investition in den Standort Vilshofen werden wir unserem Anspruch gerecht, jungen Menschen das beste Rüstzeug für ihren Start in ein selbstbestimmtes Leben zu geben“.

Stärkung des Standorts

Mit dem Neubau in Vilshofen werde der Standort gesichert und gestärkt. Tatsache sei: „Wer auf eine solide Berufsausbildung setzt, wählt den Erfolgsweg. Berufliche Bildung, akademische Ausbildung – das ist keine Frage der Rangfolge. Im Gegenteil: Viele persönliche Erfolgsgeschichten haben ihre Basis in einer guten Berufsausbildung. ‚Macher‘ werden immer gebraucht“, unterstrich Meyer.

Am Anfang der Kette des wirtschaftlichen Erfolgs steht aus seiner Sicht die Ausbildung junger Menschen. Ohne sie könn-

ten sich keine Betriebe entwickeln und keine Spitzenleistungen entstehen, die die Wirtschaft wettbewerbsfähig machen. „Wenn wir heute den ersten Spaten für den Berufsschulneubau in Vilshofen setzen, investieren wir also nur vorübergründig in Gebäude und Ausstattung. Eigentlich investieren wir in unsere junge Generation und damit unmittelbar in die Zukunft unserer Heimat“, so der Landkreischef.

Meyers Dank

Da eine Investition dieser Größenordnung starke Schultern benötige, dankte Meyer in besonderer Weise dem Kreistag des Landkreises Passau sowie dem Stadtrat der Stadt Passau mit Oberbürgermeister Jürgen Dupper. Meyer: „Mit den Entscheidungen in diesen Gremien wurde der Weg ebnet. Dies gilt auch für den Stadtrat von Vilshofen an der Donau mit Bürgermeister Florian Gams.“ Das positive Votum habe eine der größten Bauinvestitionen in der Geschichte von Vilshofen an der Donau ermöglicht, wie Meyer als Ehrenbürger seiner Heimatstadt stolz berichtete. **DK**



Schlüsselübergabe: Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich, Architekt Marc Eggert, leitender Medizinaldirektor Dr. Thomas Rieder und Krankenhausdirektor Gerhard Schneider (von links).

Bild: Bezirk Niederbayern / Melanie Bäumel-Schachtner

„Mit diesen drei Gebäuden werden der erste Bauabschnitt der Neustrukturierung abgeschlossen und rund 43 Millionen Euro verbaut sein“, stellte Heinrich in Aussicht und zeigte sich dankbar, dass der Bezirk in der Lage sei, diese „absolut notwendigen Maßnahmen“ durchzuführen.

Eine große Herausforderung sei der Denkmalschutz im Ensemble des über 100 Jahre alten Klinikums. „Das Ergebnis heute ist eine sehr gelungene Verbindung von historischen Gebäuden mit moderner Architektur der Neubauten, die ein optisch gegensätzliches, dadurch aber sehr reizvolles Arrangement bilden“, freute sich Heinrich. Nun gelte es, die neuen Räume mit Leben, sprich auch mit engagierten Fachkräften, zu füllen.

Dies unterstrich auch leitender Medizinaldirektor Dr. Thomas Rieder, der sich eine gute personelle Ausstattung des Klinikums wünschte und bat, auf Sparmaßnahmen zu verzichten. Auf den Neubau könne man stolz sein.

Das sieht auch Krankenhausdirektor Gerhard Schneider so. Eine Allgemeinpsychiatrie zu errichten, stelle besondere Anforderungen. Denn in der Allgemeinpsychiatrie treten anders als bei

sphäre ebenso zu entsprechen.“

Die ersten Planungen hätten vor rund sechs Jahren begonnen, zwei Jahre sei nun gebaut worden, blickte Architekt Marc Eggert zurück. Zu beachten sei gewesen, einen Baukörper zu schaffen, der zu der im Pavillon-Stil vor 107 Jahren erbauten früheren niederbayerischen Heil- und Pflegeanstalt, heute der größte Gesundheitsdienstleister Niederbayerns, passe. „Die zweigeschossige Bauweise harmoniert in ihrer Baukörperlänge mit der bereits vorhandenen Bebauung. Durch die fast quadratischen Grundrisse mit Innenhöfen und Gärten sind Rundläufe und vielfältige Orientierung zum Außenraum möglich“, unterstrich der Planer.

Eggert hatte einen großen Generalschlüssel mitgebracht, den er an Bezirkstagspräsident Dr. Heinrich, Krankenhausdirektor Gerhard Schneider und leitenden Medizinaldirektor Dr. Thomas Rieder überreichte. Anschließend baten der katholische Klinikseelsorger Slavko Radeljic-Jakic und der evangelische Pfarrer Klaus-Ulrich Bomhard um Gottes Segen für die Gebäude, besonders aber für die Patienten und Mitarbeiter. **mbs**



Sanierungsprojekt der Stadt Amberg: Denkmalgeschütztes kurfürstliches Wagenhaus

Sanieren Sie auch denkmalgeschützte Gebäude mit 0 % Zinsen!

Jetzt aktiv werden mit dem Energiekredit Kommunal Bayern.

Wir unterstützen Sie bei der Finanzierung der energetischen Sanierung von Gebäuden mit und ohne Denkmalschutz und dem energieeffizienten Neubau von Gebäuden der kommunalen und sozialen Infrastruktur. Und das zum Teil zinslos für die ersten zehn Jahre plus Tilgungszuschüssen (Stand 06.11.2018). Informieren Sie sich jetzt unter ► www.bayernlabo.de oder über unsere Hotline für Kommunen +49 89 2171-22004.

Das Förderinstitut der BayernLB



25 Jahre SDF Klosterlangheim:

Mehr Gerechtigkeit für ländliche Regionen

Rund 100 geladene Gäste, darunter die oberfränkische Regierungspräsidentin und neue SDF-Vorstandsvorsitzende Heidrun Piwernetz, Bezirkspräsident Dr. Günther Denzler sowie zahlreiche Bürgermeister und Behördenleiter wohnten der Jubiläumsveranstaltung zum 25-jährigen Bestehen der Schule der Dorf- und Flurentwicklung in Klosterlangheim bei. Wie Piwernetz betonte, habe die SDF in knapp 800 Seminaren rund 16.000 engagierte Bürger in ihrem Bestreben unterstützt, den eigenen Wohn- und Lebensraum zukunftsfähig zu gestalten.

Der Leitspruch der Schule „Kompetenz für engagierte Bürger“ sei heute so aktuell wie damals, erklärte die Regierungspräsidentin. Grundlage für den anhaltenden großen Erfolg der SDF sei deren Philosophie, die Bevölkerung mit ihren Ideen in den Mittelpunkt zu stellen. Hochmotiviert hätten sich die engagierten örtlichen Akteure mit Themen wie Innenentwicklung, Nahversorgung, Mobilität, Freizeit und Erholung, Energie und Arbeitsplätze lösungsorientiert auseinandergesetzt. Somit sei der Schulbetrieb an der SDF eine echte win-win-Situation für den ländlichen Raum und alle Fachverwaltungen. Von den dort erarbeiteten Projekten profitierten Handwerk und Gewerbe, Gemeinden, Landkreis und vor allem die Bevölkerung.

Von Beginn an ist Piwernetz zufolge die Geschichte der Schule der Dorf- und Flurentwicklung mit der Bayerischen Dorferneuerung und somit der Verwaltung für Ländliche Entwicklung verknüpft. Seit Mitte der 1980er Jahre stelle die Bürgerbeteiligung ein zentrales Element und zugleich einen wesentlichen Erfolgsfaktor auch des Bayerischen Dorferneuerungsprogramms dar. Als damaliger Leiter der Verwaltung für ländliche Entwicklung am Bayerischen Landwirtschaftsministerium habe Prof. Dr. Holger Magel einen entscheidenden Anteil daran, dass bereits ein Jahr nach Thierhaupten und Plankstetten auch Franken eine eigene Schule der Dorf- und Flurentwicklung erhielt.

Festredner Magel machte darauf aufmerksam, „dass es mit unserem Gerechtigkeitsverständnis nicht vereinbar ist, den ungebremsten Zugang in die Städte auf Kosten des flachen Landes achselzuckend hinzunehmen und sich damit zu beruhigen, dass das ein globaler unumkehrbarer Trend sei“. Viele Menschen verbänden mit Heimat nicht nur Arbeiten und Wohnen, sondern überragend unversehrte Landschaft und Natur – „und da ist in den letzten Jahren zu viel schiefgelaufen“, so der Präsident der Akademie Ländlicher Raum.

Aus seiner Sicht gilt es folgende Schwerpunkte zu setzen: 1. Wandel im Denken und aktive Werbung für und durch den ländlichen Raum; 2. Konsequente Schaffung und Förderung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum, initiiert und gesteuert durch eine starke Landesplanung und Landesentwicklung mit Aussagen, Programmen und Maßnahmen zur Verbesserung der gesamten ländlichen Infrastrukturen unter Beteiligung aller Ministerien; 3. Wiederentdeckung und Belebung der Aktiven Bürgergesellschaft unter dem Dach einer Neuen Verantwortungsgemeinschaft von Staat, Wirtschaft, Kommunen und Gesellschaft.

„Das Gebot heißt schlicht und einfach: für räumliche Gerechtigkeit in den vier Bereichen Chancen-, Verteilungs-, Verfahrens- und Generationengerechtigkeit sorgen“, hob Magel hervor und ergänzte: „Was wir kommunizieren müssen, ist: Der Ländliche Raum hat Anspruch auf diese Gerechtigkeit. Es sind keine Almosen oder huldvollen Geschenke, die er da bekommen soll. Das muss sich in allen Köpfen festsetzen - auch in den Köpfen der Wirtschaftsbesitzer, die viel mehr tun müssen für eine neue unternehmerische

Land-Offensive. Der Verweis auf schlechtere ländliche Infrastruktur darf nicht die Entschuldigung dafür sein, nicht hinauszugehen. Nein, er muss der Anlass sein, für eine bessere ländliche Infrastruktur mitzukämpfen!“

Notwendig seien auch hier transparente und abgewogene Standort- und bauliche Entscheidungsentscheidungen mit viel mehr Rücksicht auf Natur und Landschaft. Laut Magel darf es „keine Freibriefe und kommunalpolitischen Kniefälle“ geben. Zudem müsse stets eine intelligente partizipative Diskussion und Planung mit den Bürgern erfolgen, die mehr ist, als nur bloßer Protest oder uneingeschränktes Ja zu neuen Arbeitsplätzen, deren Qualität und Beständigkeit natürlich auch hinterfragt werden müssten. Gerade hier seien die SDL fachlich stark gefordert, unterstrich der Festredner. **DK**

Mehr Wohnungen für Bayern:

Wohnungsfrage lässt sich nur über Neubau lösen

Preisgünstiger Wohnraum ist in beinahe allen bayerischen Städten knapp. Deshalb war bezahlbares Wohnen eines der Schlüsselthemen im bayerischen Wahlkampf. „Die Ziele beim Wohnungsbau sind klar“, sagt VdW Bayern-Verbandsdirektor Hans Maier mit Blick auf die Koalitionsverhandlungen. Jetzt gelte es anzupacken. Der Verbandschef fordert stabile Rahmenbedingungen für bauwillige Investoren.

Seit 2012 ist die Bevölkerung des Freistaats um 500.000 Menschen gewachsen. Eine Entwicklung, die nicht von den Experten vorhergesehen wurde. Die Folge: steigende Mietpreise in den Städten und zu wenige bezahlbare Wohnungen. Die Staatsregierung hat auf diese Herausforderung reagiert und das Ziel von 500.000 neu errichteten Wohnungen bis 2025 ausgerufen. „Wenn wir diese Zahl erreichen wollen, muss der Wohnungsbau in allen Marktsegmenten zulegen“, erläutert Maier. Denn seit dem Jahr 2006 wurde die nötige Zahl von 70.000 Baufertigstellungen nicht mehr erreicht. „Für eine nennenswerte Steigerung des Wohnungsbau braucht die Branche starke Signale“, so der Verbandsdirektor.

Kontinuität bei der Wohnraumförderung

Im Bereich des geförderten Mietwohnungsbaus sei das vor allem eine gesicherte Mittelausstattung. „Im Wahljahr ist der Fördertopf mit rund 550 Mio. Euro an Landesmitteln für den Wohnungsneubau ziemlich gut gefüllt, doch dieses Niveau brauchen unsere Mitgliedsunternehmen auch in Zukunft“, fordert Maier.

Die Verbandsmitglieder sind besonders auf günstiges Bauland angewiesen. Nur dadurch können sie preisgünstige Wohnungen anbieten. „Grundstücke müssen den sozial orientierten Trägern von den Kommunen und dem Freistaat vergünstigt überlassen werden“, findet der Verbandsdirektor. Schließlich bekämen sie ja auch eine Gegenleistung in Form von preisgünstigem Wohnraum für die Daseinsvorsorge der Menschen in Bayern, die am freien Wohnungsmarkt Schwierigkeiten haben.

Derzeit ist die hohe Auslastung des Handwerks eine der größten Herausforderungen für die Branche. Aus Sicht des VdW Bayern liegt die Ursache für den Handwerkermarkt in den lange Zeit



V. l.: Wolfgang Gröll, Dorfladenexperte; Katrin Meier, Ladenleitung; Gerlinde Augustin, Geschäftsführerin der SDL Thierhaupten. **DK**

Treffen der bayerischen Dorfladenelite

Seminar im Dorfladen Kirchdorf (Landkreis Kelheim)

Weiterbilden lohnt sich! Vertreter von 13 Dorfläden aus ganz Bayern trafen sich kürzlich zum Seminar „Nachbarschaftsläden erfolgreich führen“ der Schule der Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten (SDL) in Kirchdorf.

„Wir wollen bestehende, gemeinschaftlich geführte Dorfläden unterstützen“, sagte die Geschäftsführerin der SDL, Gerlinde Augustin, denn diese lokalen Initiativen erfüllen viele Funktionen. Neben der Versorgung

mit Gütern des täglichen Bedarfs sind sie wichtige Kommunikationszentren für die Menschen im Dorf und Ausdruck einer intakten Dorfgemeinschaft. Die 13 teilnehmenden Dorfläden konnten ihre Umsätze gegenüber dem Vorjahr steigern, obwohl sie bereits von einem hohen Ausgangsniveau kommen, freut sich Dorfladenexperte Wolfgang Gröll. Infos gab es u.a. zur neuen DSGVO. Aktives Verkaufen und aktuelle Trends im Lebensmittelbereich rundeten das Seminar ab.

Erfolg im Dorfladen

Der Dorfladen in Kirchdorf präsentiert sich hervorragend! Im sogenannten Store-Check wurde der Gastgeberladen von den Seminarteilnehmern genau unter die Lupe genommen. Kategorien wie Obst-Auslage, Non-Food-Bereich, Sauberkeit, Beleuchtung, Freundlichkeit und Fachkompetenz des Personals, Barrierefreiheit und vieles mehr wurden von den 22 Dorfladen-Experten kritisch untersucht.

Das Ergebnis: Der Dorfladen Kirchdorf konnte voll und ganz überzeugen. Mit „power“ und „engagement“ wird der Laden geführt. Zudem verdient das Engagement der Gemeinde Kirchdorf für den Dorfladen besondere Würdigung. Von der SDL, dem Dorfladenberater Wolfgang Gröll und von den 22 Teilnehmer/innen wurde der Dorfladen Kirchdorf mit dem Prädikat „Hervorragend“ ausgezeichnet. Gefördert wurde der Neubau des Ladens übrigens vom Amt für Ländliche Entwicklung Niederbayern.

Das Auge kauft mit

Der größte Teil des Umsatzes wird mit dem Frischesortiment generiert, so der Tenor der Teilnehmer. Roswitha Boppeler, Allgäuer Käsesommelière, betont, dass durch eine ansprechende Gestaltung der Frischetheke deren Wertschöpfung weiter gesteigert werden könne. Der Trend geht hin zu einer erlebnisorientierten Anordnung der Frischware im Thekenbereich. Mit Trennelementen, Tablett oder „Etageren“ lässt sich die Ware optimal präsentieren. Der Kreativität sind hier keine Grenzen gesetzt, denn: „Das Auge kauft mit.“

Neben der exzellenten Warenpräsentation trägt das Verkaufsteam durch seine fachliche und menschliche Kompetenz entscheidend zum Erfolg bei. Auch aktives Verkaufen führt zum Erfolg, so Boppeler. Die Teilnehmer profitieren von Erfahrungsaustausch und dem Ideenreichtum. Sie gehen hoch motiviert und inspiriert wieder nach Hause. **DK**

Präsentation des Bayerischen Bauforums:

Neue Publikation „Perspektiven“

Wie kann sich die Bauwirtschaft zusammen mit der Öffentlichen Hand den Herausforderungen der Zukunft am besten stellen? Das Bauforum Bayern, bestehend aus Verwaltung, Kammern und Verbänden der bayerischen Bauwirtschaft, hat gemeinsam die Publikation „Perspektiven“ erstellt. Darin zeigen die Partner auf, wie die Bauwirtschaft im Zusammenwirken mit der Öffentlichen Hand am besten die Herausforderungen der Zukunft bewältigen kann. Das Bauforum Bayern dient auch als Plattform zum Austausch und Weiterdenken. Es soll Synergien schaffen und die Wirksamkeit gegenüber der Politik durch gemeinsames Auftreten der Baupartner erhöhen.

Dieses Kooperationsprodukt, die Publikation „GEMEINSAM. PLANEN UND BAUEN. FÜR BAYERN“ wurde im Bayerischen Bauindustrieverband vorgestellt. Thomas Schmid, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes, bedankte sich während der Pressekonferenz für die Partnerschaftlichkeit und die gute Zusammenarbeit, die die Veröffentlichung der Publikation erst möglich machten: „Nur durch den gemeinsamen und konstruktiven Austausch Kapitel für Kapitel konnten wir eine Position erarbeiten und eine Wertschöpfungskette für die Bauindustrie herstellen. Dafür möchte ich mich bei allen Beteiligten herzlich bedanken.“

Auch Bayerns Baustaatssekretär Josef Zellmeier war sich si-

cher: „Am besten gelingt Bauen im gegenseitigen Vertrauen, im partnerschaftlichen Miteinander. Wir werden hier weiter investieren, damit Bayern auch künftig Top-Positionen in Deutschland einnimmt. Daher werden wir alles daransetzen, die in den ‚Perspektiven‘ gesteckte Investitionsquote von 15 Prozent für den Freistaat zu erreichen.“

Nach der Rede von Josef Zellmeier und Thomas Schmid stellten die an der gemeinsamen Publikation beteiligten Partner, die Architektenkammer, der Bayerische Bauindustrieverband, der Verband der Beraten Ingenieure Bayern, die Bayerische Ingenieurkammer und der Landesverband Bayerischer Bauinnungen kurz die von ihnen verantworteten Kapitel der Publikation vor. **DK**

Landkreis Günzburg:

870.000 Euro für städtebaulichen Denkmalschutz

870.000 Euro für denkmalschutzgerechte Innenstadtsanierung im Landkreis Günzburg: Die Bund-Länder-Städtebauförderung stellt für Denkmalschutzmaßnahmen in Ziemetshausen 570.000 Euro und in Leipheim 300.000 Euro zur Verfügung. Landtagsabgeordneter Alfred Sauter hatte sich im Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr für Leipheim und Ziemetshausen stark gemacht.

Jetzt bestätigte Staatssekretär Josef Zellmeier, dass die beiden Gemeinden die Förderungen in ansehnlicher Höhe erhalten werden. „Unser Landkreis Günzburg ist reich an außergewöhnlich stattlichen und historisch wertvollen Ortskernen“, sagt Sauter. „Die Städtebauförderung unterstützt die Gemeinden im Erhalt der Baudenkmäler und wertet gleichzeitig die Innenstädte auf.“

570.000 Euro für Ziemetshausens Marktplatz

Seit August 2018 wird in Ziemetshausen eine neue Ortsmitte gestaltet. Der neue Marktplatz bindet die denkmalgeschützten Gebäude des Altstadt-Ensembles, wie beispielsweise die Kirche, die Taferne und das Gasthaus in das Konzept ein. Zusätzlich entstehen Parkgelegenheiten sowie ein barrierefreier Zugang zur Ortsmitte. „Obwohl der bauliche Untergrund zunächst als instabil galt, kommt die Baumaßnahme sehr gut voran“, erklärt Ziemetshausens Bürgermeister Anton Birle. Als nächster Schritt werden Granitsteine geliefert und verlegt. Anfang 2019 werden die Detailarbeiten an der neuen Stadtmitte Ziemetshausens voraussichtlich abgeschlossen sein. „Der neue Marktplatz wird ein Treffpunkt für alle Generationen“, sagt Sauter. „Das erhöht die Attraktivität Ziemetshausens und steigert die Lebensqualität vor Ort weiter“, so CSU-Ortsvorsitzender Manfred Krautkrämer.

300.000 Euro für Altstadt kern in Leipheim

Auch der historische Stadtkern Leipheims wird erneut gefördert. „Die Stadtmauer aus dem 14. Jahrhundert ist in Leipheim zu 80 % erhalten“, sagt Sauter. Seit 2014 wertet die Stadt ihren his-

torischen Stadtkern auf. Im Umfeld der Stadtmauer ist in den vergangenen Jahren der Steg sowie der Stadtgraben neugestaltet worden. Mit den neuen Fördergeldern wird das Umgestalten des alten Friedhofs in eine Parkanlage vorangebracht. Die Sanierung der alten Friedhofsmauer ist bereits an der Süd- und Ostseite abgeschlossen. Mit den Fördermitteln wird nun 2019 der Teilbereich im Westen und Norden in Angriff genommen. „Wir freuen uns über die Unterstützung der Städtebauförderung“, sagt Leipheims Bürgermeister Christian Konrad. „Damit kommen wir wieder ein gutes Stück voran.“

Für lebendige Orte

Das Bund-Länder-Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ unterstützt seit 1991 Maßnahmen, um historische Ortskerne zu erhalten. Seit Programmbeginn wurden in 551 Städten bundesweit Straßenzüge, Plätze, historische Stadtkerne oder Stadtquartiere aufgewertet. Ziel des Programms ist es, die historischen Stadtkerne zu lebendigen Orten zu entwickeln, die für Wohnen, Arbeit, Kultur und Freizeit gleichermaßen attraktiv sind und sowohl Einwohner als auch Besucher anziehen.

Attraktiv für Touristen

Auch als Wirtschafts- und Standortfaktor stellen baukulturell wertvolle Stadtkerne ein großes Potenzial dar: Aufgrund ihres historisch gewachsenen Ortskerns und ihres individuellen Erscheinungsbildes sind sie attraktiv für Touristen und werden von Unternehmen bei der Standortwahl bevorzugt. Darüber hinaus stärken Sanierungsmaßnahmen die örtliche mittelständische Wirtschaft, insbesondere das Handwerk. **DK**

Ortskerne dürfen nicht veröden

Erstes Projekt „Innenentwicklung“ in Dittenheim

Das Szenario ist bekannt: Die Kinder gehen zur Ausbildung in die Stadt, zurück bleiben die älteren Menschen. Sie bewohnen, teils alleinstehend, ihre ehemaligen landwirtschaftlich genutzten Anwesen, deren Unterhalt ihnen aber mehr und mehr Probleme bereitet. Die Kinder sind längst weggezogen. Von ihnen ist nicht viel Hilfe zu erwarten. Die Folge ist, dass immer mehr Gebäude in den Dorfkernen verfallen. Klar, dass auch ihr Wert mit der Zeit gegen Null geht.

Andererseits ist der Wohnraum in den Städten knapp und für junge Familien oft unerschwinglich. Deshalb weichen sie in die Dörfer an den Stadtrandgebieten aus. Das Bauen in den Siedlungsgebieten bewirkt jedoch einen hohen Verbrauch an wertvollen Flächen.

Neue Wohnnutzung

Was tun? Das Amt für Ländliche Entwicklung in Mittelfranken macht jetzt den Gemeinden ein Angebot, das helfen soll, die leerstehenden landwirtschaftlichen Anwesen einer neuen Wohnnutzung zuzuführen. Als erste Gemeinde im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen ist Dittenheim auf diesen Zug aufgesprungen. Sie hat für ein 1,4 Hektar großes Areal in der Alemannenstraße ein Konzept für ein kleines Dorferneuerungsverfahren entworfen.

Von einer Grundstücksbesitzerin hat sie einen alten Bauernhof erworben. Die alten Gebäude wurden abgebrochen, jetzt können dort drei Wohnhäuser errichtet werden, außerdem haben sich benachbarte Grundeigner zusammengetan und mit der Gemeinde auf der Basis der Freiwilligkeit ei-

nen Flächentausch vorgenommen, so dass auf dem Gelände nunmehr sogar vier Häuser erbaut werden können.

Von der Neukonzeption profitieren alle: die Grundeigner, die Bauwerber und die Gemeinde. Auf der Grundlage des Innenentwicklungskonzepts ist der Abbruch der Gebäude zu 65 Prozent vom AfLE gefördert worden. Alexander Zwicker, der Abteilungsleiter für Land- und Dorfentwicklung, spricht von einem gesamtökonomischen Gewinn und einer echten win-win-Situation. Er verkennt nicht, dass es schwierig ist, die Grundeigentümer für neue Konzepte zu gewinnen. Und Baurat Ernst Dießl ergänzt: „Das Dittenheimer Projekt wird auf die Umgebung ausstrahlen. Die Identität des Dorfes wird gewahrt und die Flächen am Ortsrand werden gespart.“

Dittenheims Bürgermeister Günther Ströbel ist glücklich, dass seine Gemeinde die erste im Landkreis ist, die vom Angebot des Amts für Ländliche Entwicklung profitiert. Den Bauherren aber muss er Wasser in den Wein gießen, denn: „Billiger ist das Bauen im Dorf nicht, eher noch etwas teurer als auf der grünen Wiese.“ **wefa**



Ernst Dießl und Alexander Zwicker (rechts) vom Amt für Ländliche Entwicklung in Ansbach stellen zusammen mit Bürgermeister Günther Ströbel das Projekt in der Dittenheimer Alemannenstraße vor. Bild: FR Presse

Mehr Wohnraum für München

Schnelles und nachhaltiges Bauen, Aufstocken und Sanieren mit Holz

Im Rahmen der Expo Real 2019 trafen sich Experten der Holzbau-Branche zur Auftaktveranstaltung des Netzwerks Holzbau München. Organisator Andreas Lerge, Geschäftsführer Wood Real Estate, eröffnete den Abend und begrüßte seine Gäste mit den Themen Digitalisierung und Professionalisierung im Holzbau.

Aktuell finden sich größere Holzbauprojekte in deutschen Städten noch unterrepräsentiert, aber der generelle Bedarf an Wohnraum in München steigt bis 2025 um ca. 250.000 Wohnungen. Grund genug, durch serielle Bauweise und industrielle Vorfertigung den urbanen Holzbau zum Standard zu machen. Die Vorteile liegen auf der Hand: Durch das Systembauern sinken die Baukosten, für die Montage von vorgefertigten Modulen braucht man nur wenige Fachkräfte vor Ort, die Bauzeit und die Lärm- sowie Verkehrsbelastung verringern sich.

Holz ist so stabil, dass man damit Hochhäuser bauen kann und gleichzeitig konkurrenzlos leicht, dass man Bestandsbauten damit aufstocken kann. Ein weiterer Beitrag zum aktiven Klimaschutz ist das Sanieren und Modernisieren mit dem mehr als ausrei-

chend nachwachsenden Rohstoff Holz. In Summe können damit allein in Bayern 18 Mio. Tonnen CO₂ gebunden werden.

Ökologische Mustersiedlung

Alexander Gump, Kuratoriumsvorsitzender von proHolz Bayern, hält es für zwingend erforderlich, dass eine Lebenszyklusbetrachtung und die Einhaltung von Grenzemissionen verpflichtender Bestandteil von Bauprojekten sind. Aktuell entsteht in München eine ökologische Mustersiedlung: der Prinz Eugen Park. Ein vorbildlicher urbaner Holzbau, der viel Wohnraum für viele Generationen schafft. „Wir setzen uns für eine nachhaltige Forst- und Holzwirtschaft in Bayern ein, um mehr Holzbauprojekte zu realisieren, damit wir bis 2030 München eine ‚Holzbaustadt‘ nennen können.“ □



Vorstellung des Methodenpakets welterbe.elementar. V.l.: Patricia Alberth, Zentrum Welterbe Bamberg, Uta Löhner, Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, Hannah Röhlen, Zentrum Welterbe Bamberg. Bild: Stadt Bamberg / Nadine Handwerker

Welterbe hält Einzug ins Klassenzimmer

Zentrum Welterbe Bamberg und Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit veröffentlichen erste bayernweite Unterrichtssammlung zum UNESCO-Welterbe

Von der Altstadt von Bamberg über das Markgräfliche Opernhaus Bayreuth bis hin zum Obergermanisch-Raetischen Limes – sieben Orte zählen im Freistaat Bayern zum UNESCO-Welterbe. Geeignete Unterrichtsmaterialien zur Vermittlung des kulturellen Erbes gibt es bisher allerdings nur wenige. Gemeinsam mit der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit rückt das Zentrum Welterbe Bamberg deshalb das Erbe der Menschheit in den Mittelpunkt des Schulunterrichts und veröffentlicht die erste bayernweite Sammlung von Unterrichtsmaterialien mit dem Titel „welterbe.elementar“.

„Welterbe ist schön, alt und gleichzeitig staubtrocken – diese Vorurteile sind tief in den Köpfen junger Menschen verankert“, erläutert Hannah Röhlen, zuständige Mitarbeiterin für die Welterbebildung des Zentrums Welterbe Bamberg. „Gerade für junge Menschen kann das Welterbe lehrreich, spannend, ja sogar unterhaltsam sein!“ Was genau der Lernort Welterbe für Schülerinnen und Schüler bereithält, zeigt ab sofort das Methodenpaket welterbe.elementar.

In dreizehn individuell kombinierbaren Modulen sowie einem umfangreichen Angebot an Arbeitsblättern, Beispieltextrn und Internetlinks bietet das Methodenpaket vielfältige Impulse für die fächerübergreifende Unterrichtsgestaltung rund um Bayerns materielles und immaterielles Kulturerbe. Jedes Modul setzt dabei einen bestimmten thematischen Schwerpunkt wie zum Beispiel die Aufnahmekriterien der UNESCO-Welterbeliste, den Denkmalschutz oder den Welterbetourismus und erläutert das Thema anhand einer ausgewählten bayerischen Welterbestätte, eines Eintrages aus dem Verzeichnis des Weltkulturerbes oder aus der Liste des immateriellen Kulturerbes.

Wichtige Kernkompetenzen

„Mit unserem Methodenpaket möchten wir Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler für das kulturelle Erbe, das sie tagtäglich umgibt, sensibilisieren, ihnen ihre Verantwortung bewusst machen und sie dazu ermutigen, sich aktiv in die öffentliche Debatte einzubringen“, so Patricia Alberth, Leiterin des Zentrums Welterbe. „Gerade in Zeiten der Globalisierung und der internationalen Vernetzung sind dies wichtige Kernkompetenzen, die es jungen Menschen erleichtern den Herausforderungen unserer Zeit zu begegnen und die Zukunft umsichtig zu gestalten.“

Auch Dr. Christian Lange, zweiter Bürgermeister und zuständiger Welterbereferent der Stadt Bamberg lobt das Projekt: „Dank der guten Zusammenarbeit mit regionalen und überregionalen Partnern ist mit dem Methodenpaket ein klug durchdachtes Vermittlungskonzept gelungen, das weit über unsere Stadtgrenze hinaus Verwen-

dung finden wird.“ Uta Löhner, Studiendirektorin der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit unterstreicht dies: „Das Methodenpaket bietet nicht nur inhaltliche Einblicke in das Thema, sondern vertieft auch die historische und gesellschaftspolitische Bedeutung des Welterbes in Bayern.“ □

LBS-Verbraucher-Service:

Wo Modernisierung sinnvoll ist

Etwa zwei Drittel der Wohngebäude in Bayern sind älter als 30 Jahre. Viele sind bislang nicht umfassend modernisiert worden und offenbaren Schwachpunkte – insbesondere bei der energetischen Ausstattung. Gerade dann kann sich eine umfassende Modernisierung aber besonders lohnen, weil sie nicht nur den Wohnkomfort erhöht, sondern auch Energiekosten spart. Zudem unterstützt der Staat energetische Modernisierungen mit verbilligten Krediten und Zuschüssen. Die LBS Bayern gibt einen Überblick über einige typische Problemstellen in unterschiedlichen Hausgenerationen:

1970er Jahre

In der Zeit des Baubooms der 60er und 70er-Jahre wurde vor allem Beton als Baustoff immer bedeutender. Wohngebäude, die heute etwa 40 Jahre alt sind, wurden aber meist mit einem sehr geringen Wärmeschutz an Dach und Außenwänden errichtet. Auch ungedämmte Fensterrahmen aus Metall waren damals üblich und können zu Problemen mit Kondenswasser führen. Die Verglasung entspricht ebenfalls nicht dem heutigen Standard. Daneben sind Wärmebrücken zum Beispiel an Balkonen möglich. Auch die Heizanlage ist bei weitem nicht so effizient wie ein aktuelles Produkt.

1960er Jahre

Typisch für Wohngebäude aus dieser Zeit sind eine unzureichende Dachdämmung und ein mangelhafter Wärmeschutz an den Außenwänden. Fenster und Außentüren verfügen in der Regel auch nicht über ausreichenden Schallschutz. Dieses Problem gilt auch oft für die Innenwände. Kessel und Brenner der Heizanlage sind ebenso veraltet wie Warmwasserbereiter. Die Sanitärins-

tallation bedarf der Prüfung und häufig auch einer Reparatur.

1950er Jahre

Die unmittelbare Nachkriegszeit stand im Zeichen des schnellen Wiederaufbaus. Jeder gefundene Baustoff wurde eingesetzt, zum Beispiel Ziegelsplitt, der mit einfachem Beton zu Ziegelsplittbeton für den Wandbau verwendet wurde. Schall- und Wärmeschutz spielten keine Rolle, ebenso wenig wie gute Kelleraußenwandabdichtungen oder komfortable Heizungs- oder Sanitäransstattungen. Häufig ist die Dachdeckung reparaturbedürftig. Holzteile können von Schädlingen befallen sein. Sowohl innen als auch außen zeigen sich Schwachstellen am Putz. Auch die Elektroinstallation ist veraltet. Leitungen, Schalter und Sicherungen sind austauschbedürftig. Abwasser-Grundleitungen können über die Jahre verstopft worden sein.

Wer eine Modernisierung plant, sollte umfassende Arbeiten statt Einzelmaßnahmen planen, rät die LBS. Dies führt dazu, dass die Vorhaben aufeinander abgestimmt sind und ein möglichst guter energetischer Status erreicht wird. □

Jetzt kostenlos informieren:
0800 0 372 372

Gemeinsam stark.
Kommunale Partnerschaften.

Als kommunal geprägtes Unternehmen unterstützen wir seit mehr als 50 Jahren zahlreiche Städte, Gemeinden und Landkreise in ganz Südbayern. Mehr über unsere zukunftsweisenden Energielösungen erfahren Sie online oder unter 089 68003-0.

ESB
ENERGIE SÜDBAYERN

www.esb.de/kommunen

Launch der Website und Social-Media-Kanäle zur Kampagne:

„Grüne Städte für ein nachhaltiges Europa“

Mit www.thegreencity.eu entsteht eine EU-weite Plattform für Fachleute zum Wissensaustausch über den Nutzen von Stadtgrün und die Möglichkeiten, die negativen Auswirkungen des Klimawandels zu begrenzen. Social-Media-Kanäle auf Facebook und Twitter sind online.

Urbanisierung und Klimaveränderungen erfordern heute neue Lösungen, um die Lebensqualität in unseren Städten zu erhalten und langfristig weiter zu verbessern. Öffentliche Grünanlagen wirken sich dabei positiv auf die Biodiversität, das Klima, die Luftqualität und die Gesundheit aus. Sie sorgen dafür, dass es sich in den Städten besser leben und arbeiten lässt.

Die Website www.thegreencity.eu stellt eine Plattform dar, die das Thema Stadtbegrünung fördern möchte, indem sie innovative Ideen und Informationen auf Grundlage wissenschaftlicher Arbeit und technischer Expertise bereitstellt. Die deutsche Kampagne ist unter www.thegreencity.eu/de erreichbar. „Grüne Städte für ein nachhaltiges Europa“ ist außerdem auf Facebook unter fb.me/TheGreenCityDE und ganz neu auch auf Twitter unter twitter.com/TheGreenCityDE erreichbar. Zu den Hauptthemen der Kampagne gehören Gesundheit, Klima, Wirtschaft, Biodiversität und sozialer Zusammenhalt.

Europäische Unterstützung

Die Website www.thegreencity.eu ist als gesamteuropäische Dachseite konzipiert, über die die Green-City-Kampagnen der einzelnen Teilnehmerlän-

der angesteuert werden können. Die Initiative „Grüne Städte für ein nachhaltiges Europa“ möchte einen Beitrag dazu leisten, das Thema „Stadtgrün“ in ganz Europa weiter voranzubringen. Sie wird von der CHAFEA (Consumers, Health, Agriculture and Food Agency) der Europäischen Kommissi-

on gefördert. Ziel der Kampagne ist es, Fachleute für eine grüne Stadtentwicklung zu begeistern und sie miteinander zu vernetzen. In den nächsten Jahren sind zahlreiche Veranstaltungen wie Fachseminare, aber auch Presse- und Social-Media-Aktivitäten geplant. Der Fokus liegt hierbei auf Entscheidern aus Politik und Wirtschaft, Stadtplanern, (Landschafts-)Architekten, Garten- und Landschaftsbauern und Vertretern von Bildungseinrichtungen wie Hochschulleh-

90.000 Pflanzen für ein blühendes Ergolding

Bürgermeister Andreas Strauß gibt Startschuss für Begrünung der Lindenstraße

Die Neugestaltung der Lindenstraße in Ergolding geht in die letzte Runde. Nachdem nun auch die Umgestaltung des Rathausvorplatzes nahezu abgeschlossen ist, beginnen jetzt die Arbeiten an den Grünanlagen vom Rathaus bis zur Kirche St. Peter. Bürgermeister Andreas Strauß nahm selbst den Spaten in die Hand um offiziell mit der umfangreichen Bepflanzung zu beginnen.

Ab dem kommenden Frühjahr soll Ergolding entlang der Lindenstraße abwechslungsreich und dauerhaft blühen. Dafür entwickelte das Landschaftsarchitekturbüro Büttner + Klaus gemeinsam mit der Marktgemeinde ein umfassendes Grünflächenkonzept. Jede öffentliche Grünanlage und jeder brach liegende Straßenrandstreifen wurde begutachtet und bewertet, um die passende Bepflanzung auszuwählen.

„Das Ergebnis werden attraktive und artenreiche Grünanlagen sein, die ganzjährig bunt, leicht zu pflegen und wertvoller Lebensraum für Bienen und andere Insekten sind“, erklärte Sonja Klaus. Entlang der Straße werden sich Staudenflächen und vielfältige Beete abwechseln. Auf den Rasenflächen des Lindenangers sollen im Frühjahr stellenweise bunte Blumen blühen – ebenso am Rathausvorplatz. Im Bereich des Senioren-

ern und Studierenden sowie Gesundheitseinrichtungen. Die Website fungiert als zentraler Anlaufpunkt für alle Aktivitäten.

Initiative

„Grüne Städte für ein nachhaltiges Europa“ wurde vom europäischen Baumschulverband ENA (European Nurserystock Association) zusammen mit europäischen Baumschulorganisationen und -verbänden initiiert. In Deutschland wird die Kampagne vom Bund deutscher Baumschulen (BdB) e.V. durchgeführt. Der BdB repräsentiert Deutschland als eines von sieben Teilnehmerländern neben Belgien, Bulgarien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden.



Landrat Thomas Karmasin übergibt den symbolischen Schlüssel an Kreisbrandrat Hubert Stefan und Kreisbrandmeister Josef Strobl (erster von rechts) im Kreise der Freiwilligen Feuerwehr Fürstenfeldbruck.

Bild: LRA FFB

Übergabe des Gerätewagens Atemschutz / Strahlenschutz

Im Rahmen des Aktionstages der Freiwilligen Feuerwehr Fürstenfeldbruck übergab Landrat Thomas Karmasin offiziell den neu beschafften Gerätewagen Atemschutz-/Strahlenschutz an Kreisbrandrat Hubert Stefan, Kreisbrandmeister Josef Strobl und die Freiwillige Feuerwehr Fürstenfeldbruck. Das Fahrzeug ersetzt ein 23 Jahre altes Vorgängerfahrzeug.

Zur Beladung des Gerätewagens Atemschutz/Strahlenschutz zählen neben den Atemschutzgeräten u. a. auch eine Ausstattung zur Überwachung der Atemschutzgeräteträger sowie diverse Schutzkleidung für Gefahrgut- und Strahlenschutz-einsätze.

Das Fahrzeug wird insbesondere bei länger andauernden Bränden eingesetzt, um den Nachschub an Atemschutzgeräten sicherzustellen und die Einsatzbereitschaft der örtlichen Feuerwehren nach Ende des Einsatzes direkt wiederherzustellen.

Die Mannschaft für das Fahrzeug stellt das Team der Zentralen Atemschutzwerkstatt, die bei der Freiwilligen Feuerwehr Fürstenfeldbruck angesiedelt ist. Dort werden Atemschutzge-

räte und Chemikalienschutzanzüge gereinigt, gewartet und geprüft. Außerdem werden Pressluftflaschen gefüllt, sowie andere wichtige Wartungsarbeiten durchgeführt, die für einen sicheren Atemschutzeinsatz notwendig sind. Dies gilt nicht nur für das Material des neuen Gerätewagens, sondern auch für viele andere Feuerwehren aus dem Landkreis, die ihre Geräte zur Reinigung, Wartung und Prüfung nach Fürstenfeldbruck bringen können.

Landrat Karmasin lobte bei der Schlüsselübergabe die langjährige zuverlässige und professionelle Arbeit des Teams der Atemschutzwerkstatt und dankte allen Beteiligten für ihr Engagement bei der Planung und Umsetzung der Beschaffung des neuen Fahrzeugs.



Freuen sich auf die Farbpracht am Rathausvorplatz und entlang der Lindenstraße (v.r.): Bürgermeister Andreas Strauß sowie Sonja Klaus und Gabriele Salzberger vom Landschaftsarchitekturbüro Büttner + Klaus.

heims und des Kriegerdenkmals sind zudem abwechslungsreiche Rosenbepflanzungen geplant.

Investition in Sicherheit, Ökologie und Attraktivität

„Wir investieren mit dem Großprojekt Lindenstraße nicht nur in mehr Verkehrssicherheit und weniger Lärmbelastung, sondern auch in eine optisch attraktivere Verkehrsachse und in die Ökologie“, sagte Bürgermeister Strauß. „Dafür werden insgesamt rund 70.000 Blumenzwiebeln und 20.000 Stauden gepflanzt. Die Flächen werden ein bis zwei Jahre brauchen, um sich vollständig zu entwickeln, aber wir freuen uns jetzt schon auf die natürliche Farb- und Blütenpracht.“

Die Gemeindeverwaltung ist laut Strauß grundsätzlich sehr engagiert, damit sich die Einwohner in Ergolding wohlfühlen. „Wir tun viel dafür, dass unsere Bürger schön gestaltete Freizeitanlagen und Naherholungsgebiete nutzen können – ob in den Isarauen, im Klosterholz, beim ERGOMAR oder an der Metz. Und auch die Lindenstraße werden wir so verschönern, dass sich die Menschen gerne dort aufhalten.“ Allein schon der neue Brunnen vor dem Rathaus komme bei den Leuten sehr gut an. „Das alles kostet natürlich Geld, aber dafür ist es bestens angelegt.“

Anfang Oktober haben die Erdarbeiten für die Begrünung der Lindenstraße am Rathaus und an der Kirche St. Peter begonnen. Derzeit wird der Rathausvorplatz bepflanzt. Voraussichtlich bis Herbst 2019 werden die Grünanlagen abschnittsweise entlang der kompletten Lindenstraße angelegt. Damit sich die Pflanzen danach gut entwickeln, werden sie bis 2021 von einer Garten- und Landschaftsbaufirma weitergepflegt.

Die Begrünung ist Teil der Sanierung und Neugestaltung von Lindenstraße und Rottenburger Straße, für die der Markt Ergolding die gesamten Kosten in Höhe von rund fünf Millionen Euro trägt.

Leistungsstark zu jeder Jahreszeit.

BayWa



Kommunal- und Gewerbetchnik auf grünen, grauen und weißen Flächen.

Bei Ihrer täglichen Arbeit im Frühling, Sommer, Herbst oder Winter unterstützen wir Sie mit dem Vertrieb und nachgelagerten Service von:

- Traktoren
- Kommunalfahrzeugen
- Lastkraftwagen
- Anbaugeräten
- Anhängern

Ihr verlässlicher Partner für:

- Winterdiensttechnik
- Grünflächenpflege
- Kehren und Reinigen

BayWa AG
Technik

Arabellastraße 4
81925 München

www.baywa.de/kommunal

Kennen Sie schon unsere umfassenden Service-Leistungen?
www.baywa.de/service



Letzte Ruhestätte naturnah

Ein paar Sonnenstrahlen blitzen durch die Äste. Ruhig ist es in dem kleinen Wäldchen, nur der Wind säuselt durch die Äste. Nur ein paar Blumen am Stamm der Bäume deuten an, wo man sich befindet – auf dem idyllischen Bestattungswald am Rande des Waldfriedhofes. Hier, am Fuß der Bäume, sind Menschen bestattet, die möglichst naturnah ihre letzte Ruhestätte finden wollten. Ohne Grabstein, ohne Schmuck, dafür mit viel Natur. Nur ein kleines Namensschild an den Bäumen erinnert, wer hier bestattet wurde.

„In den vergangenen Jahren ist die Nachfrage nach alternativen Bestattungsformen deutlich angestiegen“, weiß Isolde Krones, Leiterin der Würzburger Friedhofverwaltung. Bereits seit 2005 finden deshalb am Würzburger Waldfriedhof naturnah Bestattungen unter Bäumen statt. Rund 200 Bäume sind hier schon belegt.

Um der Nachfrage nachzukommen, hat die Friedhofsverwaltung neben einem pflegefreien Urnengartenfeld im vergangenen Jahr den Bestattungswald ausgewiesen. 70 Bäume wurden dazu in der 15. Abteilung am Ende des Waldfriedhofes ausgewählt. Darunter ist auch ein Gemeinschaftsbaum, an dem einzelne Plätze vergeben werden. Die Nachfrage nach Begräbnissen im Bestattungswald ist da – acht Beerdigungen haben in den vergangenen Monaten in diesem neuen Bestattungswald bereits stattgefunden.

Da der Bestattungswald ein Teil des Würzburger Waldfriedhofes ist, kann er aus der Stadt auch gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreicht werden. Die Wege wurden bis kurz vor dem Wäldchen befestigt, so dass es für jeden möglichst barrierefrei erreichbar ist. Synergien gibt es auch durch die Infrastruktur des Waldfriedhofes – bei Bestattungen kann die Trauerhalle für die Abschiedsfeier genutzt werden. Es gibt aber auch einen Andachtsplatz unmittelbar am Rande des Bestattungswaldes.

Bild: Christian Weiß



Die Neuen sind da!

Die Gemeinde Grattersdorf im Landkreis Deggendorf am Fuße der beiden bekannten Hausberge Büchelstein und Brotjackriegel hat für den Bauhof einen neuen Unimog erworben. Das 177 PS starke Fahrzeug wurde im April bestellt. Die Zeit bis zur Neuankunft wurde mit einem Mietfahrzeug der Firma Beuthauser Kommunaltechnik überbrückt. Der Mercedes Benz Unimog U 218, ausgestattet mit einer Hecka-Pritzsche, wurde von Beuthauser Verkaufsberater Pascal Ulrich an Bürgermeister Alfons Gramalla, 2. Bürgermeister Robert Schwankl und an die Bauhofmitarbeiter Josef Murr, Otto Janetzky und Armin Bayerl an einem der letzten schönen Herbsttage im Oktober in Verbund mit einer technischen Einweisung übergeben.

Seitens Mercedes Benz wurde die Anschaffung eines Fahrzeugs mit der neuen BlueTec-6-Motorgeneration unterstützt. Für den Kauf eines neuen Unimogs mit Euro VI gewährte der Hersteller im Rahmen des EcoDeal einen Bonus.

Bild: Passauer Neue Presse



Die Gemeinde Gotteszell im Landkreis Regen besitzt ebenfalls ein neues Bauhoffahrzeug. Nachdem der Gemeinderat im Frühjahr die Anschaffung eines Mercedes Unimogs 430 beschlossen hatte, wurde das Fahrzeug nunmehr von Josef Wittmann und Stephan Attenberger von der Firma Beuthauser aus Hagelstadt an Bürgermeister Georg Fleischmann übergeben.

Die Einweisung in das Fahrzeug für die Bauhofmitarbeiter Reinhard Straßer und Franz Weinberger führte Ewald Schiehandl von der Händlerfirma durch. Der neue Unimog wurde inklusive einer kompletten Winterdienstausstattung, einem Schmidt Schneepflug Tarron und einem Gmeiner Streuautomat Yeti 2000 übergeben. Das Fahrzeug bringt bei einem zulässigen Gesamtgewicht von 14 Tonnen eine Leistung von 299 PS auf die Straße. Eine Besonderheit ist das Führerhaus, das aus Faserverbundwerkstoff besteht und somit rostfrei ist.

Bild: Passauer Neue Presse

Naturoffensive stärkt Naturparke

Naturpark Ammergauer Alpen stellt erste Ranger ein

Die Naturoffensive Bayern stärkt landesweit die Naturparke: Hierzu werden ab sofort 60 Naturpark-Ranger eingestellt, die sich um den Schutz der Natur kümmern, Informationsarbeit leisten sowie Ansprechpartner für Gäste und Einheimische rund um das Thema Naturpark sind. Außerdem werben sie für eine naturverträgliche Nutzung und Erholung in der Region und werden bei wissenschaftlichen Untersuchungen unterstützend tätig.

Der bisherige Umweltminister Dr. Marcel Huber betonte dazu: „Naturparke sind Naturerlebnisregionen aller erster Güte. Sie sind ein wichtiger Pfeiler für die Bewahrung unserer Heimat. Sie machen die Natur in ihrer ganzen Vielfalt erlebbar. Um die Lebensqualität in Bayern auf Top-Niveau zu sichern, stärken wir auch unsere Naturparke. Bürgernahe Naturerlebnisangebote und eine enge Zusammenarbeit sind der Schlüssel für Erfolge in der Fläche. Insbesondere unsere Naturpark-Ranger sollen wichtige Mittler zwischen Mensch und Natur sein.“

Die ersten drei Ranger wurden im Naturpark Ammergauer Alpen eingestellt. Sie sollen dort unter anderem den Schutz sensibler Mooren mit besonders schützenswerten Pflanzen wie dem Karlszepter gewährleis-

ten. Auch der Naturpark Spessart stellt ab November einen Ranger ein - weitere werden in den 19 Naturparken Bayerns folgen. Der Vorsitzende des Naturparkverbands Bayern, der Eichstätter Landrat Anton Knapp, freut sich über die Ranger: „Damit können wir die Naturparke für Einwohner und Besucher noch attraktiver machen und gleichzeitig Natur und Landschaft besser schützen. Das ist eine wichtige Stärkung unserer Arbeit.“

Naturparke sind großräumige Gebiete, die in der Regel mindestens 20.000 Hektar Fläche umfassen. Die Flächen sollen überwiegend als Landschaftsschutzgebiete oder Naturschutzgebiete geschützt sein und eignen sich wegen ihrer landschaftlichen Voraussetzungen besonders für eine naturverträgliche Erholung.

Ungebremste Leidenschaft trifft zuverlässige Qualität

Man spürt echte Begeisterung, wenn Norbert Eusemann über seinen Unimog spricht. Der U 400 ist für den 57-Jährigen bereits das vierte Modell, seit er 1981 seinen Dienst beim Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt (WSA) Schweinfurt in der Außenstelle Volkach angetreten hat. Schon mit acht Jahren hat er sich für den Unimog interessiert, später dann seine Leidenschaft zum Beruf gemacht.

So wundert es nicht, dass der Franke gerne zur Arbeit geht. Das Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt, erklärt er, müsse man sich wie eine Autobahnmeisterei für Wasserstraßen vorstellen. Sein Einsatzgebiet ist der 50 km lange Abschnitt des Mains zwischen Schweinfurt und Kitzingen mit seinen

Tipps von Norbert Eusemann:

- vorausschauend fahren
- Motorbremse nutzen
- Drehzahlbereich beachten

fünf Stufen. Außerdem betreut die Außenstelle des WSA Schweinfurt den 11 km langen Altarm und den Mainkanal.

Wichtigstes Arbeitsmittel dabei für Norbert Eusemann: sein Unimog U 400, für den in den mehr als acht Einsatzjahren bisher noch keine größeren Reparaturen oder Ersatzteile nötig geworden sind. Die Bremsen des Unimog U 400, die in allen Fahrzeugen bekanntermaßen stark von Verschleiß betroffen sind, sind sogar noch original – ein Beleg für die besondere Langlebigkeit der Original-Teile von Mercedes-Benz.

Ganzjährig im Einsatz – immer dort, wo der Unimog gebraucht wird

In der malerischen Umgebung des fränkischen Weinbaugebiets deckt Norbert Eusemann mit seinem Unimog U 400 ein breites Aufgabenspektrum ab. Viele der Arbeiten wechseln mit den Jahreszeiten. Im Frühjahr und Sommer transportiert der versierte Fahrer mit dem Unimog so ziemlich alles, was die Außenstelle benötigt, um die Wasserstraßen zu unterhalten – insbesondere große Wasserbausteine, aber auch Sand und Kies. Das Material wird zentral gelagert, bei Bedarf mit dem Anhänger abgeholt und zu dem Abschnitt gefahren, wo es benötigt wird. Bis zu 9 t können so auf einmal transportiert werden.

Von November bis März steht dann Gehölzpflege an. Mit Kranaufbau und Seilwinde befreit Norbert Eusemann die Fahrriene des Mains und Mainkanals von störenden Ästen. Daneben sorgt das zuverlässige Gespann im Winter mit dem Schneepflug für freie Straße.

Im Ernstfall in Sekundenschnelle bereit

Und dann sind da die Notfälle. Bei Havarien muss es besonders schnell gehen. Der Unimog wird genutzt, um beispielsweise liegengeliebene Kleinfahrzeu-

Mit der Naturoffensive Bayern werden in allen Landesteilen das Naturerlebnis gestärkt, Artenreichtum und Lebensräume gefördert und die jeweiligen Besonderheiten der Region dargestellt.

Weitere Informationen zur Naturoffensive Bayerns sind verfügbar unter <https://www.stmuv.bayern.de/themen/naturschutz/naturoffensive/index.htm>.



Norbert Eusemanns aktueller Unimog U 400 ist der vierte Unimog seiner beruflichen Laufbahn.

Bild: Unimog E-News 10/2018

etriebsstunden zur Firma Herold ins 30 km entfernte Würzburg. Mit dem Unimog Servicepartner ist der Unimog Fahrer hochzufrieden: „Vom Verkauf über das Ersatzteillager bis zur Werkstatt – das funktioniert alles reibungslos. Wir sind da in sehr guten Händen.“

In Sachen Teileverfügbarkeit habe er auch mit den drei Unimogs, die er vor seinem aktuellen Fahrzeug fuhr, bereits viele positiven Erfahrungen gemacht, so Norbert Eusemann: „Wenn unser Servicepartner morgens Ersatzteile bestellt, sind diese in der Regel am Nachmittag schon da.“

Minimaler Verschleiß dank wirtschaftlicher Fahrweise

Einen Faktor für die seltenen Werkstattaufenthalte sieht Norbert Eusemann auch im geringen Verschleiß. So trägt sein

Unimog U 400 selbst nach 8.000 Betriebsstunden immer noch dieselben Bremsen und Bremsklötze wie am ersten Tag. Entscheidend dafür, so der Franke, sei vor allem die Passgenauigkeit der Original-Teile. Und nicht zuletzt eine wirtschaftliche Fahrweise.

Gekonnt setzt der Unimog Fahrer die Motorbremse ein und achtet darauf, im günstigen Drehzahlbereich zu fahren. Durch die Techniken, die er auch bei Fahrtrainings im Unimog Werk gelernt hat, hofft er nicht zuletzt, ein persönliches Ziel zu erreichen: Er will seinen Unimog U 400 weitere acht Jahre fahren – bis er in Rente geht. Und auch dann dürfte das Kapitel Unimog für Norbert Eusemann nicht enden. Denn auch privat beschäftigt er sich mit dem Allrounder, besucht Events und besitzt sogar einen eigenen Unimog.

Quelle: Unimog-E-News; 10/2018



Voller Einsatz gegen Schnee und Eis.

Im Winterdienst zählen **Schnelligkeit, Zuverlässigkeit und Wirtschaftlichkeit**. Der Unimog ist in jeder dieser Disziplinen ein Profi. Dafür sorgen zum Beispiel innovative Eigenschaften wie der synergetische Fahrertrieb EasyDrive,

der während der Fahrt den Wechsel zwischen mechanischem und stufenlosem Antrieb (0–50 km/h) erlaubt, der komfortable Arbeitsplatz mit intuitivem Bedienkonzept oder modernste Euro-6-Motoren bis 220 kW (299 PS).



Mehr dazu bei Ihrem Unimog Partner oder unter mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal

Mercedes-Benz
Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG, Albert-Rückdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29–33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Junge Landärzte werden gefördert

Klinikum Altmühlfranken ist Teil des Programms

Die Region Altmühlfranken wird Partner im Programm „Beste Landpartie Allgemeinmedizin“ (BeLA Nord). Das Klinikum Altmühlfranken ist hoch erfreut, als Teil des Projekts akademisches Lehrkrankenhaus der Universität Erlangen zu werden. Im Verbund mit der Universität Erlangen, mehreren Hausarztpraxen aus dem Kreis und dem Klinikum Altmühlfranken ist ein qualitativ hochwertiges Förderprogramm entstanden, um junge Landärzte von Beginn ihrer klinischen Ausbildung an für die Allgemeinmedizin und die Tätigkeit als Hausarzt für Altmühlfranken zu begeistern. Das Bayerische Gesundheitsministerium bezuschusst das vier Jahre dauernde Programm mit 2.310.750 Mio. Euro für insgesamt vier Regionen in Nordbayern.

Landrat Gerhard Wägemann ist es ein großes Anliegen, die medizinische Versorgung im Kreis auf hohem Niveau zu halten. Sein jüngster Erfolg: Das Klinikum Altmühlfranken wird Teil des Förderprogramms „Beste Landpartie Allgemeinmedizin“, das die Bayerische Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml in Scheßlitz vorgestellt hat.

„Unser Ziel ist es“, so der Landrat, „die jungen Mediziner im BeLA Programm so gut auf die Tätigkeit als Hausarzt vorzubereiten, dass sie die Arztstühle, die in fünf bis zehn Jahren im Kreis bedingt durch den demographischen Wandel frei werden, gleich übernehmen können.“ Beim Gesundheitsministerium ein gutes Wort eingelegt hat auch Manu-

el Westphal, der das gemeinsame Ziel, Lehrkrankenhaus zu werden und am BeLA Programm teilnehmen zu können, mit großem Einsatz mitgetragen und unterstützt hat, wofür Wägemann ihm persönlich dankte.

Das Ziel ist es, angehende Mediziner optimal auf die künftige Tätigkeit als Hausarzt vorzubereiten und sie eng an die Region Altmühlfranken zu binden. Früher als in allen anderen Förderprogrammen, schon mit Beginn des ersten klinischen Semesters, durchlaufen die Studierenden eine auf die Allgemeinmedizin zugeschnittene Ausbildung. Das innovative Lehrkonzept umfasst ein eng abgestimmtes qualitätsgesichertes Curriculum Allgemeinmedizin zwischen der Friedrich-

Alexander-Universität Erlangen, dem Klinikum Altmühlfranken und den beteiligten Hausärzten. Die Studierenden erhalten eine enge Betreuung anhand eines strukturierten Lehrplans mit hohem Praxisanteil in den Hausarztpraxen und dem Klinikum Altmühlfranken sowie eine gezielte Vorbereitung auf das Staatsexamen.

Mit persönlichen Coachings und Schritt-für-Schritt-Trainings unterstützen

„Fast noch wichtiger“ ist dem Chefarzt der Inneren Medizin und Mitinitiator der Verbundweiterbildung Dr. med. Heiko Priesmeider „die persönlich enge Betreuung der Studierenden in dem Programm, damit sie sich gut aufgehoben und in der Region schnell heimisch fühlen.“ Dem wird mit einem umfassenden Mentorenprogramm Rechnung getragen. Auch die Teams um die Chefarzte Dr. med. Stephan Limmer, Dr. med. Wilhelm Nothofer und Dr. med. Marius Ghidau, sind gefordert „klinisch spannende Fälle“ zu zeigen und zu besprechen sowie Unterricht am Krankenbett

durchzuführen. Das Klinikum Altmühlfranken wird die personellen Ressourcen stellen, um eine enge Abstimmung zwischen den Verbundpartnern und den Studierenden zu ermöglichen.

Sicherheit herstellen durch konkretes Anleiten in der Praxis

„Der zeitliche Aufwand für das Lehrkrankenhaus und für uns in den Lehrpraxen ist hoch, doch meine Kollegen freuen sich genauso wie ich darüber, dass künftig Studierende ihr komplettes Praktisches Jahr in der Region abarbeiten können. Besonders gefällt mir der hohe pädagogische Anspruch im Programm: Wir werden von der Universität begleitet, so dass alle Lehrenden die Basisqualifikation in Hochschuldidaktik erwerben. Auch dass die Stipendiaten angehalten sind, gemeindefähige Projekte zu initiieren wird eine Bereicherung für die Region sein.“ erklärt die Allgemeinärztin Dr. med. Ute Schaaf. Die Aufgabe der Lehrpraxis wird sein, die Studierenden auf die vielfältigen Rollenfacetten eines Hausarztes vorzubereiten. „Ich freue mich auf diese Aufgabe!“

Zielgruppe des Förderprogramms

Um Stipendiat im BeLA Programm Nord zu werden, müssen Interessenten sich mit einem Motivationsschreiben bewerben und ein spezielles Auswahlverfahren durchlaufen. Zunächst wird die fachliche Eignung (naturwissenschaftliches und medizinisch-theoretisches Vorwissen) geprüft. Abschließend wird ein Auswahlgespräch als fachlich orientierter Beratungsdialo geführt. Stipendiaten im BeLA Programm verpflichten sich, die Gebietsbezeichnung „Facharzt für Allgemeinmedizin“ zu erlangen. Ein Stipendium von 600 Euro mo-



Vom Programm des Freistaats profitiert Altmühlfranken stark, sagen MdL Westphal (links) und Landrat Gerhard Wägemann. In der Mitte: Gesundheitsministerin Melanie Huml. Text und Bild: Falk-Report

natlich wird den Studierenden ab dem 1. klinischen Semester bis zum Abschluss im 8. Semester gezahlt.

Das BeLA Programm Nord wird mit 2,3 Mio. Euro bezuschusst. Der Zuschuss verteilt sich auf die vier teilnehmenden Regionen. Sowohl die Klinik, als auch die beteiligten Lehrpraxen erhalten eine Aufwandsentschädigung, mit der die verpflichtende Teilnahme an Diktakt-Seminaren und der Mehraufwand für die Studierendenausbildung honoriert wird. Darüber sind die BeLA-Haus- und Klinikärzte hier im Kreis verpflichtet, Seminare am Klinikum Altmühlfranken für die Studierenden abzuhalten und zudem als Mentoren tätig zu sein. Begleitet werden die Ärzte dabei durch die Mitarbeiter des Allgemeinmedizinischen Instituts der Universität Erlangen unter der Leitung von Prof. Dr. med. Thomas Kühlein und Dr. med. Marco Roos.

„Ausgewählt wurden wir“, so Klinikvorstand Jürgen Winter, „weil es in unserem Landkreis schon vielfältige Aktivitäten zur Gewinnung von ärztlichem Nachwuchs im Verbund von Landkreis, engagierten Hausärzten und dem

Klinikum gibt.“ Allein das Klinikum Altmühlfranken fördert mit seinem Stipendienprogramm „Klinikstudent“ seit Jahren Studierende während ihres Studiums, die im Anschluss Teile ihre Weiterbildung in der Klinik verbringen.

„Im Rahmen des BeLA-Programms durchlaufen die angehenden Allgemeinmediziner nun zukünftig das gesamte Praktische Jahr ihres Studiums in unserem Kreis. Gleichzeitig garantieren wir, dass die Rotationen durch alle erforderlichen Abschnitte – Klinikum und Arztpraxis – zeitgerecht absolviert werden können. Wir sind zuversichtlich, dass die jungen Mediziner sich schon bald bei uns in Altmühlfranken heimisch fühlen werden“, betonte Winter.

Quelle: Falk-Report

Integrationspreise Oberpfalz und Unterfranken:

Wertvolle Brückenbauer

Ministerialdirektor Karl Michael Scheufele vom Bayerischen Staatsministerium des Innern und für Integration und Regierungspräsident Axel Bartelt sowie Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer haben in Regensburg und Würzburg die oberpfälzischen bzw. unterfränkischen Integrationspreise überreicht.

Für den Integrationspreis Oberpfalz hatten sich insgesamt 26 Projekte beworben. Der erste Preis in der Kategorie „Schulen, Kinderbetreuung und Horte“ ging an die Telemann-Grund- und Mittelschule Teublitz, die geflüchteten Familien mithilfe von pädagogischen Maßnahmen auf vielfältigste Art und Weise die Normen, Werte und die Alltagsstrukturen in Deutschland näher bringt. Ziel ist es, alle Kinder auf ein Leben in Deutschland vorzubereiten. Auch im „Mami Frühstück“ werden sowohl allgemeine Fragen zum schulischen Kontext als auch Fragen, die das Leben in Deutschland betreffen, geklärt.

Der zweite Preis in dieser Kategorie wurde an die Pestalozzi Grundschule Regensburg, Flexible Grundschule Ramspau und Johann-Michael-Fischer Gymnasium in Burglengenfeld sowie an die Mittelschule Neumarkt verliehen. Die Pestalozzi Grundschule mit dem Motto „Gemeinsam sind wir stark – eine bunte Schule für alle Kinder“ ist eine Schule im Regensburger Stadtosten mit einem hohen Migrationsanteil und vier Übergangsklassen. Dennoch oder gerade deswegen kann sie von ihrer langjährigen Erfahrung profitieren und es gelingt ihr in vielen verschiedenen Projekten auf bemerkenswerte Art und Weise, die Schule so bunt und weltoffen zu gestalten, dass sich alle Beteiligten dort wohlfühlen und einen guten Start ins Schulleben haben.

Das Johann-Michael-Fischer Gymnasium in Burglengenfeld und die Flexible Grundschule Ramspau sind ein beeindruckendes Beispiel für das Miteinander und die gegenseitige Unterstützung von Schülerinnen und Schülern unterschiedlichster Herkunft und Alters. In kürzester Zeit waren 21 Schülerinnen und Schüler bereit, ihre freie Zeit zu opfern und den geflüchteten Kindern der Grundschule Ramspau bei den Hausaufgaben zu helfen.

Die Mittelschule Neumarkt wiederum zeigt durch ihre vielfältigen Projekte, dass Schule weit mehr ist als nur Unterricht. Sie ist durch gegenseitiges Kennenlernen, Verstehen und Vertrauen letztlich der

Schlüssel für gelungene Integration. Unter dem Motto „Brücken bauen – Menschen begegnen“ leistet die Mittelschule Neumarkt mit ihren weltoffenen Schülern und Lehrern außerordentliche Integrationsarbeit, indem sie zum einen Kontakt zur Neumarkter Bevölkerung sucht und diese für die Probleme geflüchteter Menschen sensibilisiert, zum anderen aber auch den geflüchteten Mitschülern hilft, ihre Erfahrungen zu verarbeiten.

Mittelschule Neumarkt

Im Zentrum dieses Projekts stand die Erstellung eines Kalenders, in dem Schüler aus Syrien, Afghanistan und der Ukraine auf beeindruckende Weise die Schönheit ihrer Länder darstellten und zeigen konnten, dass ihre Heimat mehr als Krieg und Elend ist.

In der Kategorie „Ehrenamtliche und Vereine“ wurde der erste Preis an die SV Sallern-Jugend aus Regensburg verliehen. Unter dem Motto „Flüchtlinge werden Freunde“ lädt der Verein Geflüchtete dazu ein, gemeinsam Fußball zu spielen, aber auch die Freizeit zu gestalten und Feste zu feiern. Damit wird ein wertvoller Beitrag zur Integration geleistet.

Den zweiten Preis in dieser Kategorie erhielten „INTEGRATION SAD - Flüchtlinge fördern und fordern“ aus Schwandorf, der Integrationsklub „Schalom“ der jüdischen Gemeinde Regensburg und die Ehrenamtskoordination in Bad Kötzing.

„INTEGRATION SAD“ hat sich zum Ziel gesetzt, gerade dort zu helfen, wo staatliche Maßnahmen noch nicht existieren. Dies gelingt zum einen durch die alltägliche Unterstützung und Begleitung von Unternehmern, Migranten und Ehrenamtlichen, zum anderen insbesondere durch Projekte.

Da es für Mütter mit Migrationshintergrund besonders schwierig ist, die sprachliche Bildung zu verbessern, wird „Deutsch für Mütter“ angeboten. Eine Begegnungsmöglichkeit für die gesamte Bevölkerung bieten die EMMA Kleiderläden in Neunburg v. W. und Schwandorf. Durch soziale und

kulturelle Begegnung und Kommunikation wird dieser zu einem Ort lebendiger Integration.

Vor mehr als 20 Jahren kamen rund 1.000 Juden aus der ehemaligen Sowjetunion als sogenannte Kontingentflüchtlinge nach Regensburg. Um sie in das Leben in Deutschland zu integrieren und gleichzeitig an die jüdische Kultur, Geschichte und Traditionen heranzuführen, leistet der Integrationsklub Schalom seit 17 Jahren eine großartige Arbeit mit vielen Facetten. Hierzu zählen Sprachkurse für Mitglieder des Integrationsklubs. Darüber hinaus leistet die Bibliothek des Klubs wertvolle Arbeit.

Ziel des Bad Kötztlinger Projekts „Flüchtlinge – Menschen – Integration“ ist es, die Ehrenamtlichen zu koordinieren, so dass eine Vielzahl von Beschäftigungsmöglichkeiten für alle Lebensbereiche geschaffen wurden. Integration wird nicht nur vermittelt, sondern vor allem gelebt. Gerne nehmen die knapp 140 Bewohner der Gemeinschaftsunterkunft die vielfältigen Angebote an – sei es die Organisation von Ausflügen und Festen, die Mutter-Kind-Gruppe, der von ehrenamtlichen Lehrern organisierte Sprachunterricht oder Computerkurse.

Faschingsfreunde Nemaninga

Für den Integrationspreis der Regierung von Unterfranken hatten sich insgesamt 18 Projekte beworben. Über den ersten Platz freuen sich die Faschingsfreunde Nemaninga: Sie haben sich im November 2016 als Integrationsprojekt gegründet, um Einheimische und Bewohner der im Ort ansässigen Gemeinschaftsunterkunft zusammenzubringen. Aktuell gibt es 71 Teilnehmer, bunt zusammengewürfelt aus verschiedenen Nationalitäten. Sie haben in den beiden vergangenen Jahren mit einem selbst gebauten Faschings-Motivwagen an Umzügen teilgenommen. Beim Wagenbau, Kostüme-Schneidern und dem gemeinsamen Feiern wurden Vorurteile abgebaut.

Platz 2 ging an die Jugendpflege Markttheidenfeld für ihr Projekt „Minigolf Markttheidenfeld“. Seit 2003 bewirtschaftete die Stadtjugendpflege den Minigolfplatz der Stadt in Form eines berufsvorbereitenden Arbeitsprojektes für Jugendliche und junge Erwachsene. Seit 2015 wurde das Konzept zu

einem Integrationsprojekt erweitert. In Kooperation mit der Caritas-Wohngruppe „Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“ (umf) in Altdorf bietet nun die Jugendpflege jungen geflüchteten Menschen die Chance, einer attraktiven Freizeitgestaltung nachzugehen, ihre Deutschkenntnisse anzuwenden oder aufzubessern, Erfahrungen für ein späteres Berufsleben zu sammeln und mit Menschen aus Deutschland in direkten Kontakt zu treten.

Der Minigolfplatz wird von den Projektteilnehmern von Mai bis Ende September selbstständig und eigenverantwortlich betrieben. Neben der Gewährleistung des laufenden Betriebes gehören der Einkauf, die Arbeitsplanerstellung und die Durchführung von Werbemaßnahmen, die Abrechnung, die Buchführung und die Sauberhaltung der Anlage zu den Aufgaben der Teilnehmer, die hierfür eine Aufwandsentschädigung erhalten.

Den 3. Platz belegte die Gemeindeallianz Hofheim Land e.V. für „Job-Matching für Geflüchte-

te und Migrationen im ländlichen Raum“. Das Projekt unterstützt Menschen mit Flucht- oder Migrationshintergrund bei der Suche nach Arbeits- und Ausbildungsstellen. Dabei steht am Anfang ein umfangreicher Fragebogen, in dem neben praktischen Erfahrungen auch sprachliche Kenntnisse, Mobilität, Jobpräferenzen und einiges mehr abgefragt werden. Auf Grundlage dessen wird der direkte Kontakt zu passenden Firmen hergestellt und die Bewerber werden im Anschluss – bei Bedarf auch durch ehrenamtliche Sprachmittler – zu den Vorstellungsgesprächen begleitet.

Regelmäßig stehen vor Abschluss eines Ausbildungs- oder Arbeitsvertrages kurze Praktika im Betrieb, damit beide Seiten einen ersten Eindruck erhalten können. Bisher konnten alle dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden arbeitswilligen Geflüchteten in Arbeits- oder Ausbildungsverhältnisse integriert werden. Auf Nachfrage hilft die Koordinierungsstelle gleichfalls bei der Suche nach passendem Wohnraum. DK

Integration an der gemeinsamen Werkbank

„Ich freue mich sehr, dass das Projekt „WAI - Werte:Arbeit:Integration“ des bfz Augsburg mit über 178.000 Euro weiterhin aus Mitteln des Arbeitsmarktfonds gefördert wird“, teilt Staatssekretär a.D. Johannes Hintersberger, MdL mit.

„Mit diesem Projekt bekommen bis zu 80 arbeitssuchende Menschen mit Migrationshintergrund und Geflüchtete mit Aufenthaltserlaubnis die Chance, am ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen“, erklärt Hintersberger weiter.

„Die Teilnehmer setzen sich im Projekt auch mit den bei uns gelebten Werten auseinander. Sie sollen sich hier zurechtfinden und sich möglichst schnell

und nachhaltig in den Arbeitsmarkt integrieren.“

WAI steht für Werte, Arbeit und Integration. Die Teilnehmenden erhalten im Projekt individuelle Beratung und werden je nach Eignung im kaufmännischen und gewerblichen Bereich qualifiziert. Sie lernen, ihre beruflichen Fähigkeiten und Möglichkeiten einzuschätzen und werden bei der Berufswegeplanung unterstützt. □

Bayerische Gemeindezeitung
KOMMUNALPRESSE, VERLAGS- UND DRUCKEREI

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chef vom Dienst
Jakob Döring
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Lutz Roßmann (Landtag)
Jörg Kunstmann (KPv)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebs:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 52 vom 01.01.2018
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungsweise- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergrstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Wilhermsdorf bekennt sich zur Vergangenheit:

Jüdische Geschichte lebt wieder auf

19 Nachfahren der von Nazis Vertriebenen oder Umgebrachten kamen in den Zenngrund

Wilhermsdorf. Genau 80 Jahre sind vergangen seit die letzten elf Mitbürger jüdischen Glaubens aus Wilhermsdorf vertrieben wurden. Nun zeigt der Zenngrundort eindrücklich: Wir stellen uns auch diesem schwarzen Kapitel unserer Vergangenheit.

Ein jüdisches Ehepaar flüchtete nach Nürnberg. Doch das interessierte an jenem 20. Oktober 1938 kaum jemanden in Wilhermsdorf. Genauso wenig, welches Ziel ihre anderen neun bisherigen Mitbürger hatten. Dabei war an diesem Tag schlagartig Schluss mit etwa 500 Jahre meist freundschaftlichen Zusammenlebens zwischen Christen und Juden.

verändern. Aber wir können daraus Lehren ziehen“, hob Irith Michelsohn hervor. Deshalb tritt sie für das friedliche Zusammenleben aller Menschen ein, „mit Respekt und Würde, egal welcher ethnischer Herkunft, Religion und welchen Lebensstils“.

Nach Irith Michelsohns Worten dürfen weder die Toten vergessen werden – „jeder Tote hat einen Namen“ – noch die Zeug-

sen Vater Willi kam 1922 in Wilhermsdorf zur Welt. 2006 wurde er nahe Tel Aviv begraben. Die Vorfahren hatten 1881 die Pinselfabrik Michelsohn und Kainer mit gegründet; sie trug zur wirtschaftlichen Blüte des Ortes bei, hatte bis zu 100 Mitarbeiter. Noch heute existiert die Fabrik, wenn auch unter anderem Namen.

Denn in der vorgezogenen „Wilhermsdorfer Reichskristallnacht“ am 19. Oktober 1938 wurden die Gebäude nicht angezündet, sondern „nur“ unbewohnbar gemacht. Deshalb existieren Synagoge und jüdisches Schulhaus noch, wenn auch nicht sofort als solche zu erkennen. Kürzlich hat die Gemeinde „Zeugnisse jüdischen Lebens“ mit Erinnerungstafeln versehen, darunter jene Synagoge.

Sie steht unter Denkmalschutz. Die Gemeinde verhandelt nach Aussage von Bürgermeister Uwe Emmert mit den Eigentümern über den Verkauf.

Irith Michelsohn appellierte eindringlich an die Verantwortlichen, die Synagoge der Nachwelt „als jüdisches Gebäude zu erhalten“.

Warnung vor Intoleranz und Vorurteilen

Der Besuch der 19 Nachfahren jüdischer Wilhermsdorfer Bürger wurde allseits positiv bewertet. Doch Irith Michelsohn mahnte „vor der AfD und anderen rechtspopulistischen Verbänden. Sie schüren Feindbilder und Vorurteile und gefährden damit den Zusammenhalt unserer Gesellschaft“, zitierte sie den Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland (ZJD), Josef Schuster.

Als ermutigend wertete sie, dass mit „Weißt du wer ich bin“ die beiden großen christlichen Kirchen, der ZJD sowie vier muslimische Verbände lokale interreligiöse Flüchtlingsinitiativen ein Projekt ins Leben gerufen haben. Dies solle intoleranten Tendenzen entgegenwirken. Irith Michelsohn hofft deshalb, „dass Sorge und Schmerz die Wiederkehr des Schreckens und des Terrors nicht zulassen werden. Wir glauben, dass es unter Menschen immer mehr Gemeinsames als Trennendes geben wird.“

Heinz Wraneschitz

nisse der jüdischen Vergangenheit. Davon gibt es in Wilhermsdorf noch jede Menge. So erinnern weit über 300 Grabsteine im Judenfriedhof an die Zeit, als teilweise jeder fünfte Bewohner jüdischen Glaubens war. Die Gäste konnten teilweise erstmals in ihrem Leben die Gräber ihrer Vorfahren persönlich besuchen.

Robert Hollenbacher lebt in der Marktgemeinde. Er wendet viel Zeit dafür auf, die jüdische Geschichte des Ortes zu erforschen und aufzuzeichnen. Nun half er den Nachfahren der Wilhermsdorfer Mitbürger beim Auffinden der Gräber und geleitete sie durch den Ort.

Gad Loebstein war da, dessen Mutter, Mädchenname Uhlfelder hier geboren ist. Oder Michael Michelsohn: Auch des-



Nachkommen früherer Bürger besuchten den Judenfriedhof Wilhermsdorf. Im Rahmen einer Gedenkstunde wurden die Tafeln mit den Namen der von Nazis ermordeten Juden im Ehrenhain neben der Spitalkirche enthüllt. Die jüdischen Gäste des Gedenkstündens konnten nach den Zeichen ihrer Ahnen suchen. Auch viele Wilhermsdorfer waren dabei. Unser Bild zeigt Bürgermeister Uwe Emmert bei seiner Ansprache.

Bild: Heinz Wraneschitz

Am Abend zuvor hatten maschierte Jung-Nazis die Wohnungen der letzten verbliebenen Juden genauso verwüstet wie die Synagoge.

Bewusste Reise nach Franken

Am 20. und 21. Oktober 2018, genau 80 Jahre nach jenem Exodus, konnte Bürgermeister Uwe Emmert wieder 19 Menschen jüdischen Glaubens in Wilhermsdorf begrüßen. Die Nachkommen früherer Mitbewohner waren „ganz bewusst“ aus Chicago, San Diego, Tel Aviv, Bielefeld nach Franken gekommen. Gemeinsam mit der heutigen Bevölkerung wollten sie ihrer Vorfahren gedenken. Und das, obwohl viele der Ahnen das „Dritte Reich“ nicht überlebten.

Seit Sonntag stehen die Namen von 48 Opfern des Nazi-Terrors auf einem Gedenkstein im Ehrenhain neben der Spitalkirche. Schülerinnen und Schüler der 4. Grundschulklasse verlasen jeden einzelnen Namen vor den etwa 250 Gästen der Gedenkstunde. Jeder Name ein eindrücklicher Moment.

Lehren ziehen aus der Vergangenheit

Noch eindrücklicher war die Rede von Irith Michelsohn. Justin Michelsohn, dem Großvater der Generalsekretärin der „Union progressiver Juden in Deutschland“, gelang 1935 die Flucht mit seiner Familie nach Palästina. Unter den Geflüchteten war auch Robert, der Vater von Irith. Die zitierte aus Briefwechseln des Jahres 1938 zwischen Entkommenen und solchen Verwandten, denen die Flucht nicht gelungen war. Einige der Namen stehen auf den Tafeln: Sie wurden später umgebracht. In Auschwitz, Bergen-Belsen, Izbica, Gurs, Theresienstadt, Treblinka ...

Dabei hatten diese Menschen eigentlich nichts weiter gewollt, als „in Frieden leben“, steht in einem der Briefe. Wie bekannt, kostete Nazi-Deutschland sechs Millionen Juden das Leben. „Wir können die Vergangenheit nicht

Metropolregion Nürnberg startet neues Forschungsprojekt:

Gemeinsame Regeln zur Ressource Land

Nachhaltiges Flächenmanagement zur Sicherung der regionalen Lebensmittelerzeugung

Demografische Verschiebungen, wirtschaftliches Wachstum sowie veränderte Ansprüche an natürliche Ressourcen lassen den Flächenverbrauch in der Metropolregion Nürnberg ansteigen. Dies betrifft auch die Landwirtschaft, wenn wertvolle Ackerflächen und Grünland für andere Nutzungen verloren gehen. Das Projekt ReProLa will hier Lösungen entwickeln und den Beteiligten Indikatoren und Daten an die Hand geben, wie in Stadt-Land-Partnerschaften Flächen für die Produktion regionaler Lebensmittel nachhaltig gesichert werden können.

Die vielfältige Kulturlandschaft in der Metropolregion Nürnberg leistet mit den regional erzeugten Produkten und als Lebensraum für Flora und Fauna einen wichtigen Beitrag zur hohen Lebensqualität in der Metropolregion Nürnberg. Der Erhalt dieser vielseitigen Kulturlandschaft und die Sicherung von Flächen für die Herstellung von regionalen Produkten stehen im Fokus des nun gestarteten Projekts ReProLa – Regionalproduktspezifisches Landmanagement in der Metropolregion Nürnberg. Das Projekt wird mit 2,7 Millionen Euro vom Bundesministerium für Bildung und

Forschung (BMBF) im Zeitraum 2018-2023 gefördert.

Positiver Beitrag zur nachhaltigen Flächennutzung

Das Forschungsprojekt wird von der Metropolregion Nürnberg koordiniert. Projektpartner sind die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg mit dem Institut für Geographie (FAU), die Forschungsgruppe Agrar- und Regionalentwicklung Triesdorf (ART), die Fraunhofer-Arbeitsgruppe für Supply Chain Services (SCS) und die Stadt Nürnberg.

Grundannahme im Projekt ist,

GZ

GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„es gibt ja im Deutschen das schöne Sprichwort: Wenn es dem Esel zu wohl ist, geht er aufs Eis tanzen. Warum nur fällt mir dieser Spruch immer wieder ein, wenn jetzt von so vielen in den Medien und der Politik frohlockt wird, dass Angela Merkel den CDU-Vorsitz und bis 2021 auch das Kanzleramt aufgibt?“ Mein Chef, der Bürgermeister, findet nach wie vor, dass die Kanzlerin in den vergangenen 13 Jahren einen Riesenjob gemacht hat und immer noch macht.

Normalerweise müsste man ja annehmen, dass der Wunsch nach einem Wechsel in der Politik immer dann aufkommt, wenn etwas schief läuft. Wenn etwa die wirtschaftlichen Kennziffern nicht mehr stimmen, wenn die Leute ein Gefühl der Unsicherheit haben oder

Die Merkel-Jahre waren gute Jahre für Deutschland

wenn man den politischen Akteuren persönliches Fehlverhalten nachsagen kann.

Schon bei der Landtagswahl in Bayern und auch jüngst bei der Hessen-Wahl sind aber äußerst erfolgreiche Landesregierungen mit super Wirtschaftsdaten und traumhaften Leistungsbilanzen in praktisch allen Politikfeldern sowie absolut integrem Personal regelrecht abgemeiert worden. Was bitte kann man den Leuten Besseres tun, als ein wohlhabendes und stabiles Land noch wohlhabender zu machen und stabil zu halten? Das gleiche gilt für den Bund: Uns ging es noch nie so gut wie heute. Und trotzdem hat man fast den Eindruck, die Kanzlerin würde diesem Land einen letzten Dienst mit ihrem Rückzug erweisen.

OK, da ist die mittlerweile zweite vormals große Koalition der Mitte, die beiden Partnern nicht recht ein Feld für Profilierung lässt. Selbstverständlich kann niemand das eher verwaltende dieser Regierung als Aufbruch wahrnehmen. Ebenso wenig ist es ein Zukunftssignal, an allen möglichen sozialpolitischen Ecken hier mal ein Jährchen mehr Mütterrente, da mal ein paar Cent mehr Mindestlohn anzukleben und die Senkung der Arbeitslosenversicherung durch die Erhöhung der Pflegeversicherung zu nivellieren. Mut sieht anders aus. Aber in einer Welt der Trumps, Putins, Erdogans, der Brexit-Nationalisten und der Interna-

tionale der Populisten fühlt man sich auf unserer Insel der Stabilität und Vernunft doch eigentlich recht wohl.

Aber natürlich: Die Flüchtlinge! Und das „Wir schaffen das.“ Aber wo war die Alternative? Man denkt ja immer, in den Zeiten des Internets gäbe es so etwas wie ein unerschöpfliches elektronisches Gedächtnis. Aber wer weiß heute noch um die Bilder der schutzlos und oh-

ne Hilfe in Budapest kampierenden Tausende von Flüchtlingen, die sich zu Fuß Richtung Westen aufmachten? Wer hätte sie aufhalten sollen? Österreich? Wir? Und mit was? Sicher sind auch irgendwo die Bilder vom Münchner Hauptbahnhof archiviert, wo sich die applaudierenden Helfer drängten, die Flüchtlinge in den Zügen mit Snacks, Kleidern und Teddyys für die Kinder zu versorgen. Deutschland zeigte der Welt ein freundliches Gesicht und war stolz darauf.

Ja, da war viel Illusion dabei. Es waren nicht alle Ärzte und Ingenieure, die zu uns kamen, einige sind auch Gauner und Gefährder. Das Fachkräfteproblem der Wirtschaft wurde auch nicht über Nacht gelöst, sondern die Leute müssen Kurse besuchen, die Jüngeren Schulen. Das kostet und ist mühsam, aber wenn die Statistik nicht lügt, haben schon eine ganze Reihe von jungen Flüchtlingen, die die Angebote der Schule durchlaufen haben, jetzt einen regulären Ausbildungsplatz gefunden. Statt sich auf die Herausforderungen der Integration zu konzentrieren und Wege zu suchen, wie man diejenigen wieder loswerden kann, die sich bei uns nicht einordnen wollen oder können, schauen wir paralytisch auf extrem tätowierte Fettsäcke, die „Merkel muss weg“ skandieren und sich ihre wöchentliche Ration Pöbeleien nicht als Fußball-Hooligans sondern als Demonstranten reinziehen. Gute Nacht!

Mein Chef, der Bürgermeister, weiß auch: Alles hat seine Zeit und politische Ämter sind vom Wähler nur geliehen. Rückblickend werden wir sehen: Die vielleicht langweiligen Zeiten der Ära Merkel waren gute Jahre für Deutschland. Denn schon der Philosoph Hegel wusste: „Die Weltgeschichte ist nicht der Boden des Glücks. Die Perioden des Glücks sind leere Blätter in ihr“.

the Sabrina

dass Regionalprodukte einen positiven Beitrag zu einer nachhaltigen Flächennutzung und zu regionalen Stoff- und Wirtschaftskreisläufen leisten. Der Fokus von ReProLa wird sein, die Bedeutsamkeit von Regionalprodukten für die regionale Wertschöpfung im Lebensmittelbereich aufzuzeigen und das Wissen über regionale Nahrungsmittelproduktion anhand von Informationsveranstaltungen zu vermitteln.

Leitbild soll Spielregeln der kommunalen Zusammenarbeit definieren

Innovative Ansätze im Bereich Vermarktung und Logistik sollen mit Pilotprojekten in ausgewählten Modellkommunen der Metropolregion erprobt werden. Darüber hinaus soll ein Leitbild für nachhaltiges Flächenmanagement in der Metropolregion erarbeitet werden, dass die Spielregeln der kommunalen Zusammenarbeit definiert.

Unterschiedliche Nutzungserwartungen

Die beteiligten Partner aus Wissenschaft, Kommunen und Praxis entwickeln in den kommenden fünf Jahren Strategien für ein nachhaltiges Flächenmanagement, um den unterschiedlichen Nutzungserwartungen an die Ressource Land gerecht zu werden. Dabei kommt Regionalprodukten eine herausragende Rolle zu. Sie tragen zur regionalen Wertschöpfung bei und

sichern Kulturlandschaft und Lebensqualität.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) fördert das Projekt ReProLa im Rahmen der Fördermaßnahme „Stadt-Land-Plus“. Die För-

dermaßnahme ergänzt die Leitinitiative „Zukunftsstadt“ des BMBF um die Perspektive der Stadt-Land-Beziehungen.

Der Fokus liegt auf einem verantwortungsvollen Umgang mit Land- und Flächenressourcen. □



Die ReProLa Projektpartner trafen sich zu einer ersten Planungsworkshop in Waischenfeld. Abgebildet sind (v.l.): Prof. Dr. Otmar Seibert, Forschungsgruppe Agrar- und Regionalentwicklung Triesdorf (ART); Dr. Markus Meyer, Forschungsgruppe Agrar- und Regionalentwicklung Triesdorf (ART); Dr. Christa Ständcker, Geschäftsführerin Metropolregion Nürnberg; Manuela Burkert, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg / Institut für Geographie; Prof. Dr. Manfred Geißendörfer, Forschungsgruppe Agrar- und Regionalentwicklung Triesdorf (ART) (hinten); Prof. Dr. Tobias Chilla, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg / Institut für Geographie; Dr. Andrea Früh-Müller, Forschungsgruppe Agrar- und Regionalentwicklung Triesdorf (ART); Dr. Werner Ebert, Stadt Nürnberg (hinten); Mirjam Opitz, Fraunhofer-Arbeitsgruppe für Supply Chain Services (SCS) (hinten); Monique Schindhelm, Metropolregion Nürnberg; Annemarie Wojtech, Fraunhofer-Arbeitsgruppe für Supply Chain Services (SCS); Dr. Patricia Schläger-Zirlik, Metropolregion Nürnberg (hinten); Patricia Pallas, Metropolregion Nürnberg (hinten). □

Gratulation zur „Silberhochzeit mit der Stadt Abensberg“

Im Rahmen einer kurzen Zusammenkunft im Rathaus hat Landrat Martin Neumeyer Dr. Uwe Brandl zu seiner 25-jährigen Amtszeit als Erster Bürgermeister der Stadt Abensberg gratuliert. Die Parallele zur Silberhochzeit nutzte Neumeyer für den Vergleich, dieses Amt sei „wie eine Ehe: Nicht immer ganz einfach.“ Verwaltungschef Peter Schmid sowie Melanie Schmid und Katrin Koller-Ferch vom Personalrat der Stadt gratulierten ebenfalls herzlich. „25 Jahre sind kein Pappentier“, so Landrat Neumeyer, der mit Brandl in Abensberg seine kommunalpolitische Karriere begonnen hat. „Dass Du auch im Land und im Bund politisch tätig bist, ist eine Auszeichnung und ein Vorteil für die Stadt und den Landkreis.“

Brandl ist seit 1993 1. Bürgermeister, seit 1996 im Kreistag, von 1998 bis 2002 war er 2. Vizepräsident des Bayerischen Gemeindetages, seit 2002 ist er Präsident dieser Vertretung aller bayerischen kleinen und mittleren Kommunen und ab 2002 auch Vizepräsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, der ihn im Juli 2017 zum

Präsidenten wählte. Seit Januar 2018 ist er Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Er ist u.a. Träger des Bundesverdienstkreuzes und des Bayerischen Verdienstordens. Neumeyer: „Wir sind stolz auf Deinen bayerischen und deutschen Einfluss.“

Melanie Schmid gratulierte gemeinsam mit Katrin Koller-Ferch

für die Bediensteten der Verwaltung – sie selbst „kennt die Stadt nur unter Dir, lieber Uwe. Von uns allen herzliche Glückwünsche!“ Peter Schmid begann seinen Dienst in Abensberg noch unter Brandls Vorgänger Klingshirn. Die 25 Jahre mit Uwe Brandl seien „intensiv und erfolgreich“, so Schmid.

Der Bürger im Mittelpunkt

Wer „so gestrickt ist wie ich“, so der Geehrte, für den sei es „nicht selbstverständlich, sechsmal gewählt zu werden.“ Das Amt bringe es mit sich, im Interesse der Bürger Positionen zu vertreten, die nicht jedem gefallen. Aktuelles Beispiel ist die Auseinandersetzung um die Pöglstraße.

Ein Herzensanliegen war und ist Brandl der Ausbau der Bildungs- und Betreuungseinrichtungen: „Da stehen wir sehr gut da.“ Das alles geht natürlich nur mit entsprechenden Mehrheiten. Leider hat sich auch der Umgang miteinander und die Auseinandersetzungskultur verändert. Nicht nur in den sozialen Medien ist der Ton hemmungsloser geworden. Generell sei „das Ausreizen der letzten Grenzen spürbar – auch im Anspruchsdenken.“

In Abensberg gehen die Uhren dann doch noch etwas anders. Besonders stolz sei Brandl auf die

vielen kleinen und großen Ehrenamtsprojekte, wie das Theater am Bahnhof, die Gillamoos-Kapelle, aktuell das Dorfgemeinschaftshaus in Arnhofen oder den Feuerwehrturm in Offenstetten. „Unsere Bürger packen an und machen mit und dafür bin ich dankbar. Auch dafür, dass wir im Bereich der Gewerbeaufsicht einen langen Atem bewiesen haben. Wir haben uns im Bereich der Gewerbesteuer von unter zwei Millionen auf weit über sechs Millionen Euro Einnahmen nach oben gearbeitet.“



V.l.: Katrin Koller-Ferch, Landrat Martin Neumeyer, Dr. Uwe Brandl, Peter Schmid, Melanie Schmid.

Kinderbetreuung im Landkreis Dillingen a.d. Donau:

Landrat betont Bedeutung der Tagespflege

Im Rahmen des Netzwerktreffens von Tagesmüttern und –vätern, das vom Amt für Jugend und Familie des Landratsamtes veranstaltet wurde, hob Landrat Leo Schrell die Bedeutung der Kindertagespflege im Landkreis Dillingen a.d. Donau hervor.

„Sie leisten sehr wertvolle Arbeit für unsere Gesellschaft und tragen damit auch zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Eltern bei“, wandte sich der Landrat direkt an die Tagesmütter und –väter. Deshalb plane der Landkreis, die Kindertagespflege weiter zu stärken. „Der Gesetzgeber hat einen Rechtsanspruch auf Tagespflege für Kinder unter drei Jahren vorgesehen. Wir werden dem Jugendhilfeausschuss vorschlagen, dies im Landkreis Dillingen a.d. Donau ab 2019 auch auf Kinder über drei Jahre bis zum Schuleintritt auszuweiten

und damit auch die Wahlfreiheit von Eltern zu stärken.“

Derzeit sind im Landkreis 21 Tagespflegepersonen aktiv, diese betreuen 63 Kinder. Tagesmütter und –väter müssen vor Aufnahme ihrer Tätigkeit eine Qualifizierung durchlaufen, ihre Eignung wird vom Amt für Jugend und Familie überprüft. Besonders hervorzuheben ist die zeitliche Flexibilität von Tagesmüttern und –vätern. Benötigten Eltern außerhalb der Öffnungszeiten von Kita oder Krippe eine Kinderbetreuung, stehen auch hierfür Tagespflegepersonen zur Verfügung.

Vorschau auf GZ 22

In unserer Ausgabe Nr. 22, die am 22. November 2018 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Energiethemen
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- Schulungen für Kommunalpolitiker und Mitarbeiter in Kommunalverwaltungen
- Handwerkliche Dienstleistungen
- Ausstattung kommunaler Gebäude
- Sicherheitstechnik, Kontroll- und Überwachungsanlagen
- Brand- und Katastrophenschutz
- Fremdenverkehr in Bayern

LIEFERANTEN



NACHWEIS

Absperrpfosten



Heinkelstraße 44,
71384 Weinstadt
Tel.: 07151/99 51 643

Hugo Knödler GmbH
www.absperrpfosten.com

Abzeichen

FAHNEN
KOCH
COBURG



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstraße 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

AVA-Software



ORCA
orca-software.com

Energiedienstleistung



erdgas
schwaben

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

CONSTANZE VON HASSEL
Telefon 08171.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Fahnenmaste + Fahnen

FAHNEN
KOCH
COBURG



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstraße 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

**FAHNEN
KÖSSINGER**
Am Gewerberg 23 • D-84609 Schierling
Tel. 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de

Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Fahnenmasten



Heinkelstraße 44,
71384 Weinstadt
Tel.: 07151/99 51 641

Hugo Knödler GmbH
www.fahnenmast.com

Gebäudedienstleistungen



Ihr zuverlässiger Partner
für die Gebäudereinigung

seit 1910



Prior & Peußner
Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß • 90427 Nürnberg

www.pp-service.com

Gewerbebau



Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Kindergärten • Turnhallen • Mehrzweckhallen
Maschinenhallen • Wertstoffhöfe • Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de • info@laumer.de

Hydraulik Anbaukomponenten



Hydraulische Generatoren, Hochdruckwasserpumpen, Kompressoren,
Schweißgeräte, Magnetenanlagen, Straßen- und Rohrreinigungs-
anlagen, Vibrationspumpen, Staubbindungssysteme, Tauchpumpen,
Bohrflüssigkeitspumpen

PT-Hydraulik Vertrieb OHG
Untereggenstr. 15 • 86971 Peiting • Tel. +49 88 61/24 69-100
info@pt-dynaset.de • www.pt-dynaset.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de



Multifunktionale Wärmerückgewinnung



Kostendämpfung für Ihre
Lüftungs- und Klimaanlage

Clever investieren - doppelt sparen
mit der Wärme- / Kälterückgewinnung von SEW!

- Substitution von Heiz-, Kälte-, Rückkühlleistung
- Nachrüstung / Sanierung im Bestand
- Hochrentabel und betriebssicher
- Keim- und schadstoffübertragungsfreie Rückgewinnung
- Wegfall von Rückkühlwerken möglich (s. 42. BImSchV)

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Augsburg: Klinikum • Aschaffenburg: Fachhochschule •
Bamberg: Klinikum • Bayreuth: Klinikum • Ingolstadt: Sa-
turn Arena • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klini-
kum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel,
TUM, Villa Stuck • Regensburg: Universität • Schweinfurt:
Leopoldina-Krankenhaus • Würzburg: Universität u.v.a.m.

SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152/9156-0
www.sew-kempen.de

Nutzfahrzeuge



Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme



Hailo-Werk GmbH & Co. KG • Daimlerstr. 2 • 35702 Haiger
Telefon: 02773 821256 • Fax: 02773 8212-18
professional@hailo.de • www.hailo-professional.de

Sitzmöbelhersteller



KRENZER
Wir gestalten Räume.

Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Straßenbeleuchtung



LEDiKIT® Streetlight
Digital LED-Upgrade
bestehender Straßenleuchten
mit Verstand und Verantwortung.

Laternix®
Transform Light to LED

Weitere Informationen:
T 0861 90992040 www.laternix.de

Weihnachtsbeleuchtung



weihnachtsbeleuchtung
beratung • planung • vertrieb
grünware • lichtschlauch • led

deko-jochum

bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Vertragshändler für **Waldle Star**

Wir liefern in 8-14 Tagen -
und das bis kurz vor Weihnachten!